

## Einleitung:

# Anmerkungen zum Nachdruck der Broschüre „KPÖ – Der große Verrat“ aus dem Jahr 1978

Vor 90 Jahren, im November 1918, wurde die KPÖ gegründet. Aus diesem Anlass widmen wir diese „Proletarische Revolution“ der Frage des Niedergangs dieser früher ruhmreichen Partei. Den Hauptteil dieser Ausgabe bildet der Nachdruck einer Broschüre, die vor 30 Jahren, zum damaligen 60. Jahrestag der Gründung der KPÖ, vom Kommunistischen Bund Österreichs<sup>1</sup> publiziert wurde: „Der große Verrat – der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus“, Wien 1978. (Das Schlusskapitel, in dem die damalige Lage der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich behandelt wird, ist für den gegebenen Anlass nicht relevant.) In dieser Publikation wurde der Kampf gegen den Revisionismus der KPÖ geführt, ihre vollständige und unumkehrbare revisionistische Kehrtwende in den 1950er und 1960er Jahren und die Notwendigkeit des Bruches mit dieser Partei aufgezeigt. Wir verstehen diese Ausgabe der PR mit der Neuauflage der Broschüre von 1978 auch als Beitrag zum aktuell notwendigen Kampf gegen den Revisionismus heute. Denn nach wie vor treten in Österreich Gruppen und Personen auf, die sich durchaus positiv auf die KPÖ der 1960er und 1970er Jahre beziehen, die schon damals

nicht mehr auf die proletarische Revolution ausgerichtet war und keine kommunistische Partei mehr war.

Die Broschüre wurde 1978 publiziert. Damals waren seit der revisionistischen Kehrtwende der KPÖ und der Spaltung der „internationalen kommunistischen Bewegung“ um 1963 erst 15 Jahre vergangen und die Erinnerung an diese Entwicklungen, an die Kämpfe und Auseinandersetzungen dieser Zeit war noch ziemlich lebendig, insbesondere unter den Genossen, die selbst aus der KPÖ kamen und die Entwicklung hautnah miterlebt oder zumindest nachempfunden hatten. Der „Umschlagpunkt“, an dem die revisionistische Kehrtwende unwiderruflich und unlegbar geworden war, war das Jahr 1956 mit dem XX. Parteitag der KPdSU und dem revisionistischen Putsch Chruschtschows. Dann ging es Schlag auf Schlag. Alle Dämme waren gebrochen. Die Erinnerung an diese Zeit und ihre Kämpfe, von 1956 bis zur „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ und zu deren Spaltung 1963, war noch sehr lebendig. Die Broschüre legte daher das Hauptaugenmerk auf die zweite Hälfte der 1950er und die frühen 1960er Jahre, also die Periode der Ausdehnung und Vertiefung des Revisionis-

mus, in der sich – international wie in Österreich – der Widerspruch zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus immer mehr zuspitzte. Die Vorgeschichte, das Entstehen und die frühe Entwicklung des Revisionismus in der KPÖ wurden dagegen nur knapp behandelt, insbesondere die Zeit vor 1945. Heute, 30 Jahre später, wäre diese Schwerpunktsetzung nicht mehr berechtigt. Es muss auch die historische Herausbildung des Revisionismus der KPÖ, von den Anfängen an und in den frühen Erscheinungsformen, näher untersucht und dargestellt werden. Daher muss heute die Analyse in dieser Richtung ergänzt werden.

Im 1. Teil dieser Ausgabe der PR wird daher die Entwicklung des Revisionismus in der KPÖ von der Mitte der 1930er Jahren an bis zur Mitte der 1950er Jahre genauer beleuchtet. Im 3. Teil geben wir einige Hinweise auf den internationalen Rahmen in dem die KPÖ ihre Linie entwickelt hat.

Bei der heutigen Lektüre des Textes von 1978 muss allerdings beachtet werden, dass es seit 1978 erhebliche Veränderungen der objektiven Lage gab: Die internationale Lage hat sich wesentlich geändert, die Stellung Österreichs im Konzert des Imperialismus ist

<sup>1</sup> Der Kommunistische Bund Österreichs (KBÖ) wurde 1976 durch die Vereinigung mehrerer regionaler Organisationen als nationale Organisation gegründet und nahm zunächst einen großen Aufschwung. Die späten 1960er und frühen 1970er Jahre waren eine Phase des Aufschwungs des Klassenkampfes, während in den späten 1970er Jahren ein lang andauernder Niedergang des Klassenkampfes einsetzte. Im KBÖ kamen in dieser Periode des Niederganges zunehmend revisionistische Tendenzen auf. Diese wurden zwar bekämpft, das ZK war aber nicht in der Lage, eine den veränderten objektiven Bedingungen entsprechende revolutionäre Antwort zu geben. Insbesondere wurde – bei weiterhin stark entwickelter Massenarbeit – der ideologische Aufbau vernachlässigt. Die revisionistischen Tendenzen wurden immer stärker und setzten sich auch im ZK fest, wo sie schließlich, überwiegend in zentristischer Verkleidung, dominierten. 1979 spitzte sich der Linienkampf so zu, dass es 1980 zur Abspaltung der revolutionären Kräfte und zur Gründung des „(revolutionären) Kommunistischen Bundes Österreichs“ kam. Der revisionistische Teil spaltete sich kurz darauf erneut und ging rasch unter. Der revolutionäre Teil setzte die Arbeit noch einige Zeit fort, spaltete sich ebenfalls nochmals und löste sich 1981 auf, da an einem Sektendasein kein Interesse bestand.

eine ganz andere, und auch die KPÖ selbst hat sich „weiterentwickelt“<sup>2</sup>.

Manche jüngere Leser/innen werden vielleicht verblüfft sein, wie die Internationale Marxistisch-Leninistische Bewegung (einschliesslich des Kommunistischen Bundes Österreichs) vor 30 Jahren die Widersprüche im Weltmassstab einschätzten: Die Weltlage war gekennzeichnet durch den aufstrebenden sowjetischen Sozialimperialismus und seine Rivalität mit dem US-Imperialismus, während die EU noch ziemlich schwach und unansehnlich war. Wie jeder „Spätkömmling“ unter den Imperialisten, zielte die Sowjetunion auf die Neuverteilung der hegemonialen Einflussphären und war daher eine besonders aggressive imperialistische Macht. Für die USA, trotz der Niederlage in Vietnam immer noch die stärkste imperialistische Macht, ging es darum, ihre hegemoniale Position zu verteidigen, für den neuen sowjetischen Imperialismus ging es darum, den USA Einflussphären abzunehmen. Die Kriegsgefahr wuchs ständig und erheblich. Anders als zur Zeit der „Kubakrise“ 1962, als es mehr um Säbelrasseln und allenfalls eine Portion Abenteuerlust ging, denn die SU war damals in jeder Hinsicht noch weit davon entfernt, eine kriegerische Auseinandersetzung mit den USA wagen zu können, wurde jetzt der Kampf um die Neuverteilung der Erde von der SU systematisch vorbereitet. Die Rüstungsindustrie lief auf Hochtouren, sie verfügte über

modernste Waffensysteme, über eine „konkurrenzfähige“ Flotte, über die zu einem bestimmten Zeitpunkt leistungsstärksten Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen (die SS20) und natürlich über eine gewaltige Landarmee, die vermittels der DDR und CSSR mitten in Europa stand. Natürlich bestand für die SU immer das Problem, dass – selbst ohne die etwas später sich dramatisch verschärfenden wirtschaftlichen Krisenerscheinungen – der Rüstungswettlauf immer ein Wettlauf mit der Zeit war. Wie lange konnte sie ihn durchhalten? Die ökonomische Basis wäre nicht ausreichend gewesen, um ihn ewig fortzusetzen. Irgendwann wären die ökonomischen Kräfte überspannt worden. So stellt sich die Frage aber immer, wenn ein „neuer“ Imperialist in die Arena der Welthegeemonie steigt. Die Frage ist einfach, ob in einer absehbaren Zeitperiode die notwendigen Kriegsvorbereitungen (Aufrüstung, Stützpunkte, Bedrohung und Unterminierung der Rohstoffe, v.a. der Ölversorgung des Rivalen, Schwächung des Rivalen, Verschiebung im Gleichgewicht der direkten (Bündnispartner) und indirekten (Diversions- und Neutralisierung des Gegners) Reserven...) zu einem ausreichenden Ergebnis geführt haben und die sonstigen Bedingungen für den Krieg reif sind. Diese Problematik, auch das darin liegende Risiko, macht den Kriegstreiber nicht weniger gefährlich, sondern im Gegenteil sogar gefährlicher. Der Hitlerfaschis-

mus sah sich genau demselben Problem gegenüber: Wenige Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Vorstellung, Nazideutschland könnte – mit den gegebenen ökonomischen Ressourcen – England und Frankreich die Stirn bieten, belächelt; ein paar Jahre später hat es sich durch Eroberungskriege diese Ressourcen vergrößert. Dasselbe Kalkül verfolgten die Sowjetimperialisten und sie hatten die europäischen, mittelöstlichen und afrikanischen Ressourcen im Auge. Gerade in einer solchen Lage kann der Weg zur Weltherrschaft nur über eine Vorwärtsstrategie führen. Dies birgt immer auch Gefahren, aber es gibt keine andere Möglichkeit und ohnedies kann niemand den Gang der Dinge genau voraussagen<sup>3</sup>. Die Einkreisung Europas, v.a. im Golfgebiet und in Afrika, sowie die Infiltration und Abhängigmachung Europas bzw. die Unterminierung und Schwächung der US-Kontrolle Europas war das wichtigste strategische Ziel des Sozialimperialismus: Stützpunkte am Golf, die Arbeit an einem strategischen Plan zur Blockierung der Ölversorgung Europas und der USA, ein Quislingregime in Äthiopien, Hunderttausende kubanische HiWis auf afrikanischem Boden, ein guter Boden in den ehemaligen portugiesischen Kolonien, Kriege und Stellvertreterkriege von Afghanistan bis Eritrea, Finnland als sowjetische Neokolonie und Kurs auf die „Finnlandisierung“ (wie man damals sagte) weiterer westeuropäischer Länder, begünstigt durch die „neue

<sup>2</sup> Heute ist diese Partei, in ihrem Verfallungs- und Zersetzungsprozess, selbst über den Revisionismus der damaligen revisionistischen KPÖ hinausgegangen und zu einer gewöhnlichen sozialdemokratischen Veranstaltung geworden. (Geblichen ist die Finanzbasis, die immer noch aus der Zeit herrührt, in der der im Politbüro für Finanzen und der für Internationale Beziehungen Verantwortliche stets ein und dieselbe Person und „nebenberuflich“ KGB- und/oder Stasi-Mitarbeiter war.)

<sup>3</sup> In diesem Sinn machte übrigens der Vergleich Breschnews mit Hitler sehr wohl einen Sinn. So wie am Vorabend des Ersten Weltkrieges das wilhelminische Deutschland der Hauptkriegstreiber war, so war es ab 1933 der Hitlerfaschismus und in den 1970er Jahren der sowjetische Sozialimperialismus. (Und so ist es seit dem Zusammenbruch der SU wieder der US-Imperialismus, allerdings in einem anderen Sinn, denn er hatte und hat ja noch keinen wirklichen Rivalen um die Weltherrschaft, aber er versuchte, die Gunst der Stunde zu einem globalen „roll back“ und zur Etablierung der berühmten „Neuen Weltordnung“ zu nutzen.) Das reflektiert einfach die Logik der imperialistischen Konkurrenz. Mehr sagt so ein Vergleich natürlich nicht.

Ostpolitik“ der BRD, aber auch einen Kreisky und – eine nicht unwichtige indirekte Reserve gegen die NATO und die USA – de Gaulle, gewaltiger Ausbau der Schwarzmeerflotte und Druck auf die Türkei ... (Sogar in der US-Administration gab es eine starke Strömung, der Konfrontation mit der SU möglichst aus dem Weg zu gehen. „Eindämmung“ war die Losung, nicht „roll back“, und selbst das möglichst ohne militärischen Zusammenstoß.)<sup>4</sup> Den revisionistischen Parteien wie der KPÖ fiel dabei eine wichtige Rolle zu; sie waren tatsächlich die „fünften Kolonnen“ des Sozialimperialismus. Es war daher im Kampf gegen den Imperialismus wichtig, die besondere Aggressivität und Gefährlichkeit des sowjetischen Sozialimperialismus zu betonen und die Rolle der KPÖ zu entlarven. Die Rolle der KPÖ als Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus wurde mit dem Zusammenbruch des letzteren natürlich hinfällig, er stürzte sie – wie alle anderen revisionistischen Parteien – in eine schwere Krise. Damals, 1978, gewann die EU allmählich an Profil und Kraft, war aber noch absolut zweit-

rangig verglichen mit der SU und den USA. Österreich war noch nicht Mitglied dieses imperialistischen Bündnisses. Österreich war im Vergleich etwa zu Deutschland ökonomisch (d.h. in puncto Ausbeutungsrate und Produktivität) rückständig und lief Gefahr, vom deutschen Imperialismus vereinnahmt zu werden. Die österreichische Bourgeoisie stand vor der Entscheidung, sich in eine neokoloniale Abhängigkeit von Deutschland zu begeben, durchaus eine Option von Teilen der Klasse, oder eine gewisse Eigenständigkeit zu verteidigen. Für letzteres war ein „Modernisierungsschub“ erforderlich, dessen Herzstück eine massive Steigerung der Ausbeutung und Produktivität war, und die Kreisky'sche „Neutralitätspolitik“, um sich einen gewissen internationalen Bewegungsraum zu schaffen. Aufgrund der dadurch geschaffenen besseren Ausgangsbedingungen erfolgte dann der EU-Beitritt Österreichs, der nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des RGW<sup>5</sup> eine prominente Rolle bei der Neokolonialisierung Ost- und Südosteuropas und überhaupt

eine wesentlich stärkere imperialistische Position erlaubte. Damals, 1978, war es richtig, gegen den EU-Beitritt Österreichs aufzutreten, um diesen imperialistischen Block nicht zu stärken, sondern zu schwächen. Es war richtig, in diesem antiimperialistischen Sinne für die Unabhängigkeit Österreichs aufzutreten, nämlich gegen den vordringenden Sozialimperialismus, gegen die bestehende Unterordnung unter den US- und NATO-Einfluss und gegen den EU-Beitritt. Heute, nach dem Zusammenbruch des Sozialimperialismus, nach der Integration Österreichs in die EU und angesichts der Rolle, die die österreichische Bourgeoisie im imperialistischen Konzert spielt, wäre eine Forderung nach „Unabhängigkeit Österreichs“ oder nach einer („echten“!?) Neutralität inhaltsleer, reaktionäre Kleinstaaterei, vom Klassencharakter der eigenen Bourgeoisie und vom internationalen Klassenkampf ablenkend<sup>6</sup>. (vgl. dazu auch unsere EU-Thesen, u.a. abgedruckt in PR 33, S.10ff.) Damals war Österreich natürlich ebenfalls ein imperialistisches Land, aber ernsthafte

<sup>4</sup> Diese Einschätzung der objektiven Weltlage besagt allerdings nichts über die Strategie und Taktik, die die kommunistische Bewegung einschlagen muss. Sie hat nichts mit den Fehlentwicklungen (Unterstützung der europäischen Bourgeoisien gegen die SU oder zumindest wohlwollende Neutralität...) zu tun, die aus der revisionistischen „Theorie der drei Welten“ abgeleitet wurden. Sie beschreibt nur das objektive Umfeld, in dem der Klassenkampf geführt wird. Sie muss richtig sein, um die objektiven Bedingungen der Revolution, die direkten und indirekten Reserven, die gesamte strategische und taktische Orientierung richtig analysieren bzw. entwickeln zu können.

<sup>5</sup> Der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (englisch: COMECON), die Wirtschaftsvereinigung der Volksrepubliken Osteuropas, wurde 1948 als Gegenprojekt zum US-imperialistischen Marshallplan gegründet.

<sup>6</sup> Ohne das hier im einzelnen behandeln zu können, muss man sich nur einmal verdeutlichen, was so eine Politik z.B. für den Tschad hieße. Österreich solle also sein Militär abziehen - wegen der Neutralität! Und Frankreich? Und Irland? Und Holland? Geht es darum, Österreich aus der Sache herauszuhalten? Oder geht es darum, eine internationale antiimperialistische Front aufzubauen und die imperialistische Aktion zu durchkreuzen? Spielt man mit der Linie „Verteidigung der Neutralität“ nicht das Spiel der reaktionären Kleinstaaterei? Und das der Beschönigung des österreichischen Imperialismus, nämlich dass er doch ein bisschen anders sei oder zumindest sein könnte als die anderen? Trägt man nicht dazu bei, mit der Fiktion der „Neutralität“, die es schon seit dem „Neutralitätsgesetz“ und dem Staatsvertrag 1955 immer nur soweit gab, soweit das mit den imperialistischen Interessen der Bourgeoisie zusammenpasste, das Volk zu betrügen? Vernebelt man dadurch nicht den imperialistischen und Klassencharakter der österreichischen Staatsmacht? Begibt man sich nicht auf das Terrain der spitzfindigen Diskussion, ob ein Militäreinsatz unter UNO oder sonst einem imperialistischen Mandat und die „Neutralität“ vereinbar sind? Lenkt man nicht antiimperialistische Strömungen vom Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ab und auf ein pazifistisches Hirngespinnst hin? Will man ein revolutionäres internationalistisches Bewusstsein fördern oder eine kleinbürgerliche pazifistische Kleinstaaterei, die einem Hirngespinnst nachjammert? Will man das Klassenbewusstsein heben oder abschwächen?

imperialistische Ambitionen waren nur punktuell und beschränkt möglich. Nationale Unterdrückung seitens des österreichischen Imperialismus wurde daher hauptsächlich in der Diskriminierung und Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Österreich gesehen und bekämpft. Heute ist Österreich massiv als ein wichtiger imperialistischer Ausbeuter und Unterdrücker in Ost- und Südosteuropa unterwegs und spielt auch darüber hinaus eine wesentlich größere imperialistische Rolle, beim Kapital-export, in der imperialistischen Diplomatie, bei Militäroperationen vom Kosovo bis zum Tschad.

Es versteht sich von selbst, dass für Revolutionäre Kommunist/innen heute eine klare Sicht der Entwicklung der kommunistischen und revolutionären Arbeiterbewegung in Österreich sehr wichtig ist. Nicht nur für das eigene Selbstverständnis, für die Einordnung des heutigen Kampfes in die Geschichte, sondern ganz banal, um aus der Entwicklung zu lernen. Auch heute, einige Jahrzehnte später, ist es wichtig, die Entwicklung der KPÖ zum Revisionismus und zur bourgeoisen Partei zu analysieren: Wie es dazu kommen konnte, die frühen Wurzeln und der Verlauf dieser Entwicklung. Und auch der Kampf der revolutionären Kräfte gegen die revisionistische Entwicklung, die

Bedingungen und der Verlauf dieses Kampfes, die Schwächen, Versäumnisse und Fehler der Marxisten-Leninisten in diesem Kampf und auch die Begrenztheiten, Schwächen, auch revisionistischen Reste, die sie nach der Trennung von der KPÖ noch im Gepäck mit sich herumschleppten.

Zu vertiefen wäre im Zuge weiterer Analysen die Frage der Linie im antifaschistischen Kampf, der Frage der volksdemokratischen Revolution, für den Fall, dass wir wieder einmal in so eine Lage kommen, wofür z.B. die Schriften Stalins, soweit sie sich auf die internationale Lage beziehen, und die Dimitroffs zwischen 1935 und 1948 bedeutend sind. Zu vertiefen wäre generell die Frage des revolutionär-demokratischen Kampfes, die Vermeidung der Fehler des „imperialistischen Ökonomismus“, wofür v.a. die Schriften Lenins aus 1916/17 wichtig sind. Bei allen Analysen dürfen wir uns nicht durch Vorurteile, „heilige Kühe“ oder einfach nur über lange Jahre tradierte, aber nicht hinterfragte Positionen einschränken zu lassen. Wir dürfen uns auch nicht mit „Analysen“ vom Typus „70:30“ begnügen<sup>7</sup>. Deshalb finden sich im 3. Teil dieser Ausgabe der PR auch einige Anmerkungen zur politischen Linie der Kommunistischen Internationale, deren Sektion die KPÖ ja war und zur KPdSU, die damals

unumstrittenen die Führung in der Internationalen Kommunistischen Bewegung auch nach Auflösung der Komintern im Jahr 1943 innehatte.

Wieder oder noch immer, nach dem Farbwechsel der KPÖ und dem Scheitern der Versuche der 1960er und 1970er Jahre, arbeiten wir am Aufbau einer revolutionär kommunistischen Partei in Österreich. Unter schwierigen objektiven Bedingungen des Klassenkampfes, unter starkem ideologischen Druck der Bourgeoisie, in einem Umfeld, das schillernde und umtriebige Erscheinungen und Strömungen des Opportunismus und Revisionismus hervorbringt, um die Entwicklung des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse und den Aufbau eines revolutionären Kerns der proletarischen Partei zu hintertreiben. Wachsamkeit, Schärfung unserer „Sensibilität“ gegenüber Opportunismus und Revisionismus, der Kampf gegen die bourgeoisen und kleinbürgerlichen Ideologien sowie gegen die Vorherrschaft reformistischen Gedankenguts in der Arbeiterklasse sind angesagt. Das Wichtigste ist, die ideologische Festigung der revolutionär kommunistischen Organisation und die Entwicklung der revolutionären politischen Linie vorantreiben. Aus der Beschäftigung mit der Geschichte der KPÖ kann man für das alles eine Menge lernen.

<sup>7</sup> Die KPCh legte ihre Analysen über die Entwicklung in der Sowjetunion in der Zeit des Sozialismus nicht öffentlich dar, obwohl sie diese natürlich vorgenommen hatte. Im Zuge der „Polemik über die Generallinie“ 1963 wurde der Ausdruck geprägt, die Politik der KPdSU unter Stalin sei „zu 70% richtig und zu 30% falsch“ gewesen. So geeignet dies war, um die revisionistische Hetze gegen Stalin zurückzuweisen, so wenig geeignet ist es natürlich, daraus, vor allem aus den 30% Fehlern, Lehren und Schlussfolgerungen zu ziehen. Will man daraus lernen, um selbst beim nächsten Mal ähnliche Fehler zu vermeiden, muss man analysieren, worin die 70% und worin die 30% bestehen (und übrigens auf Basis dieser Analyse bewerten, ob man die Gewichtung 70:30 für richtig hält). Bequemer ist es natürlich, immer wieder das „Prinzip 70:30“ herunterzuleiern, statt tatsächliche Analysen vorzunehmen, wie es die chinesischen Genossen selbstverständlich getan hatten. Es erscheint manchen auch sehr „prinzipienfest“, weil man ja in erster Linie die „70%“ betont und über die „30%“ nichts sagt. Es hat aber eben leider auch zur Folge, dass man keine Lehren aus der Geschichte ziehen kann. Im Unterschied zu den chinesischen Genossen unter der Führung Maos.

# KPÖ auf dem Weg in den Revisionismus

Der im Folgenden nachgedruckte Text der Broschüre<sup>1</sup> von 1978 zeigt, dass der Revisionismus nicht etwa 1956 vom Himmel fiel. Sie zeigt, wie sehr vom Revisionismus angefressen die KPÖ bereits 1945 und in den Folgejahren war. Dazu noch einige zusätzliche Fakten. Auf einer Parteikonferenz im Mai 1945 hielt der Parteivorsitzende Koplenig eine programmatische Rede: „Frieden! Freiheit! Österreich!“ Diese ist, man muss das leider in dieser Schärfe sagen, plattester Reformismus. Kein Wort über Kapitalismus und Sozialismus, kein Wort vom Klassenkampf, überall das Gegenteil, Abstumpfung der Klassenwidersprüche, künstliche Trennung des Faschismus vom Kapitalismus, Beschränkung auf eine bürgerliche „Entnazifizierung“, Glorifizierung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, Orientierung auf eine – noch dazu dauerhafte, sozusagen strategische („Hauptfundament für den Wiederaufbau eines neuen Österreich“) – Zusammenarbeit der „drei demokratischen Parteien“ (SPÖ, ÖVP, KPÖ), eine dementsprechende Regierungskoalition, übrigens auch schon das „antimonopolistische Bündnis“ (den Begriff gab’s noch nicht, die Ideologie schon!) mit den „Bauern, Geschäftsleuten und Unternehmern“, für die ein Ausbleiben der Entnazifizierung „unerträglich“ wäre und deren „rechtmäßig erworbenes Privateigentum“ man schützen müsse. Kein Wort dagegen nicht nur nicht von Sozialismus, sondern auch nicht vom Kampf um die Volksdemokratie, kein Wort von einem revolutionärdemokratischen Programm, das über ein „entnazifiziertes“ und „demokratisiertes“ Bourgeoisregime hinausweist, kein Wort über den Kampf gegen den Wiederaufbau der ökonomischen, sozialen, politischen,

kulturellen Strukturen des Kapitalismus, nämlich nicht nur in einigen Erscheinungsformen, sondern in seinen Fundamenten. Proklamiert wird, „den Nazismus mit seinen Wurzeln auszurotten“; dafür vorgeschlagen werden als konkrete Kampfziele die „Säuberung des gesamten Staats- und Wirtschaftsapparats, des gesamten öffentlichen Lebens... von allen faschistischen Elementen“, die „restlose Ausmerzung der verbrecherischen Naziideologie“ (die „ein Rückfall in die Barbarei“ sei und „im Widerspruch steht mit allen Gesetzen der menschlichen Zivilisation“), die „Weckung eines fortschrittlichen österreichischen Patriotismus“, und als „weitere Bedingung“ (!) – neben Entnazifizierung, Patriotismus usw. – dafür, dass sich die „Geschichte nicht noch einmal wiederholen kann“ (also nur als defensive Orientierung gegen den Faschismus), sei eine „wahre Volksdemokratie“ notwendig. Der Begriff „Volksdemokratie“, der ja ein taktisches Konzept im antifaschistischen Kampf mit Zielrichtung Diktatur des Proletariats darstellt, wird hier völlig sinnwidrig und rein plakativ verwendet. Gemeint ist offensichtlich auch nichts anderes, als das, was Kleinbürger und Reformisten aller Schattierungen als „echte Demokratie“ bezeichnen (also eigentlich eine bürgerliche Demokratie, deren Herrschaftsfunktion so gut funktioniert, dass die Bourgeoisie nicht auf den Faschismus zurückgreifen muss). „Volksdemokratie, das bedeutet, dass der Wille des Volkes voll und ganz zur Geltung kommen muss.“ Weil aber Wahlen noch nicht möglich wären, sei die „*einzig möglich Form der demokratischen Willensbildung gegenwärtig die Form von Vereinbarungen und der Zusammenarbeit der drei de-*

*mokratischen Parteien* (Anm.: also neben der KPÖ die Partei des Reaktionärs und Anschlussbefürworters Renner und die des Heimwehfaschisten Raab), *wie sie bei der Bildung der provisorischen Regierung zum Ausdruck gekommen ist, und die ohne Zweifel auch dem Willen aller wirklich demokratischen und antifaschistischen Kräfte unseres Volkes entspricht... Die Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien ist nicht nur eine vorübergehende und durch die Kriegsumstände bewirkte Notwendigkeit, sondern die Festigung (!) dieser Zusammenarbeit ist ...eine entscheidende Vorbedingung für den Wiederaufbau unseres Landes, für eine friedliche Entwicklung unseres Volkes.*“ Was für ein abgeschmackter Reformismus! Was für ein Kapitulantentum! Was für eine klassenversöhnlerische Linie! Der Marxismus geht demgegenüber davon aus, dass der Faschismus ein Produkt des Kapitalismus ist, und zwar auf seiner höchsten, imperialistischen Entwicklungsstufe, also – um das polemisch zu formulieren – auf dem Höhepunkt der kapitalistischen „Zivilisation“. Ohne Beseitigung des Kapitalismus kann man die Wurzeln des Faschismus nicht ausrotten. Etwas anderes zu propagieren, ist Revisionismus. Im Juli 1945 folgte das detaillierte „Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Österreichs“, ein zutiefst reformistisches Programm zur Schaffung eines „entnazifizierten“ und ein bisschen „demokratisierten“ Kapitalismus plus Verstaatlichung. Die KPÖ war in die bürgerliche und von Anfang an reaktionäre Provisorische Regierung eingetreten, was der kommunistischen Position, wann und unter welchen Umständen so etwas zulässig ist (und wie in einem solchen Falle agiert werden muss), diametral

<sup>1</sup> „Der große Verrat – der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus“, Wieser Verlag, Wien 1978.

widersprach<sup>2</sup>. Einige Winkelzüge des – laut Stalin – „alten Gauners“ Renner und Konsorten, den Wunsch zu einer Zusammenarbeit mit der KPÖ vortäuschend, wurden für bare Münze genommen. Während die Provisorische Regierung emsig am Wiederaufbau des Kapitalismus arbeitete, waren die wichtigsten Auseinandersetzungen in dieser Regierung, ob man die bürgerliche Verfassung von 1920 (was die KPÖ vorschlug) oder die noch etwas reaktionärere von 1929 wieder in Kraft setzen sollte, das „Beamtenüberleitungsgesetz“ (die KPÖ wollte die Entnazifizierung durch Lockerung der „Bildungsvoraussetzungen“ erleichtern) und das „Naziregistrierungsgesetz“ (die KPÖ wollte die Strafverfolgung von Nazi-Verbrechern, was SPÖ und ÖVP ablehnten). Das, jedenfalls die letzten beiden Fragen, sind keine bedeutungslosen Fragen, aber es zeigt die unglaubliche Beschränktheit der Propaganda und Aktion der KPÖ und ihre bürgerliche Befangenheit<sup>3</sup>. Im April 1946 folgte der 13. Parteitag der KPÖ, wo offenherzig erklärt wurde, der Sozialismus

könne auf friedlichem Weg erreicht werden, er sei aber ohnehin nicht das Ziel, sondern es gehe eigentlich um die vom Parteitag beschlossenen reformistischen „Leitsätze“, die allerdings ebenfalls nur als eine „programmatische Zielsetzung“ zu betrachten seien, während die eigentlichen „Kampfziele“ ausdrücklich weiterhin auf „Entnazifizierung“, Verstaatlichung, „Demokratisierung des Staatsapparates“ und Friedenssicherung beschränkt wurden. Der 14. Parteitag 1948, als der Wiederaufbau des Kapitalismus schon weit fortgeschritten und so etwas wie die Entnazifizierung längst Schnee von gestern waren, wurde und wird manchmal als „linke“ Korrektur und neuer Hoffnungsschimmer missinterpretiert (siehe dazu weiter unten), war aber reine Augenauswischerei, in Wirklichkeit wurde – z.B. mit dem neuen „Wirtschaftsprogramm“ – der revisionistische Kurs befestigt. Und so ging es weiter, immer weiter nach rechts<sup>4</sup>. Eine Form, in der sich dieser Prozess vermittelte, war das starre Festhalten an der – oh-

nehin rechtsopportunistischen – Linie der „Weiterführung des antifaschistischen Kampfes“, wohlgerichtet nach dem Zusammenbruch des Faschismus und bereits voll im Prozess der kapitalistischen Restauration. Das war schon falsch im Jahr 1945 und es wurde immer falscher in der Folgeperiode, als sich Monat für Monat, Jahr für Jahr die objektive Situation änderte. (Wahrscheinlich hat in diesem Zusammenhang auch die Präsenz der Roten Armee in Teilen Österreichs zu Illusionen geführt, zweifellos hat sie die konkrete Ausprägung der kapitalistischen Restauration beeinflusst, die Aufgaben konnte sie der österreichischen Arbeiterklasse und der KPÖ nicht abnehmen.) Der kapitalistische Wiederaufbau ging – im Gegensatz zur Entnazifizierung! – zügig voran und auch die internationale Lage und die Rolle der USA änderten sich rasch. Als die Restauration von Kapitalismus und reaktionärer Staatsmacht wohl sonst von niemandem mehr bezweifelt wurde, sogar noch 1948 und später, wurden immer noch Vorschläge zur Verhinderung der

<sup>2</sup> Ebenso den Festlegungen der Kommunistischen Internationale (KI) aus 1935. Siehe die Resolution und das Referat Dimitroffs beim VII. Weltkongress zum Thema „Über die Regierung der Einheitsfront“, wo – gerade wegen rechter Abweichungen, z.B. in Sachsen 1923 etc. – klar definiert wird, wann und unter welchen Bedingungen so etwas nur, und nur als Ausnahme, in Frage kommt. Die KI behielt sich damals das Entscheidungsrecht im Einzelfall vor.

<sup>3</sup> Keinesfalls wird damit die positive Rolle der KPÖ in Teilkämpfen, z.B. im Kampf gegen den Marshall-Plan und die Unterordnung unter den US-Imperialismus, geschmälert, jedoch hat sie in Bezug auf die eigentlichen revolutionären Aufgaben der Kommunisten 1945 völlig versagt. (Versagen heißt hier selbstredend immer Fehlerhaftigkeit der politischen Linie und in diesem Sinne Versagen der Parteiführung und schmälert in keiner Weise die Leistungen und den Einsatz der Masse der im Kampf stehenden Genossen.)

<sup>4</sup> Im Zuge dieser Entwicklung musste natürlich auch die eigene Geschichte zurechtgebogen werden. Ein Beispiel: 1951 wurden Reden und Aufsätze Kopenig's herausgegeben, darunter auch seine Rede am VII. Weltkongress der KI. Die dabei vorgenommenen (und nicht vermerkten!) Kürzungen machen diesen Abdruck de facto zu einer Fälschung „Gekürzt“ wird die differenzierte Analyse des deutschen Faschismus und seiner Bemühungen um die Arbeiterbewegung (v.a. S.568 und 576 des Komintern-Protokolls), „gekürzt“ wird die Analyse des Austrofaschismus, und zwar ebenfalls wieder seiner Bemühungen um die Arbeiterbewegung (S.567), beides Abschnitte, die erheblich zur Erhellung des Faschismus beitragen, „gekürzt“ wird die Auseinandersetzung mit den „Revolutionären Sozialisten“ und den Kapriolen eines Otto Bauer (S.573 bis 576), „gekürzt“ wird alles an Selbstkritik (S.569), „gekürzt“ wird das Thema der notwendigen Umwandlung der KPÖ in eine bolschewistische Partei (S.578) und der Bedeutung des Marxismus-Leninismus (angesichts des Massenzustroms an Sozialdemokraten nach 1934), „gekürzt“ werden die Passagen, in denen die Notwendigkeit und Bedeutung der proletarischen Einheitsfront für die Volksfrontbemühungen hervorgehoben wird. Gestrichen wird z.B. die Kritik an der Sozialdemokratie, sie stelle sich einen „friedlichen Abbau der Diktatur“, die „Verständigung mit der Bourgeoisie“ (= Verhandlungsangebote an die Austrofaschisten) vor und habe einen „Drang zur legalen Betätigung“ (S.567 und 568). Gestrichen werden Zielsetzungen wie die Vereinigung mit den Revolutionären Sozialisten „zu einer einheitlichen Partei auf Basis des Marxismus-Leninismus“ (S.572), der „unversöhnliche Klassenkampf zur Errichtung der Diktatur des Proletariats“ (S.573), die „Vereinigung (mit den RS) unter dem Banner der Kommunistischen Internationale“ (S.574). Die Widersprüche zur Sozialdemokratie, 1935 differenziert analysiert, werden 1951 abgeschwächt und vertuscht. Man war ab 1945 in deren Schlepptau geraten.

längst erfolgten Restauration gemacht. Diese „Weiterführung des antifaschistischen Kampfes“, die Grotteske der „drei demokratischen Parteien“, die Beschränkung des Klassenkampfes auf einen kleinbürgerlichen „Antifaschismus“ und Reformismus - dieser ganze Plunder wurde immer falscher, immer grotesker, immer hilfloser<sup>5</sup>. Und dies drängte die Partei immer weiter nach rechts. (Andererseits bot das der revisionistischen Parteiführung die Möglichkeit, wenn sie von links kritisiert wurde, die Widersprüche in der Partei mit dem Hinweis, man habe diese oder jene Veränderung nicht rechtzeitig erkannt und würde das jetzt korrigieren, zu verkleistern, die revisionistische Linie dahinter zu verbergen und die Kritik abzuwürgen.)

Die KPÖ war 1945 bereits sehr stark vom Revisionismus durchsetzt. In der Parteiführung und der politischen Linie überwogen schon deutlich die revisionistischen Elemente.

Die Wurzeln der revisionistischen Degeneration reichen in die 1930er Jahre zurück. Diese „Vorgeschichte“ wird in der Broschüre nur sehr cursorisch behandelt. Daher einige zusätzliche Hinweise. In der Resolution des ZK-Plenums im Juli 1936 „Für die demokratische Republik!“ zeichnen sich bereits rech-

te Abweichungen ab, indem der Kampf gegen den Faschismus und um Demokratie nicht als revolutionär-demokratischer Kampf um die Volksdemokratie als Übergangsstadium zur sozialistischen Revolution gefasst wird. Immerhin wird, im Sinne des VII. Kongresses der KI, die Verbindung des Kampfes um Demokratie und gegen den Faschismus mit dem Kampf um die sozialistische Revolution grundsätzlich ins Auge gefasst, wenn auch weniger in der Resolution selbst, als in den Erläuterungen Kopenigs. Das bedeutete eine wichtige Korrektur gegenüber dem bis 1934 vorherrschenden „imperialistischen Ökonomismus“<sup>6</sup>, dessen Weiterführung die völlige politische Selbstkastation bedeutet hätte. Immerhin lässt die Losung „Für die demokratische Republik!“ noch beide Wege offen, den revolutionären und den bürgerlichen, immerhin ist noch nicht die Rede von „Wiederherstellung“ der bürgerlichen Republik (wenn auch davon, „dem Volk seine Freiheit wiederzugeben“; welche Freiheit ist hier gemeint, die von vor 1934?), aber in der schwammigen Formulierung steckt schon der rechtsopportunistische Wurm. 1937 („In breiter Front gegen den Faschismus!“) heißt es bereits „Wiederherstellung der demokratischen Selbstbestimmung des Volkes, das heißt,

für ein parlamentarisch-demokratisches Regime, das aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangen ist“, wird die „demokratische Republik“ also als bürgerliche Republik definiert, ist die Linie bereits eindeutig rückwärts gewandt.<sup>7</sup> Man kann natürlich nicht „grundsätzlich“ ausschließen, dass es unter bestimmten außergewöhnlichen Bedingungen zweckmäßig sein kann, als taktische Losung, z.B. für eine Aktionseinheit, die „Wiederherstellung“ eines bestimmten bürgerlichen parlamentarischen Regimes, z.B. einer von den Faschisten außer Kraft gesetzten bürgerlichen Verfassung, auszugeben, aber eben nur unter bestimmten Bedingungen, z.B. als unmittelbare Antwort auf die faschistische Machtergreifung, bevor sich der Faschismus konsolidieren und die antifaschistischen Kräfte formieren können, also eigentlich mit der Orientierung, die faschistische Machtergreifung doch noch zu durchkreuzen. Aber so etwas gibt, anders als die revolutionär-demokratische Orientierung auf die Volksdemokratie als Übergang zur Diktatur des Proletariats, dem Kampf gegen den Faschismus keine klare und richtige Perspektive. Und es hat jedenfalls nichts mit der „demokratischen Selbstbestimmung des Volkes, das heißt,

<sup>5</sup> Die Dialektik der Entwicklung war derart, dass eine revisionistische Linie und eine falsche Lagebeurteilung sich gegenseitig verstärkten, wobei natürlich die Linie die Hauptseite darstellte. Das sieht man auch daran, dass die KPÖ-Revisionisten auch noch 1958, ja sogar 1965 vertraten, der österreichische Staatsapparat sei noch nicht vollständig restauriert und einsatzfähig etc. In diesem Sinn war der „friedliche Weg zum Sozialismus“ ab etwa 1957 ein remake der bürgerlichen Linie ab 1945. Zur Rechtfertigung des revisionistischen Verrats und des Wegs der „Klassenzusammenarbeit“ war ihnen kein noch so abwegiges Argument zu dumm.

<sup>6</sup> „Imperialistischer Ökonomismus“, ein Begriff Lenins aus 1916/17 (siehe Lenin Werke, Bd.21 bis 23) zur Charakterisierung einer falschen Strömung, vertreten durch Bucharin, Radek, Pjatakow u.a., die den Kampf um die sozialistische Revolution und den (der sozialistischen Revolution natürlich untergeordneten) Kampf um Demokratie einander entgegenstellte. Das Proletariat könne bzw. dürfe in der Epoche des Imperialismus den Kampf um revolutionär-demokratische Forderungen (z.B. das Selbstbestimmungsrecht der Nationen) nicht führen, denn dies sei im Imperialismus „unrealisierbar“ und im Sozialismus überflüssig, daher reformistisch und reaktionär. blieb also die revolutionäre Phrase und der ökonomische Tageskampf. In der Praxis führt diese Linie, zu Ende gedacht, bestenfalls zum Liquidatorem plus revolutionäre Phrase, schlimmstenfalls zur Kumpanei mit dem kautskyanischen Sozialchauvinismus.

<sup>7</sup> Die Orientierung auf die „Wiederherstellung“ der „Demokratie“, „Republik“, dieser oder jener bürgerlichen Verfassung etc., also der reaktionären bürgerlichen Verhältnisse vor dem Machtantritt des Faschismus bzw. der Vorkriegsverhältnisse, findet man beim VII. Weltkongress der KI nicht. Sie taucht allerdings kurz darauf in einigen Parteien, darunter KPD und KPÖ, und unterstützt durch manche Vertreter der KI, z.B. Togliatti, auf. Damit wurde die Taktik des VII. Weltkongresses in einer defensiven, opportunistischen Weise entstellt. Hier war ein wichtiger Ansatzpunkt für die revisionistische Degeneration vieler Parteien.

„Kampf um Demokratie“<sup>8</sup> in einem revolutionären Sinn, d.i. der Kampf um demokratische Rechte der Arbeiterklasse zum Zwecke der Beförderung der sozialistischen Revolution, nicht verwechseln mit der Verteidigung der oder dem Kampf um die bürgerliche Demokratie.

Im März 1938 erfolgte die Okkupation Österreichs und damit ein gravierender Einschnitt. Das Augustplenium des ZK 1938 nimmt eine richtige Analyse der internationalen Lage, des Hitlerfaschismus, der Rolle der österreichischen Bourgeoisie und des Austrofaschismus sowie der Rolle der Sozialdemokratie vor und legt fest: *„Der Kampf des österreichischen Volkes trägt (heute) den Charakter eines nationalen Befreiungskampfes gegen die imperialistische Fremdherrschaft und für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit.“* Zugleich fanden wesentliche Veränderungen der internationalen Lage statt. Hitler hatte im Oktober 1938 mit England und Frankreich das „Münchener Abkommen“ geschlossen, außer Österreich waren das Memelland und die Tschechoslowakei von den Nazis besetzt worden, der Zweite Weltkrieg hatte eigentlich bereits begonnen. Beim Juniplenium des ZK 1939 wurde

dem Rechnung getragen und die Linie im Kampf gegen den Hitlerfaschismus konkretisiert. Die KPÖ entwickelte eine über weite Strecken am VII. Weltkongress der KI orientierte richtige Taktik.

Die KPÖ stand im Kampf gegen den Faschismus, zuerst gegen den grünen, dann gegen den braunen, stets an vorderster Front<sup>9</sup>. Sie und nur sie gab eine Orientierung für den antifaschistischen Kampf – der Kampf gegen den Austrofaschismus und die sozialdemokratische Verrats- und Kapitulationspolitik, ihre Rolle im Februar 1934 und danach, das frühzeitige Erkennen des Hitlerfaschismus als Hauptfeind seit 1936, der Kampf um die proletarische Einheitsfront und die Volksfront, die Linie in der Gewerkschaftsfrage, die Linie der Auseinandersetzung und Einheitsbemühungen mit den „Revolutionären Sozialisten“, vor allem aber dann der Kampf gegen die faschistische Okkupation. Sie und nur sie konnte eine tatsächliche Kampftätigkeit entfalten und aufrechterhalten, von der Propaganda über Sabotage, „Wehrkraftzersetzung“, Arbeit unter den Kriegsgefangenen etc. bis zum bewaffneten Kampf. Sie und nur sie konnte vom Hitlerfaschismus niemals völlig zerschlagen werden, weder ideologisch, noch orga-

nisatorisch. Bis 1943 konnten – trotz Verhaftungs- und Hinrichtungswellen – seitens des ZK sogar eine zentrale Leitung der Inlandsaktivitäten und die Verbindungen mit der Parteiführung im Ausland aufrechterhalten werden. Ab 1942, vor allem 1943 begannen die Partisanenaktivitäten, v.a. in Kärnten, der Steiermark und Oberösterreich, ab 1944 wurden in Jugoslawien die „österreichischen Freiheitsbataillone“ aufgestellt. Der Widerstand wurde überwiegend von der KPÖ organisiert und getragen<sup>10</sup>. Schätzungen (des Historikers Dr. Neugebauer) gehen z.B. davon aus, dass 90% aller illegalen Druckwerke von der KPÖ produziert wurden. Allerdings waren die Opfer und Verluste furchtbar: 80% aller Verfahren beim Besonderen Senat des Oberlandesgerichts Wien gegen Widerstandskämpfer betrafen Kommunisten. 35.000 Widerstandskämpfer, darunter die große Mehrzahl Kommunisten, wurden ermordet, darunter auch viele Führungskader der KPÖ (u.a. 13 ZK-Mitglieder), über 1.100 Partisanen fielen, tausende Mitglieder der Partei und des Jugendverbandes KJV wurden wegen „Wehrkraftzersetzung“ erschossen. Die KPÖ konnte allerdings zwischen 1938 und 1945 auch 13.000 neue Mitglieder gewinnen (!). Die KPÖ

<sup>8</sup> „Wie ein siegreicher Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das keinen allseitigen konsequenten und revolutionären Kampf für die Demokratie führt, sich nicht zum Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.“ (Lenin Werke, Band 22, S.145)

<sup>9</sup> Während gleichzeitig der antifaschistische Kampf bis 1938 von den Überbleibseln des Austromarxismus und allerhand anderen „Linken“ sowie trotzkistischen Strömungen sabotiert wurde, gleichgültig ob diese Sabotage in Form eines „radikalen“, „linken“ Wortgeklingels daherkam oder der ungeschminkten defaitistischen Kapitulation, gar nicht zu reden von diversen aus der alten Sozialdemokratie übriggebliebenen „Persönlichkeiten“ wie ein Renner oder ein Bauer. Wo man den antifaschistischen Kampf und die Bemühungen der KPÖ um eine Einheitsfront sabotieren konnte, wurde sabotiert. Zeitweise war bei einigen der Kampf gegen die Sowjetunion wichtiger als der gegen den Faschismus. Damals musste man sich trotzdem bemühen, eventuell gewinnbare Kräfte für den antifaschistischen Kampf zu gewinnen, heute braucht man sich kein Blatt mehr vor den Mund nehmen. 1938 blieb von allen diesen Koryphäen und Feiglingen ohnedies nicht mehr viel übrig. Was übrig blieb, konnte weder eine feste Haltung, noch eine tatsächliche Aktivität entwickeln. Einige, wie z.B. Renner, machten sich zum Werkzeug des Hitlerfaschismus.

<sup>10</sup> Nicht von faschistischen Generälen der obersten NS-Führungsriege à la Stauffenberg, Tresckow et al., die nach „Stalingrad“, dem „Kursker Bogen“ und dem Aufreißern der Heeresgruppe Mitte der bevorstehenden Niederlage des Faschismus und damit ihrem eigenen Schicksal in die Augen sehen mussten und noch schnell die Seiten wechseln wollten. Nicht von reaktionären Adeligen, die die „Ehre des deutschen Soldaten“ und die „preussischen Werte“ durch Hitler affiziert sahen, das allerdings auch erst, als klar war, wie die Sache ausgehen würde. Und auch nicht von rührigen Pazifisten und bigotten Sonderlingen. (Dass in letzter Zeit immer mehr Dokumente auftauchen, die die Beteiligung der obersten Herren „Widerstandskämpfer“ an Kriegsverbrechen und Massensold in Osteuropa und der Sowjetunion beweisen, ist natürlich peinlich.)

hat in dieser Zeit – gestützt auf die Linie der KI - neue Wege des Kampfes beschritten und dabei wichtige Erfahrungen für den bewaffneten Kampf, die Organisation der Volksmassen zu dessen Unterstützung usw. gesammelt. Die KPÖ hat ihre Hingabe für die Sache der Arbeiterklasse, ihren Opfermut und ihre Kampfkraft großartig unter Beweis gestellt. Es bleibt diese Zeit die hervorragendste Periode in der Geschichte der Partei.

Allerdings: Die politische Linie war bereits mit rechtsopportunistischen Fehlern behaftet. Der antifaschistische Kampf wurde in ein defensives Korsett gepresst und auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie beschränkt. Ziel war nicht eine „Wiederherstellung Österreichs“ auf revolutionärer volksdemokratischer Grundlage, sondern die „Wiederherstellung der selbständigen demokratischen österreichischen Republik“. Das „Vergessen“ der Klassengegensätze und des Klassencharakters jeder Staatsmacht und die bürgerliche Verengung des Kampfes gegen den Faschismus sind in der politischen Linie der Partei bereits vor 1945 zwar nicht voll ausgeprägt, aber doch schon angelegt. Die KPÖ konnte eine Linie der revolutionären Orientierung auf die Volksdemokratie, auf ein revolutionär-demokratisches Übergangsstadium auf dem Weg zur sozialistischen Revolution nicht entwickeln. Der Weg führte vom frühen „Linksradikalismus“ und „Luxemburgismus“, einschließlich des „imperialistischen Ökonomismus“, sehr rasch über die „demokratische Republik“ zur „Wiederherstellung“ des

kapitalistischen Vorkriegsösterreichs. Aber noch ging es nur um rechtsopportunistische Fehler, um Abweichungen von der revolutionären Linie, die allerdings eine schwere Hypothek für die Zukunft darstellen sollten. Gravierend wirkten sie sich erst 1945 aus: Weil der Kampf gegen den Faschismus nicht unter einer revolutionären Perspektive geführt worden war<sup>11</sup>, gab es nach dessen Zusammenbruch keine klare ideologische Basis und kein revolutionäres Programm für die Fortsetzung des Klassenkampfes. Das unmittelbar nächste Ziel, der Sturz des Faschismus, war erreicht; bezüglich einer revolutionären Perspektive bestand Orientierungslosigkeit. Reformistisches, kleinbürgerliches, legalistisches Gedankengut, der Fetisch der bürgerlich-parlamentarischen Republik, eine ordentliche Portion Opportunismus gegenüber der Sozialdemokratie, vielleicht auch die Angst, zu viel Klassenkampf könnte die „Unabhängigkeit Österreichs“, die „Einheit der demokratischen Kräfte“ etc. gefährden, Unterschätzung der österreichischen Bourgeoisie, usw. - 1945 verdichteten sich die rechtsopportunistischen Fehler zu einer revisionistischen Linie.

Die Gefahr des Rechtsopportunismus hatte unter den Bedingungen des Kampfes gegen den Faschismus stets bestanden. Die Resolution des VII. Weltkongresses der KI 1935 hatte ausdrücklich betont: *„Die Kommunisten, die mit der größten Entschiedenheit für die Ausrottung aller Überreste des Sektierertums kämpfen, ... müssen ihre Wachsamkeit gegenüber der Gefahr des Rechtsopportunismus*

*steigern, einen entschiedenen Kampf gegen alle seine konkreten Erscheinungsformen führen und dabei im Auge behalten, dass bei einer breiten Anwendung der Einheitsfronttaktik die Rechtsgefahr zunehmen wird.“* In seiner Rede hatte Dimitroff festgehalten: *„Wir wollen den Kampf gegen alle konkreten Äußerungen des Rechtsopportunismus in jeder Weise verstärken, eingedenk dessen, dass die Gefahr von dieser Seite ... sich verstärken wird.“* Und genauso kam es. In einigen Fällen, z.B. gegenüber der französischen PCF, griff die KI richtig ein – in diesem Falle im Oktober 1939 gegen Tendenzen der „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg. Aber die KI konnte nicht die 65 Sektionen von einer Zentrale aus operativ, im Tageskampf, in der konkreten Taktik leiten. Die Ausarbeitung der konkreten Taktik und die operative Leitung lagen in der Verantwortung der jeweiligen Parteien. Außerdem spielten Vertreter der KI in einigen Fällen auch eine negative Rolle<sup>12</sup>. Offenkundig kam es in den verschiedenen Parteien in den Folgejahren zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen, oft auch zu rechten Abweichungen. (Dimitroff konstatiert auch Rechtsabweichungen in der bulgarischen Partei nach dem erfolgreichen Septemberaufstand 1944, nämlich einen „Tempoverlust“ bei der Weiterführung des revolutionär-demokratischen Kampfes in der Richtung, dass das „Regime der Volksdemokratie“ als „Staat der Übergangsperiode, der die Entwicklung auf dem Wege zum Sozialismus sichert“ funktioniert und „die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübt“, Abwei-

<sup>11</sup> Wir sprechen hier immer von der politischen Linie, der strategischen Orientierung der Partei, nicht vom Tageskampf und der Massenagitation. Natürlich wird und soll nicht in jedem Flugblatt die Notwendigkeit der proletarischen Revolution propagiert werden, aber dies muss doch das ideologische und politische Rückgrat der Propaganda bilden. Erst recht gilt das für programmatische Erklärungen, Beschlüsse des ZK etc.

<sup>12</sup> Z.B. im Falle der KPD, die sofort nach dem VII. Weltkongress, nämlich auf der sog. Brüsseler Konferenz im November 1935 den rechten Kurs der „Wiederherstellung der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie“ einleitete, und zwar auf Vorschlag und nach maßgeblicher Intervention Togliattis. Dieser falsche Kurs wurde bei der sog. Berner Konferenz 1939 weiter ausgebaut und führte – wie 1945 an den Tag trat - zu einer revisionistischen Linie.

chungen, die aber binnen weniger Monate korrigiert wurden<sup>13</sup>.) In den Dokumenten des VII. Weltkongresses der KI, die sich mit der „Offensive des Faschismus und den Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampfe für die Einheit der Arbeiterklasse“ befassen, also mit der Analyse der konkreten Situation und der einzuschlagenden Taktik, ist der Rechtsopportunistismus weder angelegt, noch offen gelassen. Im Gegenteil entwickelt er eine revolutionäre Taktik in ausdrücklicher Auseinandersetzung mit früheren und möglichen zukünftigen Fehlern. Natürlich durfte die Taktik der antifaschistischen Einheitsfront usw., „die wichtigste, nächstliegende Aufgabe“, nicht an die Stelle des Parteiprogramms und der strategischen Orientierung der Kommunisten treten, was die Resolution des Kongresses wiederholt und eindringlich betont, zuletzt nochmals im Schlussabschnitt „Für die Sowjetmacht!“, wo zur strategischen Orientierung erklärt wird, dass „das revolutionäre Proletariat, ..., für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfend, den Kampf auf das Ziel der wirklichen Demokratie der Werktätigen, der Sowjetmacht, richtet“. Losungen wie „Wiederherstellung der bürgerlichen Verfassung“ etc. widersprechen dem Geist und dem Inhalt der vom Kongress beschlossenen Taktik. In der Resolution „Gegen die Offensive des Faschismus...“ und in der Rede Dimitroffs findet sich davon nichts. Im Gegenteil heißt es in der Resolution, dass es um ein Programm solcher Forderungen

ginge, „die auf eine tatsächliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die herrschenden Klassen abzielen, bei denen der Kampf, der um ihre Verwirklichung geführt wird, den Faschismus desorganisiert, die Vorbereitung des imperialistischen Krieges erschwert, die Bourgeoisie schwächt und die Positionen des Proletariats stärkt“. Das ist die Orientierung auf die proletarische Revolution, nicht auf die „Wiederherstellung“ dieser oder jener „Errungenschaft“ oder Ausprägung der bürgerlichen Demokratie. (Im nachhinein könnte man natürlich sagen, die Gefahr rechter Abweichungen hätte noch viel mehr betont werden müssen usw. Aber in der gegebenen Situation musste klar das Hauptaugenmerk darauf gelegt werden, die neue Taktik im Kampf gegen sektiererische Fehler durchzusetzen und nicht von vornherein alles aus lauter Angst vor rechten Fehlern zu relativieren und zu verwässern. Es ging ja nicht um eine papierene Resolution, sondern um eine weitreichende Kursänderung in der praktischen Politik.)

Warum konnten sich die rechtsopportunistischen Fehler in der KPÖ, in den Reihen der Revolutionäre, einnisten? Es muss eine erhebliche ideologische Schwäche in der Partei gegeben haben. Die Partei war seit der Gründung lange Zeit geprägt durch Taumeln zwischen einerseits Linksoportunismus (Putschismus, Abenteuerertum, wiederholte Fehleinschätzung der Krise des Kapitalismus und des „Verfalls“ der Sozialdemokratie, falsche Gewerkschaftslinien,

Gleichsetzung von bürgerlicher Republik und Faschismus, ...) und andererseits Rechtsopportunistismus (Defaitismus gegenüber der Sozialdemokratie, Kapitulation vor und Opportunismus gegenüber der Propaganda der „Nicht-Überlebensfähigkeit“ Österreichs und vor der „Anschlussidee“ an Deutschland, die übrigens oft sehr „radikal“ daherkam, Kapitulation vor dem Aufbau einer „bolschewistischen“, also demokratisch-zentralistischen, auf Betriebszellen gestützten, über ein klares Kampfprogramm verfügenden usw. Organisation ...), durch Taumeln zwischen einerseits Spontaneismus und „luxemburgistischem“ Aberglauben an die spontane Massenaktion und andererseits Defaitismus, durch Fraktionskämpfe, häufig ziemlich intransparent und prinzipienlos, in wechselnden Kombinationen, durch das Fehlen eines revolutionären politischen Kampfprogramms, statt dessen Beschränkung auf eine abstrakte Propaganda für die Diktatur des Proletariats, durch die Fortexistenz von viel austromarxistischem Müll in ihren Reihen. Ab dem 8. Parteitag 1925, v.a. aber ab 1927, setzte sukzessive eine Besserung der Lage ein. Es erfolgten notwendige ideologische Klärungen in einem marxistisch-leninistischen Sinn, die „Fraktionsschweiterei“ wurde zurückgedrängt, Linie und Kampfprogramm wurden in einem revolutionären Sinn entwickelt, es wurde viel mehr Gewicht auf Betriebszellen gelegt statt bloß auf die „Lokalorganisationen“, kurzum: einige Schritte in Richtung „Bolschewisierung“

<sup>13</sup> Politischer Rechenschaftsbericht Dimitroffs an den V. Parteitag der bulgarischen Kommunisten im Dezember 1948: 1946 „war schon der Weg freigelegt ... für revolutionäre Umgestaltungen auf dem Gebiet der Volkswirtschaft, für die Liquidierung der wirtschaftlichen Basis der kapitalistischen Reaktion, für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus..., der natürlich nicht ohne unversöhnlichen Klassenkampf... vollzogen werden kann. In dieser Situation musste die Partei rechtzeitig ihre neuen Aufgaben formulieren... Es muss jedoch festgestellt werden, dass hierbei ein gewisser Tempoverlust zugelassen wurde.“ Damit soll nur auf die Allgegenwart der Gefahr des Rechtsopportunistismus und die Notwendigkeit einer revolutionären Linie hingewiesen, nicht etwa Bulgarien mit Österreich verglichen werden. Die Volksdemokratie in Bulgarien war Ergebnis eines siegreichen Volksaufstandes im September 1944 und erhielt anschließend „Flankenschutz“ durch die Rote Armee (im Gegensatz etwa zu Griechenland, wo der erfolgreiche Volksaufstand durch die britische Armee in Blut ertränkt wurde). In Österreich hätte man natürlich nicht agieren können wie in Bulgarien, aber man hätte den Kampf ebenfalls unter einer revolutionären Orientierung führen müssen. Die Weiterführung des antifaschistischen Aufstandes und der volksdemokratischen Umwälzung zur sozialistischen Revolution wurde von den bulgarischen Kommunisten unverzüglich und energisch angepackt; in Österreich wurde eine revolutionäre Orientierung auf Volksdemokratie und Sozialismus, nämlich als das strategische Ziel, unabhängig davon, ob und wie weit unter den konkreten Umständen realisierbar, gar nicht ins Auge gefasst.

der Partei wurden gesetzt. Aber bis zum Verbot der Partei 1933 bzw. zum Februaraufstand 1934 konnten all die frühen Fehler nicht restlos überwunden werden. Der Aufschwung ab Februar 1934 führte zu einer enormen Stärkung des Masseneinflusses der Partei, aber eben auch zum massenhaften Hereinströmen von Sozialdemokraten samt ihrer austromarxistischen Ideologie. Trotz erheblicher Fortschritte und Erfolge war die Partei ideologisch und politisch noch nicht ausreichend gefestigt, um der Gefahr rechtsopportunistischer Fehler erfolgreich entgegenzutreten, die im Kampf gegen den Faschismus, sobald er nämlich wirklich geführt wurde, sobald die Linie des VII. KI-Kongresses tatsächlich umgesetzt wurde, unweigerlich auftreten mussten und die bald zur Hauptgefahr wurden. Auch fand sie, vor allem später im Kampf gegen den Hitlerfaschismus, extrem schwierige Kampfbedingungen vor (Stärke und Brutalität des Feindes, v.a. die Schwierigkeit der Verbindung mit den Massen...). Auch subjektive Faktoren müssen in Betracht gezogen werden. Welche Faktoren wirkten auf der subjektiven Seite? War es ideologische Sorglosigkeit, Unterschätzung der Bedeutung der ideologischen Linie und des ideologischen Kampfes? Wurden angesichts des Hitlerfaschismus die eigenen Klassenkräfte, die Perspektive des letztendlichen Sieges der Arbeiterklasse über den Faschismus unterschätzt und zu stark auf die Rote Armee gebaut? Führte die absolute Anspannung und Konzentration aller Kräfte auf den praktischen Widerstand zur Vernachlässigung der ideologischen und politischen Linie? Wurde unter den gegebenen Umständen der Linienkampf vernachlässigt? Solche subjektiven Fehler waren „verständlich“, aber sie waren verhängnisvoll. 1945, in der neuen Situation nach der Zerschlagung des Faschismus, traten jedenfalls die rechtsopportunistischen Tendenzen deutlich und offen hervor und aus rechten Fehlern wurde eine revisionistische Verseuchung der Partei. Die Einzwängung des Kampfes gegen den Faschismus

in ein bürgerliches Korsett hatte ihre Ergebnisse gezeitigt. Ab 1945 schlug die KPÖ den Weg der Verkleisterung der Klassenwidersprüche, der Verwischung des Widerspruchs von Kapitalismus und Sozialismus, des Verzichtes auf die sozialistische Revolution, der Kapitulation vor der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Agenten ein. Der Revisionismus hatte das Kommando übernommen.

Dennoch war 1945 noch nicht alles verloren. Die KPÖ von 1945 und die ab 1956 dürfen nicht in einen Topf geworfen werden. Erstens war das internationale Umfeld unterschiedlich. Der Revisionismus hat erst nach dem Tod Stalins die „Entscheidungsschlacht“ eröffnet. Zweitens – und das ist der Kernpunkt – war die Entwicklung noch nicht unumkehrbar geworden. Was es an revolutionären Kommunisten gab, war in dieser Partei organisiert, und es war nicht nur unvorstellbar, sondern es wäre tatsächlich absurd gewesen, damals bereits den Kampf um die Partei oder wenigstens um die Verbesserung der Bedingungen für den Fall der Spaltung aufzugeben. Das ist immer die Schlüsselfrage: Ist der revisionistische Farbwechsel bereits unumkehrbar geworden? Oder gibt es noch eine Chance, das Ruder herumzureißen? Heute wissen wir natürlich, wie alles ausging, aber dieser Ausgang war ja selbst das Ergebnis des Kampfes zwischen dem im Vormarsch befindlichen Revisionismus und dem Marxismus-Leninismus. In diesem Sinne ist es richtig, das Jahr 1956 als „Umschlagpunkt“ zu betrachten. Tatsächlich haben sich unmittelbar nach 1956, als alle Schranken eingerissen waren, der Revisionismus und das Abdriften in Richtung Sozialdemokratie enorm beschleunigt.

Ab 1956, nach der Machtergreifung des Revisionismus in der KPdSU, wurde die „flächendeckende“ Durchsetzung des Revisionismus und die vollständige Eliminierung marxistischer Überreste in der ideologischen und politischen Linie zügig vorangetrieben. Diese Periode, vom 17. bis zum 22. Parteitag der KPÖ,

also von 1957 bis 1974, ist das hauptsächliche Thema der Broschüre aus 1978.

Welchen Nutzen kann man sonst noch aus der Broschüre ziehen? Die Broschüre analysiert den konkreten Prozess der revisionistischen Degeneration, zeigt, dass diese nicht geradlinig verlief, sondern ein Prozess mit vielen Windungen und Wendungen war, ein ständiges Hin und Her: Vorstöße des Revisionismus, Auftreten von – dem äußeren Anschein nach – noch krasserem, jedenfalls offenerem Renegatentum (als dem der führenden, häufig zentristisch auftretenden Revisionistenclique), zentristische „Kämpfe gegen den Revisionismus“ durch Lügner und Betrüger jeder Art, „Zurückdrängung des Revisionismus“. Wie eine rote Linie aber zieht sich durch dieses Hin und Her der ständige weitere Vormarsch des Revisionismus, mächtig angefacht natürlich nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Der Revisionismus trat in vielfältigen Formen auf, hatte viele Gesichter und war sehr wendig. Der revisionistische Farbwechsel der KPÖ war letztlich, mit einigen Schlenkern und verbalen Rückzügen, eine sukzessive Abfolge von Vorstößen des Revisionismus, einmal offener, einmal versteckter, manchmal mehr, manchmal weniger arschkriechend gegenüber der Sozialdemokratie, einmal plumper, einmal raffinierter. Immer waren Zentristen, darunter solche kautskyanischer Ausprägung (Verbindung des einen oder anderen revolutionären „Prinzips“ mit reformistischer Praxis und organisatorischer Kumpanei mit den „Rechten“) am Werk. Oft kam so der Revisionismus daher als „Kampf gegen den Revisionismus“, z.B. beim 14. Parteitag, beim 18. Parteitag, beim 22. Parteitag. Immer und überall gab es Positionen, die noch rechter waren, sodass sich sogar die eigentlichen Hauptbetreiber des revisionistischen Wegs, die Fürnbergs etc. dagegen „profilieren“ konnten. Das war einfach Spiegelfechtereie, Täuschung, Vernebelung, Beschwichtigungspolitik gegen die revolutionäre Opposition. Auf jede „Eindämmung“

oder gar „Zurückdrängung“ des Revisionismus folgte auf dem Fuß der jeweils nächste Parteitag, wo es noch weiter nach rechts ging. Was das letztendliche Ergebnis aller dieser „Kämpfe gegen den Revisionismus“ war, wissen wir. Die Broschüre zeigt, dass – einmal auf der schiefen Bahn – die Revisionisten immer mehr verkommen und immer schlimmere Renegaten werden. Irgendwann sind sie in dieser Rutschpartie bei der gewöhnlichen Sozialdemokratie angelangt und dann – da ohne weiteren Wert für die Bourgeoisie – verschwinden sie oder werden zu dahinvegetierenden Trümmerhaufen.

Nehmen wir zur Veranschaulichung ein frühes Beispiel, das des 14. Parteitags 1948, ein wichtiger Parteitag, da der letzte vor den Massenstreiks 1950, dem bei weitem größten Klassenkampf der Zweiten Republik. Analysiert man den 13. Parteitag 1946 und den 14. Parteitag 1948, findet man das völlige Versagen, die zurückzerrende und desorganisierende Rolle der KPÖ bei den Oktoberstreiks 1950 vorprogrammiert. Der Weg des 13. Parteitags und überhaupt der Nachkriegspolitik der KPÖ konnte nicht mehr einfach weiter gegangen werden. Die Fata Morgana, dass immer noch nicht endgültig entschieden sei, welches System und welcher Staatsapparat in Österreich „wiederaufgebaut“ würde, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. Auch waren der 13. Parteitag und die Rechtentwicklung in dieser Periode für viele Genossen etwas

„zu weit gegangen“. Auch hatte kurz zuvor die internationale Auseinandersetzung mit dem Tito-Revisionismus stattgefunden. Es war also Zurückrudern angesagt: verbale Selbstkritik, dass man dies und das, z.B. dass die o.a. Fata Morgana eine Fata Morgana war, zu spät erkannt hätte; ein paar „linke“ Phrasen, dass es immer noch Klassengegensätze gäbe und – man höre! – dass diese sich zuspitzten; sogar die Phrase, dass es „keinen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ gäbe, eine Phrase, weil sie diametral der Politik der KPÖ widersprach. Kurz und gut: Der 14. Parteitag war genauso vom Revisionismus infiziert wie der 13. oder der 15. Parteitag. Aber damals, mitten im Getümmel, wurde offenbar der 14. Parteitag als „Fortschritt“ und als erfolgreiche „Zurückdrängung des Revisionismus“ bewertet, eine Bewertung, die nur subjektiv geprägt sein kann, denn in den Dokumenten kann man das nicht nachvollziehen. Das war genau die Dialektik dieses Prozesses: Immer wieder wurde der „Revisionismus“, genau genommen: seine Auswüchse, „eingedämmt“, „zurückgedrängt“, „kritisiert“, aber immer nur in Phrasen und immer war das Resultat nur die Paralyse der revolutionären Kräfte. In Wirklichkeit ging es immer weiter nach rechts. Zwei Schritte „vorwärts“, ein Schritt zurück. Konkret zum 14. Parteitag: Das Geschwätz der Kopenig und Honner war eben nur Geschwätz, aber „der Kop“ war in der KPÖ unantastbar. Die Revisionisten,

das waren die anderen, aber doch nicht „der Kop“. Der 14. Parteitag hat nirgends, nicht einmal ansatzweise, die revisionistische Linie der Partei seit 1945 kritisiert, dafür weitere revisionistische „Reformprojekte“ (den „Wirtschaftsplan der KPÖ“, einen Plan zum „Aufbau unserer Wirtschaft“) entwickelt und behauptet, dass – 1948 wohl gemerkt, nicht etwa 1938 - „die nationalen Interessen des Landes mit den sozialen Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes verschmelzen (!)“. Zur Sozialdemokratie erklärte Kopenig, „dass die rechte SP-Führung dem Klassenkampf abgeschworen und den kapitalistischen Weg beschritten hat“ („beschritten“! 1949!) Der 14. Parteitag war Revisionismus pur, wie die Parteitage vorher und nachher. Es führt in die Irre, ein paar „linke“ Phrasen (über „Zuspitzung der Klassengegensätze“, „Verschärfung des Klassenkampfes“, „Wiederherstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft“, auf die Arbeiterklasse „keinen Einfluss“ habe, und dass es „keinen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ gebe) zu überhöhen, in diesen paar Phrasen „richtige Thesen und Ausgangspunkte“ zu sehen und die Kopenigs und Honners milder zu behandeln als – sagen wir – die Fürnbergs. Natürlich ist heute darüber leicht reden, während die Entwicklung damals schwerer zu durchblicken war. Natürlich wissen wir heute, wie das alles ausging, was man damals nicht wusste. Das ändert aber nichts an den Tatsachen<sup>14</sup>.

<sup>14</sup> Wie die revolutionären Genossen damals, beim 14. Parteitag und bei vielen anderen Gelegenheiten, wenn wieder einmal zurückgerudert wurde und in kleinen oder etwas größeren Dosen „Kritik am Revisionismus“ angesagt war, die Manöver der Revisionisten schluckten und wie das über Jahrzehnte fortwirkte, widerspiegelt sich sogar noch in der „Roten Fahne“ der MLPÖ, Nr.242 aus 1991. Sogar die dort vorgenommene und in einer Reihe von Fragen richtige Kritik am 14. Parteitag der KPÖ bewegt sich in diesem Korsett. Dieser Parteitag sei „der relativ beste Parteitag der Nachkriegs-KPÖ“ gewesen. Von „richtigen Thesen und Ausgangspunkten des 14. Parteitags“ ist die Rede, die für den Kampf gegen den Revisionismus „Ansatzpunkte sein hätten können, um darüber hinaus und tiefer zu gehen“. Welche „richtigen Thesen und Ausgangspunkte“? Es sind die paar Phrasen Kopenigs und Honners, die in der „Roten Fahne“ zitiert und hervorgehoben werden. Aber es waren nur Phrasen, wie die Dokumente und Beschlüsse des Parteitags beweisen, und ohne Relevanz. Aber damals muss dieser Parteitag subjektiv als Ereignis empfunden worden sein, bei dem der Revisionismus kritisiert und in die Schranken gewiesen wurde. Es war und ist aber kein zielführender Weg, den besonders opportunistischen und verkommenen 13. Parteitag am „relativ besseren“ 14. Parteitag zu messen. Das leistet keinen Beitrag zur Entlarvung und zum Kampf gegen den Revisionismus. Dasselbe wiederholte sich übrigens in den 1960er Jahren bezüglich des 18. Parteitags, der – obwohl in Wahrheit revisionistisch bis in die Knochen und nur die Brücke von den „Leitsätzen...“ aus 1958 zum 19. Parteitag - angeblich „mit der Annahme einer Reihe, wenn schon nicht immer konsequenter, so doch eindeutig gegen den Revisionismus gerichteten Beschlüsse“ geendet hätte. (Bezüglich des 18. Parteitags wurde diese Fehleinschätzung von der MLPÖ 1984 selbstkritisch korrigiert; bezüglich des 14. wurde sie 1991 wiederholt.)

Die Broschüre zeigt, dass der Kampf gegen den Revisionismus von Anfang an radikal und konsequent geführt werden muss und dass jegliches Zögern und Abwarten, jegliches Zugeständnis, jede Infektion der revolutionären Kräfte mit revisionistischem Gedankengut, übrigens auch jede Beschränkung auf ein paar dogmatisch verengte Reizthemen den Revisionismus stärken. Die Kämpfe der „Linken“ („Stalinisten“) gegen die „Rechten“ (aus deren Reihen sich später die sog. „Reformkommunisten“ entwickelten) und „Zentristen“ waren auf schwankender Grundlage. Den 13. Parteitag mit dem 14. oder - viel später – den 19. (1965) mit dem 18. (1961), also den Revisio-

nismus mit einem etwas weniger argen Abklatsch seiner selbst, die offene sozialdemokratische Speichelleckerei mit einem zwar ein bisschen „linker“ und radikaler aussehenden, aber nicht weniger üblen Plunder zu bekämpfen, den antirevisionistischen Kampf auf die damals so bezeichnete „Stalin-Frage“<sup>15</sup> und/oder den „friedlichen Weg zum Sozialismus“, die Kristallisation der ganzen Debatte, zu beschränken, alles am Chruschtschow-Putsch 1956 festzumachen, aber die eigene Vergangenheit, das Versagen nach 1945 nicht und auch sonst nichts zu analysieren usw. – das war zu wenig. So, mit dieser Linie, in dieser ideologischen Verfassung konnte man dem Revisionismus

nicht wirklich entgegentreten. Letztlich gelang die volle Durchsetzung des Revisionismus ohne allzugroßen und ohne breiten Widerstand. Deshalb ist auch die revolutionäre Opposition in der KPÖ der 1950 und frühen 1960er Jahre – bei aller Wertschätzung ihres Widerstandes gegen den revisionistischen Strom – nicht zu überschätzen. Vielfach war sie selbst ideologisch schwach, vom Revisionismus angesteckt, es mangelte ihr an Klarheit und Konsequenz<sup>16</sup>.

90 Jahre nach der Gründung der KPÖ ist der Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Kampfpartei der Arbeiter/innenklasse eine der dringendsten Aufgaben, um im Klassenkampf in Österreich weiterzukommen.

<sup>15</sup> Die „Stalin-Frage“, das bedeutete, den Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus auf die Debatte um die Person Stalin zu verengen und diese verengte Frage zu mystifizieren. Das war natürlich verständlich, da die Revisionisten ihren Generalangriff in die Form der „Entstalinisierung“ kleideten. Pro oder contra Stalin – das war damals die Erscheinungsform des Kampfes zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Soweit sagte die Haltung zur „Stalin-Frage“ etwas aus. Jeder Marxist-Leninist war damals ein „Stalinist“, jeder Zentrist war mit Sicherheit ein zwar vielleicht verhaltener, aber doch Anti-Stalinist, aber es war eben nur eine Erscheinungsform. Es war zu wenig, sich über die „Verleumdungen gegen den Genossen Stalin“ zu entrüsten, wobei die (berechtigte) Emotionalität dieser Entrüstung und ihre inhaltliche Substanz nicht zwingend direkt proportional waren, ohne jedoch den Marxismus-Leninismus (und damit auch die Leistungen Stalins) umfassend gegen den Revisionismus zu verteidigen. Es war zu wenig, Hagiographie (= Heiligenbeschreibung) zu betreiben und jegliche kritische Analyse der Politik der KPdSU vor der Machtergreifung durch den Revisionismus auszuschließen. Diese Art von „Stalinismus“ steckte selbst voller Fehler und Mängel, bot selbst dem Revisionismus Ansatzpunkte (wie man ja historisch gesehen hat), entsprach selbst nicht den Anforderungen des Leninismus. Daher konnte und kann sich diese Art „Stalinismus“ nicht nur mit Doktrinarismus und Schematismus, sondern auch mühelos mit plattestem Reformismus verbinden, ein Phänomen, auf das man bis heute international häufig stößt. (Wenn sich heute jemand als „Stalinist“ geriert oder alles apodiktisch an der „Stalin-Frage“ festmacht, ist das in der Regel auch ein Hinweis, dass er die Leistungen und Beiträge Mao's für die chinesische Revolution und den Marxismus-Leninismus geringschätzt oder für falsch hält. Es geht vor allem um die Strategie der Neudemokratischen Revolution und das Konzept des Volkskriegs sowie um die Frage der Fortsetzung der Revolution im Sozialismus, die Kulturrevolution etc. Offenbar gibt es „Marxisten“, die mehr als ein halbes Jahrhundert lang nichts dazugelernt haben.)

<sup>16</sup> Das ist die Feststellung eines objektiven Sachverhaltes, keine Anmaßung und Besserwisseri. Post factum ist man immer schlauer. Übrigens wird diese Einschätzung in vielen Punkten im selbstkritischen Vorwort der MLPÖ zu ihren „Dokumenten des Kampfes gegen den KPÖ-Revisionismus 1963-1971“ aus dem Jahr 1984 geteilt. Dort wird auch ersichtlich, in welchem hohen Maß und wie lange revisionistische Fehler aus der KPÖ von den „Antirevisionisten“ noch mitgeschleppt wurden. Dort ist von „massivem revisionistischen Ballast“ die Rede und heißt es, dass das Fehlen eines konsequenten ideologischen, politischen und organisatorischen Bruchs mit dem Revisionismus zu „Hervortreten und zeitweiliger Übernahme neuer Spielarten des Revisionismus“ geführt hätte. Faktum ist, dass es bis 1963 dauerte, bis – auf dem Hintergrund der internationalen Entwicklung – einige Genossen des revolutionären Flügels, leider zu wenige, organisatorische Konsequenzen zogen, die „Rote Fahne“ herausgaben (was eine große Hilfe für die noch in der KPÖ befindlichen Marxisten-Leninisten war) und bis 1966, dass sie die MLÖ gründeten. Die Genossen der MLPÖ schätzten zu einem späteren Zeitpunkt rückblickend ein, dass dieser Zeitpunkt sicher nicht zu früh, sondern allenfalls zu spät war. Damals allerdings schlug ihnen von Genossen, die mit ihnen sympathisierten, aber die organisatorische Trennung von der KPÖ nicht wagten oder „nicht über's Herz brachten“, die Kritik entgegen, die Trennung sei „zu früh“. Auch die zentristischen Heuchler griffen dieses Argument auf, vertieften es allerdings dahingehend, dass es immer zu früh sei, denn man trenne sich dadurch auch von der Arbeiterklasse und den Massen. Allerdings wurde der Bruch durch die „Polemik über die Generallinie“ und die ungefähr gleichzeitige Spaltung der „internationalen kommunistischen Bewegung“ ungemein erleichtert. Außerdem hatten die Revisionisten bereits mit einer Säuberungswelle gegen die Marxisten-Leninisten begonnen. Es hagelte Absetzungen von Funktionen und Parteiausschlüsse. Man hätte wirklich nicht mehr länger warten können. Die Revisionisten waren bereits an die Spaltung der Partei gegangen.

# Der große Verrat

## Der Weg der KPÖ von der revolutionären Partei zur bürgerlichen Partei und Agentur des sowjetischen Sozialimperialismus

### Einleitung (von 1978)

Zwei bedeutende Jahrestage begeht die revolutionäre Arbeiterbewegung im Jahr 1978. Am 31.12./1.1. ist der 90. Jahrestag der Gründung der revolutionären Sozialdemokratie auf der Grundlage des marxistischen Hainfelder Programms. Am 3.11. ist der 60. Jahrestag der Gründung der KPÖ.

Die Gründung der KPÖ war notwendig geworden angesichts des Verrats der Sozialdemokratie an der Sache des Sozialismus, des Marxismus, der proletarischen Revolution. Die revisionistische Entartung der Sozialdemokratie hatte bereits um die Jahrhundertwende eingesetzt. 1914 stellte sie sich offen auf die Seite des habsburgischen Imperialismus. An die Stelle der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ trat de facto der Wahlspruch „Für Gott, Kaiser und Vaterland!“. Die Sozialdemokratie wurde - nach den Worten Rosa Luxemburgs - zu einem „stinkenden Leichnam“. Die Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung schlug. Ab Frühjahr 1916 begann sich die Gruppe der „Linksradikalen“ zu sammeln und am 3. November 1918 wurde schließlich die KPÖ gegründet.

Das war ein historisch äußerst bedeutsames Ereignis. Die junge Partei hatte ideologisch, politisch und organisatorisch mit dem Revisionismus gebrochen und das Banner des revolutionären Marxismus wieder hoch erhoben. Es gab in Österreich wieder eine Organisation der Arbeiterklasse, die für die proletarische Revolution kämpfte. Wenn die KPÖ in der Nachkriegszeit auch noch zahlenmäßig schwach war und von vielen Schwächen und Fehlern, „linken Kinderkrankheiten“, geprägt war, spielte sie doch eine bedeutende Rolle. Sie

vertrat als einzige Partei den Klassenstandpunkt des Proletariats. Sie war der Fortsetzer des revolutionären Erbes der Sozialdemokratie. In den 20er Jahren im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus und dann im Kampf gegen den „grünen“ und „braunen“ Faschismus hat sich die KPÖ unsterbliche Verdienste erworben. Nach 1934 stand sie an der Spitze des Kampfes der österreichischen Arbeiterklasse gegen den Hitlerfaschismus. Die KPÖ hat damals Bedeutendes geleistet bei der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution in Österreich. Ohne am Kampf, an den Leistungen und Erfahrungen der revolutionären KPÖ anzuknüpfen, ohne ihr revolutionäres Erbe hochzuhalten und fortzusetzen, kann es in Österreich heute keine revolutionäre Praxis geben.

Aber auch in der KPÖ kamen revisionistische Tendenzen auf. Bildeten sie während des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus noch einen geringfügigen Nebenaspekt, so wirkten sie sich 1945 und in der Nachkriegszeit bereits verhängnisvoll aus. Aber noch wurde die KPÖ nicht vom Revisionismus beherrscht, noch bildete er nicht die alles beherrschende Hauptseite ihrer Politik, noch hatte sie den Marxismus-Leninismus nicht verraten. Auch nach dem zweiten Weltkrieg hat die KPÖ, obwohl sie vor allem 1945 versagte, Bedeutendes geleistet im Kampf gegen die kapitalistische Restauration, gegen den US-Imperialismus und den Krieg. Das änderte sich nach dem 20. Parteitag der KPdSU. Der Putsch der Chruschtschowclique bedeutete den Machtantritt des Revisionismus in der KPdSU und in

der Sowjetunion. Im Gefolge dieses Parteitags gingen Ende 1956 auch in Österreich die Revisionisten zur Offensive über. Im Februar 1958 gab sich die KPÖ in Gestalt der „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus“ ein neues Programm. Das war ein revisionistisches Programm. Ab diesem Zeitpunkt beschleunigte sich der revisionistische Entartungsprozeß, der im 18. Parteitag 1961 einen neuen Höhepunkt erreichte. Als 1963 schließlich die Chruschtschowclique an die endgültige Spaltung der kommunistischen Bewegung ging, stellte sich die KPÖ auf die Seite Chruschtschows. Viele Genossen, die am Marxismus-Leninismus festhielten, wurden aus der Partei ausgeschlossen bzw. traten aus. So wie nach 1914 angesichts des Verrats des Revisionismus der Bruch mit der Sozialdemokratie die Schaffung einer neuen revolutionären Partei, der KPÖ, notwendig war, so war jetzt, 1963, angesichts des Verrats des modernen Revisionismus, mit der Chruschtschowclique als Zentrum, neuerlich der vollständige und allseitige ideologische, politische und organisatorische Bruch mit dem Revisionismus und die Schaffung einer neuen, wirklich marxistisch-leninistischen Partei notwendig geworden.

Diese Aufgabe ist heute nach wie vor ungelöst. Nach wie vor gibt es in Österreich keine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Eine solche Partei aufzubauen ist die aktuelle Hauptaufgabe aller wirklichen Marxisten-Leninisten und revolutionär gesinnten Menschen. Eine solche Partei zu schaffen ist auch der Zweck der Tätigkeit des Kommunistischen Bundes Österreichs. Das ist unser nächstes Ziel.

Im Kampf um dieses Ziel verbinden wir das Hochhalten der revolutionären Tradition der KPÖ und die Fortsetzung ihres revolutionären Erbes mit dem kompromißlosen und schonungslosen Kampf gegen den modernen Revisionismus, der die KPÖ vor nunmehr schon zwanzig Jahren endgültig und unwiderruflich ins Lager der Bourgeoisie gezerrt hat. In diesem Sinn feiern wir auch den Jahrestag der Gründung der KPÖ.

Am 3. November 1978 feiert aber auch die KPÖ den 60. Jahrestag ihrer Gründung im Jahr 1918. Zwischen der Partei, die damals gegründet wurde, und der, die heute den Jahrestag der Gründung feiert, liegen Welten. Damals wurde die KPÖ als revolutionäre Partei gegen den sozialdemokratischen Verrat gegründet. Heute hat die KPÖ selbst die revolutionäre Sache verraten und sich in eine revisionistische Partei verwandelt. Die Feier des Jahrestags dient der KPÖ nur für betrügerische Zwecke. Die revolutionäre Vergangenheit der Partei soll für ihre heutige konterrevolutionäre Politik ausgebeutet werden. Die Würdigung der Verdienste und Leistungen der früheren revolutionären KPÖ soll einem den Blick dafür trüben, was die heutige revisionistische KPÖ treibt und wie sie das revolutionäre Erbe in den Schmutz gezogen hat.

Die Konturen der Jahrestagsfeiern zeichnen sich schon längst ab. Bereits den 1. Mai 1978 hatte die KPÖ unter die Losung gestellt: „60 Jahre Österreich - 60 Jahre KPÖ - KPÖ immer für Österreich“. Auch die vor kurzem von der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ herausgegebene Parteigeschichte stellt die KPÖ vor allem als „österreichische“ und „nationalgesinnte“ Partei dar. Nicht umsonst endet sie mit dem Staatsvertrag 1955. Denselben auffallenden Zug findet man immer deutlicher in der revisionistischen Presse. Es ist offensichtlich, daß sich die KPÖ gegenwärtig vor allem als eine Partei herausputzen will, die entschieden für die nationale Unabhängigkeit Österreichs eintritt. Das wird wohl auch im Mittelpunkt der Jahrestagsfeiern stehen.

Die Unabhängigkeit Österreichs wird heute in erster Linie vom sowjetischen Sozialimperialismus bedroht. Er versucht gegenwärtig, auch in Österreich ökonomisch, politisch, kulturell usw. Fuß zu fassen und verstärkt auch ständig die militärische Bedrohung. Ein wichtiger Faktor bei seinen Plänen, sich Österreich Zug um Zug zu unterwerfen, ist die KPÖ. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, den Weltherrschafts- und Expansionsplänen des Sozialimperialismus in Österreich den Boden zu bereiten. Gerade deshalb kom-

biniert die KPÖ eine allseitige Tätigkeit zur Verstärkung der Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus mit Phrasen über „Unabhängigkeit“. Je „österreichischer“ sie sich heute ausgeben kann, desto effektiver kann sie für die Unterwerfung Österreichs unter den Sozialimperialismus arbeiten. Deshalb müssen die gegenwärtigen Profilierungsversuche der KPÖ für jeden Menschen, der die Augen offenhält, Anlaß zu größter Wachsamkeit und Verstärkung des Kampfes gegen diese Partei sein.

Dieselbe Partei, die früher einen heldenhaften Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Befreiung Österreichs geführt hat, ist heute der Handlanger des schlimmsten Feindes, der die Unabhängigkeit Österreichs bedroht. Dieselbe Partei, die früher den Kampf um die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte, würde heute - käme sie mittels sowjetischer Truppen an die Macht - zweifellos faschistische Methoden gegenüber den revolutionären Kräften und den Volksmassen anwenden. Dieselbe Partei, die früher gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfte, hat heute jedes Interesse am Kampf gegen die kapitalistischen Verhältnisse verloren und zielt nur darauf ab, selbst an der Macht im bürgerlichen Staat teilzunehmen oder sie an sich zu reißen.

## Die Anfänge des Revisionismus vor 1945

Die ersten Jahre der neu gegründeten KPÖ waren Jahre des Fraktionsunwesens und eines wilden Linksradikalismus. Erst ab dem 8. Parteitag im September 1925 hatte die KPÖ eine positive Entwicklung zu nehmen begonnen. Man ging jetzt daran, die „linken Kinderkrankheiten“ zu überwinden und die Partei Schritt für Schritt in eine Partei Lenin'schen Typus umzuwandeln. Aber bis 1928 gab es noch die Fraktionsmacherei und der

„Linksradikalismus“ wirkte bis Anfang der 30er Jahre. Die Bolschewisierung der Partei stieß auf große Widerstände. Erst Anfang der 30er Jahre konnte die Partei ihren Masseneinfluß merklich steigern, als die ultralinken Tendenzen im großen und ganzen überwunden worden waren.

Dann kamen die Offensive des grünen Faschismus, das Verbot der KPÖ und die bewaffnete Erhebung der österreichischen Arbeiter gegen den Vormarsch

des Faschismus im Februar 1934. Angesichts der entschiedenen Arbeit der illegalen Partei, ihrer im wesentlichen richtigen Linie und des unendlichen Verrats der Sozialdemokratie und ihrer Zerschlagung durch den Faschismus wurde die KPÖ zur führenden Kraft der Arbeiterbewegung. Ganze Massen sozialdemokratischer Genossen strömten in die Partei, die ihre Mitgliederzahl in kürzester Zeit vervielfachte. Zweifellos ist mit diesen Massen auch

viel bürgerlicher, revisionistischer Einfluß eingeströmt. Ab 1936 ging die KPÖ davon aus, daß der Hitlerfaschismus zum Hauptfeind der Revolution in Österreich geworden sei. Sie arbeitete eine im wesentlichen richtige Linie des Kampfes aus, die auf den Zusammenschluß aller antifaschistischen Kräfte gegen Hitler gerichtet war. Die KPÖ stand von diesem Zeitpunkt an bis 1945 an der Spitze des antifaschistischen Kampfes und erwarb sich auf theoretischem und praktischem Gebiet unsterbliche Verdienste. Aber bereits in den 30er Jahren und dann während des Kriegs begannen sich der Revisionismus in der Partei breitzumachen. Kaum waren die ultralinken Tendenzen einigermaßen überwunden, wurden rechte Abweichungen sichtbar. In den Dokumenten der Partei und in den Reden und Schriften der meisten Parteiführer machten diese revisionistischen Tendenzen nur die Nebenseite aus und nur aus der Sicht der weiteren Entwicklung kann man ihre Bedeutung ermessen. In keinem Dokument der Partei wurden

die revolutionär-demokratische Linie, auf der der Kampf um die Volksdemokratie geführt werden mußte, und die Frage der Beziehung dieses Kampfes zum Kampf um den Sozialismus richtig behandelt. Daneben traten damals aber auch führende Genossen bereits mit offen revisionistischen Anschauungen auf, konnten eine solche Politik vertreten, wurden nicht kritisiert. Die revisionistischen Tendenzen bestanden in folgendem:

- Beschränkung der strategischen Sicht und Orientierung der Partei auf die Wiederherstellung eines freien, demokratischen und unabhängigen Österreich, Verwechslung dieses Ziels der ersten Etappe der Revolution mit dem Ziel, bis zu dem die Revolution unbedingt fortgeführt werden mußte, der Diktatur des Proletariats;
- Beschränkung des Ziels der Freiheit und Demokratie auf das der bürgerlichen Demokratie, Verwechslung der revolutionären Volksdemokratie mit der bürgerlichen Demokratie, Einengung der Volksdemokratie auf eine radikalere Art von bürgerlicher Demokratie;

• Einseitige Betrachtung der österreichischen Nation als vom Hitlerfaschismus bedrohte und unterdrückte Nation und Vernachlässigung des Aspekts der österreichischen Nation als Unterdrückernation gegenüber der slowenischen, kroatischen und ungarischen Minderheit. Diese Fehler, die theoretisch im Fehlen eines revolutionär-demokratischen Minimalprogramms begründet sind, führen zum Auseinanderreißen des Tageskampfes und des Kampfes um das Endziel, des wirtschaftlichen und politischen Kampfes, des nationalen Befreiungskampfes und des Kampfes um den Sozialismus. In den 30er Jahren gab es einige Versuche, diese Fehler zu überwinden, aber sie konnten niemals wirklich überwunden werden. Vor allem verhinderten sie den Kampf gegen den Revisionismus in den eigenen Reihen. Während des Kriegs kamen dazu noch rechte Fehler in der Einheitsfrontpolitik, nämlich Unterschätzung der Selbständigkeit der Partei. Alle diese Fehler traten 1945 schlagartig an den Tag.

## **Kapitalistische Restauration oder Vormarsch zum Sozialismus: 1945 wird das Schicksal Österreichs entschieden**

1945 und vielleicht auch noch 1946 wurde das Schicksal Österreichs für die nächsten Jahrzehnte entschieden. Das faschistische Regime und mit diesem das kapitalistische Regime überhaupt war zerschlagen. Es herrschte eine tiefe gesellschaftliche Krise. Die Arbeiterklasse und das Volk wollten ein neues revolutionäres Österreich und den Sozialismus. Österreich stand vor der Entscheidung: Vorwärts gehen zum Sozialismus oder Restauration des kapitalistischen Systems.

Notwendig waren in dieser Situation eine revolutionäre Politik zur restlosen Zerschlagung der Überreste des Faschismus, der Kampf gegen den Wiederaufbau eines reaktionären

bürgerlichen Staatsapparates und für den Aufbau der selbständigen revolutionär-demokratischen Macht des Volkes (einschließlich selbständiger bewaffneter Formationen des Volkes), der Kampf für die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel unter Arbeiterkontrolle, der Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit sowie um die Einheit Österreichs gegen den US- und den britischen und französischen Imperialismus. Dieser Kampf war notwendig, um die volksdemokratische Revolution zu Ende zu führen und in Richtung Sozialismus zu marschieren. Argumente gegen diese Linie - wie daß die Arbeiter 1945 gar keine revolutionäre Einstellung hatten

oder daß der Kampf um die Staatsmacht angesichts imperialistischer Besatzungstruppen unmöglich gewesen wäre - hat die KPÖ damals und bis 1958 immer widerlegt und zurückgewiesen.

Die KPÖ hat 1945 nicht eine solche revolutionäre Politik verfolgt. Sie hatte in der Praxis sowohl das Ziel der Diktatur des Proletariats aus den Augen verloren, als auch beschritt sie nicht den Weg der revolutionären Demokratie, sondern den der bürgerlichen Demokratie. Im „Geist der Verfassung von 1920“ beteiligte sie sich am Aufbau eines neuen bürgerlichen Staatsapparates und begnügte sich mit dem Kampf um dessen Entnazifizierung und Demokratisierung.

Aber wie „demokratisch“ dieser Staatsapparat auch werden hätte können, das Volk wäre sein Objekt, nicht sein Subjekt geworden. Nichts wurde seitens der KPÖ getan, um revolutionär-demokratische Organe der Volksmacht aufzubauen. Unter diesen Kardinalfehlern litt auch die Regierungsbeteiligung der KPÖ, die übrigens zu lange, nachdem die Chancen einer fortschrittlichen Entwicklung bereits vorbei waren, aufrechterhalten wurde und von Anfang bis Ende durch schwerwiegende Konzessionen unter dem Titel der „Aufrechterhaltung der Einheit der drei demokratischen Parteien“ gekennzeichnet war. Auch wurde der Wandel des US-Imperialismus vom Verbündeten gegen den Hitlerfaschismus zum wildsten Feind der Revolution in Österreich unterschätzt und die Folgen dieses Wandels für die innenpolitische Lage erst zu spät erkannt.

Um auf die oben genannte Alternative Sozialismus oder Kapitalismus zurückzukommen: Die KPÖ war gegen die Restauration der Macht der Bourgeoisie, aber sie war umgekehrt nicht in der Lage, den Kampf für den Vormarsch zur Volksdemokratie und dann weiter zum Sozialismus zu organisieren. Statt eine strategische Orientierung und ein Kampfprogramm für diesen Vormarsch auszuarbeiten, blieb sie in den Rahmen der bürgerlichen Demokratie eingebaut und beständig nur mit der Abwehr reaktionärer Vorstöße im Rahmen der kapitalistischen Restauration beschäftigt. Dazu kamen windige Spekulationen über einen möglichen friedlichen Weg zum Sozialismus. Der 13. Parteitag der KPÖ (Frühjahr 1946) lieferte ein deutliches Bild von den Schwächen der Partei. Die KPÖ hätte 1945 nicht bloß eine demokratische und nationale Politik, sondern eine revolutionäre Politik einschlagen müssen. Sie hat es nicht getan und daher 1945 versagt. So wurden 1945 die Chancen einer revolu-

tionären Entwicklung verspielt - ohne damit sagen zu wollen, daß bei einer richtigen Politik aus den Chancen wirklich Tatsachen geworden wären. 1947 waren diese Chancen bereits vorbei.

Jetzt kamen die jahrelang existierenden und wirkenden Fehler ans Licht und wurden zur Hauptseite in der Politik der KPÖ. Wenn man vom Revisionismus in der KPÖ spricht, muß man als erstes das Jahr 1945 analysieren. 1945 hatte die KPÖ in der Praxis die Orientierung auf das Ziel, die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats, aus dem Auge verloren. Aber noch handelte es sich um Fehler, die noch korrigiert und überwunden werden konnten. Noch hatte die KPÖ die sozialistische Revolution nicht verraten. Noch war die KPÖ eine marxistisch-leninistische Partei.

Aber auf dem 14. Parteitag erfolgte nur eine Selbstkritik in Einzelaspekten, nicht an der Linie der Partei im Jahr 1945. Die Politik der KPÖ wurde seit dieser Zeit nicht mehr besser, sondern immer schlechter.

Der Revisionismus griff um sich. Die KPÖ beschränkte sich ab 1947 auf den Kampf um den Staatsvertrag, ohne diesen Kampf in den Gesamtzusammenhang des Klassenkampfes um den Sturz der neu restaurierten bürgerlichen Ordnung zu stellen. Beim großen Streik 1950 versagte die KPÖ vollständig und ihre Führung trug vor allem durch ihren Beschluß zum Abbruch bzw. Unterbrechung des Streiks mitten im Kampf eine große Mitschuld an der Niederlage des Streiks. Als schließlich 1955 der Staatsvertrag abgeschlossen war, begann die Offensive der Revisionisten zur Durchsetzung eines revisionistischen Programms der Partei. In diesem Zusammenhang wurde auch die Politik der Partei diskutiert, aber so, daß sie als „zu weitgehend“ und als „zuviel“ kritisiert wurde.

Hintergrund und Rückhalt der revisionistischen Offensive war die Usurpation der Macht in Partei und Staat der Sowjetu-

nion durch die Chruschtschowclique beim und nach dem 20. Parteitag der KPdSU.

Beim 20. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 putschte sich die Chruschtschowclique an die Spitze der Partei und damit des Staates, schaltete eine Reihe treuer Nachfolger Lenins und Stalins aus und usurpierte die Macht in Partei und Staat. Unter dem Deckmantel eines „Geheimerichts“ über die „Abrechnung mit dem Personenkult und den Verbrechen Stalins“ wurden die Revolution und der Sozialismus bekämpft. Weit davon entfernt, verschiedene wirklich gemachte Fehler der KPdSU unter der Führung Stalins zu kritisieren, wurde der Hauptstoß vielmehr gegen die richtige allgemeine Linie der bolschewistischen Partei und gegen die Errungenschaften der Revolution und des sozialistischen Aufbaus gerichtet. An den Fehlern hingegen, die es den revisionistischen Kräften bereits vorher ermöglicht hatten, sich zu entwickeln und stärker zu werden, wurde angeknüpft, um eine revisionistische Linie durchzusetzen. Der KPdSU wurde durch diese Clique eine bürgerliche Linie aufgezwungen, eine Linie, die auf die rasche Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse im Inneren und auf die Beschönigung und Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus im internationalen Maßstab abzielte. Freilich konnte dieser Linien- und damit Farbwechsel der KPdSU nicht reibungslos und mit einem Schlag durchgesetzt werden. Die der Revolution, dem Marxismus-Leninismus, dem revolutionären Erbe Stalins treuen Kräfte, leisteten erbittert Widerstand. Bis zum 22. Parteitag im Jahr 1962 dauerte es, bis die Chruschtschowclique die Partei endgültig von allen revolutionären Elementen gesäubert hatte. Auch die revisionistische Linie der neuen Machthaber wurde nach dem 20. Parteitag mehr und mehr zu einem ganzen revisionistischen System ausgebaut. Jetzt rächten sich ver-

schiedene Fehler, die die revolutionäre KPdSU unter Stalins Führung gemacht hatte, darin, daß die Marxisten-Leninisten ideologisch, politisch und organisatorisch schlecht gerüstet waren auf den Angriff des Revisionismus. Sie hatten diese Gefahr unterschätzt, nicht die notwendigen Vorbereitungen getroffen und vor allem auch nicht ständig den entschlossenen Kampf gegen alle Erscheinungen und Tendenzen des Revisionismus geführt. Stalin selbst hatte 1952 die revisionistischen Gefahren deutlich gesehen und auf sie hingewiesen und zum Kampf gegen sie aufgerufen. Aber dieser Kampf wurde nicht, so wie es nötig gewesen wäre, geführt. So konnten nach dem Tod Stalins und beim und nach dem 20. Parteitag der KPdSU die Chruschtschow-Revisionisten zwar nicht kampfflos, aber doch verhältnismäßig leicht die Macht in Partei und Staat usurpieren.

Der Farbwechsel der KPdSU hatte auch für die anderen Kommunistischen Parteien sofort die größten Auswirkungen. Die Chruschtschowclique versuchte als erstes, die osteuropäischen Parteien gleichzuschalten, d.h., auch in ihnen

revisionistische Putsche zu inszenieren, die Marxisten-Leninisten auszubooten und ihre Gefolgsleute an die Spitze der Partei zu hieven. Natürlich war das nur möglich, weil auch in diesen Parteien die revisionistischen Tendenzen bereits vorhanden und mehr oder weniger stark waren. Die Grundlage für die revisionistische Entartung jeder Kommunistischen Partei lag immer im Inneren, aber dennoch wurde der Revisionismus in allen Ländern durchgesetzt durch die mehr oder weniger direkte Einmischung der neuen Führung der KPdSU in die inneren Angelegenheiten dieser Parteien. Ein bekanntes Beispiel ist das Verhalten der Chruschtschowclique zum konterrevolutionären Putschversuch in Ungarn 1956. Anstatt die Konterrevolutionäre und die Revisionisten, die ihnen Vorschub geleistet hatten, zu bekämpfen, nützte die Chruschtschowclique die ungarischen Ereignisse für einen Angriff auf die Marxisten-Leninisten in der ungarischen Partei und auf die „Stalinisten“. Unter dem Deckmantel, daß sie schuld wären daran, daß es so weit gekommen sei, wurde der Revisionismus in der ungarischen Partei in den Sattel

gehoben.

Die osteuropäischen Länder waren die ersten Opfer der Chruschtschow'schen Einmischungspolitik. Den westeuropäischen und allen anderen Parteien ist es aber nicht anders gegangen. Auch in der KPÖ wurde unter dem Titel der „Lehren und Schlußfolgerungen aus dem 20. Parteitag der KPdSU“ die Offensive des Revisionismus eingeleitet. Sie wurde eingeleitet von den Revisionisten in der KPÖ-Führung selbst, mit Fürnberg an der Spitze, aber diese handelten nicht und konnten nicht handeln ohne massive Rückendeckung und direkte Hilfe und Einmischung der Chruschtschowclique. Die Chruschtschowclique spielte bei der Durchsetzung des Revisionismus in der KPÖ nicht nur eine ideologische, sondern auch eine politische und organisatorische Rolle. In allen Kommunistischen Parteien standen sich gegenüber auf der einen Seite die Kräfte, die am Marxismus-Leninismus festhielten und sich gegen die Chruschtschow'sche Einmischung wehrten und auf der anderen Seite die Revisionisten, die gleichzeitig die Agenten der Chruschtschowclique waren.

## **Der Revisionismus als Programm**

### **Der 17. Parteitag und die „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus“ (Februar 1958)**

An der Jahreswende 1956/1957 beschloß das ZK der KPÖ den Entwurf der „Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus“, die ursprünglich auf dem 17. Parteitag (März 1957) beschlossen werden sollten. Es entfaltete sich eine starke Diskussion, in der die gesamte Politik der Partei seit 1945 nochmals aufgerollt wurde. Die Politik der Partei seit 1945 wurde von rechts angegriffen, während „die Linken“ sich auf die Verteidigung dieser Politik konzentrierten, wobei sich die Parteiführung, die Einpeitscher des Revisionismus, auf die Seite der „Linken“ stellten.

Es gab auch einigen Widerstand gegen den revisionistischen Inhalt der „Leitsätze“. Aber dieser Widerstand, der der Sache selbst nicht auf den Grund ging, konnte überwunden werden.

Die Situation war kompliziert, weil das Referat des Oberrevisionisten Fürnberg von Abgrenzungen und Angriffen auf den „Reformismus“ und „Revisionismus“ strotzte. Der Form nach wurde die revisionistische Linie durchgesetzt als „Kampf gegen revisionistische Versuche, die Linie und den Charakter der Partei zu ändern“. Tatsächlich waren kurz vor dem

17. Parteitag, nach den Ereignissen in Ungarn, einige Revisionisten abgesprungen und zur Sozialdemokratie übergewechselt. Im „Kampf“ gegen die *„revisionistische Auffassung, daß wir die Kapitalisten überzeugen wollen, daß der Sozialismus auch für sie besser sei, ...daß wir schrittweise, einfach durch Wahlpropaganda und Wahlsiege der Arbeiterklasse, zum Sieg des Sozialismus gelangen wollen“* im Kampf gegen diesen - ins Groteske übertriebene, muß man dazu sagen, - *„reformistischen Unsinn, der schon längst Schiffbruch erlitten hat“*, wurde die

Theorie des friedlichen Wegs und der Gewinnung des Parlaments usw., also alles Wesentliche des reformistischen Unsinns, eingeführt. Im „Kampf“ gegen die Auffassung, daß der Staat über den Klassen stehe, wurde in Wirklichkeit gerade diese Auffassung, nur in einer verdeckten Form, eingeführt. Die Offensive des Revisionismus und die totale Revision des Marxismus-Leninismus waren überhaupt durch den „Kampf (der Fürnberg & Co.) gegen den Revisionismus“ versteckt durch Gerede über „konkrete Besonderheiten“ und dadurch, daß sich die Kritiker auf Nebengeleise begaben oder abdrängen ließen. Der 17. Parteitag wurde ein Meilenstein bei der Durchsetzung des neuen revisionistischen Programms. Der Parteitag konnte aber keine Einheit über den Entwurf erreichen und er wurde gar nicht zur Abstimmung gestellt. Die Leitsätze mußten überarbeitet werden und wurden im Februar 1958 von einer Parteikonferenz einstimmig beschlossen, ohne daß sich Wesentliches geändert hätte. Mit diesen Leitsätzen wird der Revisionismus zum Programm erhoben. Kernstück ist die vollständige Revision der marxistisch-leninistischen Theorie vom Staat und von der proletarischen Revolution, die den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und eine neue Staatsmacht errichten muß.

Nach dem langen und von Togliatti bis Thorez bekannten Ablenkungssermon, daß der friedliche Weg kein kampflöser Weg, kein Spaziergang, kein Ersatz für den Klassenkampf usw. usf. sei, sondern im Gegenteil ein scharfer, entschiedener entschlossener, rücksichtsloser usw. usf. Klassenkampf, heißt es: „Wenn wir von der Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus sprechen, so meinen wir etwas anderes: Die Arbeiterklasse muß durch ihren Kampf in der Gegenwart verhindern, daß die Bourgeoisie in der Zukunft, im Falle einer

revolutionären Erschütterung der Gesellschaft, die Arbeiterschaft mit Gewalt daran hindern kann, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten.“ (Protokoll, 17. Parteitag, S.194). Wie soll das gehen? Offenbar geht das nur, wenn die Bourgeoisie über keine Staatsmacht verfügt, die sie gegen die Arbeiterklasse einsetzen kann. Verfügte die Bourgeoisie 1957, 12 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs etwa nicht über einen funktionierenden bürgerlichen Staatsapparat? Genau das wurde behauptet: „Es ist der österreichischen Bourgeoisie,“ sagte Fürnberg in seiner Rede auf der Parteikonferenz im Februar 1958, „bisher nicht gelungen, die politischen, ideologischen und machtmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, in großem Maßstab Gewalt gegen die Arbeiterschaft anzuwenden.“ (Weg und Ziel, 1958, S.295) Und das nach zwölfjährigem Aufbau des bürgerlichen Staatsapparats, samt Polizei, Gendarmerie, B-Gendarmerie (Vorläufer der Armee) und seit 1955 auch der Armee. Diese lächerliche Behauptung, die von grenzenloser Vertrauenseligkeit in den bürgerlichen Staat zeugt und davon, daß tatsächlich der Klassencharakter der Staatsmacht abgestritten wird, wird noch weiter konkretisiert: „In der Diskussion haben einzelne Genossen erklärt, daß es unrichtig sei, von einem Kampf um den demokratischen Charakter des Bundesheeres‘ zu sprechen, da, wie diese Genossen meinten, das Bundesheer sei bereits ein Werkzeug der Reaktion. Wäre das wirklich so, dann wäre es natürlich unrichtig, jetzt von der Möglichkeit eines friedlichen Weges zum Sozialismus zu sprechen. Aber ist es so? Kann die Bourgeoisie heute tatsächlich das Bundesheer gegen die Arbeiterklasse einsetzen, wenn diese in ihrer Mehrheit irgendeinen Kampf führt? Kann sie das Bundesheer heute, sagen wir, gegen

die Eisenbahner einsetzen, wenn diese streiken? Sie kann heute nicht einmal damit drohen, ohne schwere Konflikte heraufzubeschwören und Gefahr zu laufen, daß bedeutende Teile der bewaffneten Macht sich gegen solche Versuche stellen.“ (Protokoll, 17. Parteitag, S.195) Der Artikel „Quo vadis, Bundesheer?“ im Weg und Ziel vom Juli/August 1958, S.630ff, widerlegt faktisch bereits dieses Geschwätz. Ausdrücklich erklärt Fürnberg: „Gelingt es der Bourgeoisie wieder - so wie zwischen den zwei Weltkriegen - die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft und des arbeitenden Volkes Schritt für Schritt zu beseitigen, den Staatsapparat vollkommen zu ihrem gefügigen Werkzeug zur gewaltsamen Niederhaltung des Volkes zu machen, so kann ihre Herrschaft auf friedlichem Weg nicht gestürzt werden.“ (Weg und Ziel, 1958 S.326) Das, was hier als Drohung der Zukunft ausgemalt wird, war natürlich 1958 längst der Fall.

In jedem Land hatten sich die Revisionisten eine andere Begründung für die Theorie des „friedlichen Wegs“ zurechtgelegt, von England bis Indien, und überall fanden sich „besondere nationale Bedingungen“, die das Unmögliche angeblich möglich machten. In Österreich war es nicht anders. Die Begründung für die Möglichkeit des friedlichen Weges ist grotesk und an den Haaren herbeigezogen und konnte eine eventuelle Plausibilität höchstens noch dadurch gewinnen, daß das Bundesheer erst im Aufbau begriffen war. Was dahinter steckt, ist der nackte Revisionismus:

Denn wenn die Bourgeoisie nicht über den Staatsapparat verfügen kann - jetzt nicht und durch den Kampf der Arbeiterklasse auch in Zukunft nicht - dann heißt das, daß der Staatsapparat über der Bourgeoisie steht. Der Klassencharakter der Staatsmacht und daher die Notwendigkeit ihrer gewalt-

samen Zertrümmerung wird verwischt bzw. geleugnet. Die Arbeiterklasse kann den bürgerlichen Staatsapparat in die Hände nehmen, reformieren und für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen - das muß die nächste Schlußfolgerung sein. Und diese Schlußfolgerung wird prompt gezogen. So heißt es bei Fürnberg: *„Wir kennen die Notwendigkeit, den Staatsapparat in der Diktatur des Proletariats gründlich umzuändern und ihn zu ihrem Werkzeug zu machen. Wir sollen aber nicht in den Fehler verfallen, zu übersehen, daß auch einige neue Tatsachen zu berücksichtigen sind. Die wichtigste besteht darin, daß die Arbeiterklasse heute imstande ist, die große Masse der kleinen Beamten und Staatsangestellten auf ihre Seite zu ziehen. Wenn also die Arbeiterklasse die Macht erobert haben wird, so wird es genügen, wenn sie die leitenden Stellen fest in die Hand nimmt, die reaktionären Elemente aus dem Staatsapparat beseitigt und einen ständigen Kampf gegen den Bürokratismus führt. Das allerdings ist von ausschlaggebender Bedeutung und unter allen Umständen notwendig.“* (Protokoll des 17. Parteitags, S.202) Und schließlich marschiert auch noch das Parlament, der Revisionisten liebstes Kind, als Instrument der proletarischen Revolution auf: Die Arbeiterklasse kann *„eine solche Mehrheit im Parlament gewinnen, die bereit ist, den Weg zum Sozialismus einzuschlagen und das Parlament wirklich in den Dienst des Volkes zu stellen.“* (Weg und Ziel 1958, S.296) *„Sie kann das Parlament, hinter dem sich heute die Herrschaft des Kapitals verbirgt, zu einer Körperschaft im Dienst des Volkes und des Sozialismus machen.“* (Weg und Ziel 1958, S.325) Wie hohl dieses ganze Gerede ist, sieht man nicht schwer: *„Die Bourgeoisie wird auf jeden Fall den Versuch machen, ein Vorwärtsschreiten zum Sozialismus mit Gewalt zu verhindern und sie ist bereit,*

*dabei jedes Mittel anzuwenden. Wenn sie kann! Man muß ihr also die Möglichkeit dazu nehmen. Wie kann das geschehen? Nur dadurch, daß die Arbeiterklasse entschlossen den Klassenkampf entfaltet, vor der drohenden revolutionären Krise, die unausweichlich ist, nicht zurückweicht, sondern sie in Rechnung stellt, ja sogar fördert und immer wieder die Notwendigkeit der Herrschaft der Arbeiterklasse hervorhebt, sowohl zum Schutz des bereits Errungenen als auch zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus.“* (Protokoll, 17. Parteitag, S.199)

Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß die herrschende Kapitalistenklasse ihre Diktatur mittels des bürgerlichen Staates ausübt. Der Staatsapparat ist nicht wegen der politischen Haltung der Beamten, sondern von seinem ganzen Wesen, seinem Aufbau, seinem vom Volk getrennten, über dem Volk stehenden, gegen das Volk gerichteten Charakter her Instrument der Diktatur der Bourgeoisie. Das Proletariat kann diesen Apparat nicht übernehmen und für seine Zwecke in Bewegung setzen. Es muß ihn zerschlagen und einen neuen, ganz anders gearteten Staatsapparat aufbauen. Keine Reform kann den Klassencharakter des bürgerlichen Staates ändern. Es ist unmöglich, den bürgerlichen Staat aus einem Instrument der Diktatur der Bourgeoisie in ein Instrument der Diktatur des Proletariats umzuwandeln. Erst recht gilt das für die Fassade des bürgerlichen Staates, für das Parlament. Die „Leitsätze“ hingegen vertuschen und leugnen den Klassencharakter der Staatsmacht und nehmen auf die reformerische Umwandlung des Staates in eine Waffe der Arbeiterklasse Kurs. Diese altbekannte revisionistische Theorie ist im Kern nur die Theorie des Wegs zum Sozialismus ohne Revolution, auf dem Weg von Reformen. Dieser Weg kann natürlich friedlich gegangen werden, aber es

ist kein Weg zum Sozialismus, sondern vollständiger Verrat an der sozialistischen Revolution. Der Klasseninhalt dieser Theorie und der „Leitsätze“ ist der Verzicht auf die Revolution und die Aussöhnung mit dem bürgerlichen System. Man muß es klar sagen: mit den „Leitsätzen“ wurde dem Marxismus-Leninismus abgeschworen und der Revisionismus zum Programm erhoben. Das war der entscheidende Durchbruch des Revisionismus. Die Theorien des berüchtigten 19. Parteitags unterscheiden sich von den „Leitsätzen“ nur mehr graduell.

Die Beschlußfassung der „Leitsätze“ steht in engem Zusammenhang mit dem XX. Parteitag der KPdSU und dem Revisionismus der Chruschtschowclique. Sie sind durchdrungen von dem Geist der Chruschtschow'schen „friedlichen Koexistenz“, der Theorie der Abschwächung der Widersprüche zwischen Sozialismus und Imperialismus bzw. ihrer Umwandlung in einen „friedlichen Wettbewerb“. Das Argument, daß die Stärke des sozialistischen Lagers den Imperialisten heute bereits einen Krieg unmöglich mache, das Argument von der großen „Anziehungskraft des Sozialismus“ für die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, der Gedanke der entscheidenden Bedeutung geographischer Nähe Österreichs zu den sozialistischen Ländern - all das spielt eine bedeutende Rolle in den Gedankengängen der Parteiführung auf dem 17. Parteitag. *„Die Orientierung auf den friedlichen Wettbewerb von Kapitalismus und Sozialismus ist gleichzeitig eine Orientierung auf den friedlichen Weg zum Sozialismus.“* (18. Parteitag) Hieß es am 17. Parteitag noch, daß die „Leitsätze aufgrund neuer Erfahrungen“ im Klassenkampf möglich und notwendig würden, so wird dann am 18. Parteitag klar gesagt, daß es vielmehr die „neuen Erkenntnisse des XX. Parteitags“ seien, die zu den Leitsätzen geführt hätten.

Der Chruschtschowrevisionismus war inzwischen daran gegangen, die gesamte bisherige marxistisch-leninistische Analyse der Weltlage, der grundlegenden Widersprüche auf der Welt, des „Wesens unserer Epoche“ usw. über den Haufen zu werfen. Neue Theorien wurden ausgearbeitet, um die Zusammenarbeit mit dem

US-Imperialismus und die Verwandlung der Sowjetunion in ein imperialistisches Land zu bemänteln und zu rechtfertigen. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen diesen Bestrebungen und den Neuentdeckungen der KPÖ über den „Weg Österreichs zum Sozialismus“ seit Ende 1956. Es ist die Stärke der Sowjetunion,

ihre Erfolge usw., die angeblich die Möglichkeit des „friedlichen Weges zum Sozialismus“ eröffnen. Natürlich besteht die Aufgabe aller Kommunisten dann darin, die Position der Sowjetunion weiter zu stärken. Das wird im Grunde zum eigentlichen Kernstück des „revolutionären Kampfes“.

## Die Entfaltung des Revisionismus bis zum 18. Parteitag (1957 - 1961)

Nach dem 17. Parteitag wurde der Revisionismus zielstrebig ausgebaut. Einerseits wurde das Scheingefecht gegen den „Revisionismus“ noch verstärkt und der 17. Parteitag noch im nachhinein als „großer Sieg über den Revisionismus“ gefeiert. Andererseits wurde der Kampf gegen „Dogmatismus“ und „Sektierertum“ verstärkt. Aus dem noch recht vorsichtigen, verdeckten und wortradikalen Revisionismus der „Leitsätze“ wurde Zug um Zug ein umfassender, offener, stockbürgerlicher Revisionismus. Die abgestandensten kleinbürgerlichen Ideen fanden binnen weniger Jahre Eingang in die Ideologie und Politik der Partei.

Es wurden Beschlüsse zur Verstaatlichten Industrie gefaßt und die Haltung der Partei dazu revidiert: Jetzt wurde die durch den bürgerlichen Staat durchgeführte durch und durch kapitalistische Verstaatlichung als „bedeutende demokratische Errungenschaft“, als „antikapitalistische Einrichtung“ und als Eckpfeiler für die Orientierung auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus betrachtet. Dann kamen vor allem Beschlüsse zur „Erneuerung der Demokratie“ und andere Dokumente. Der 18. Parteitag bestätigte alle diese Dokumente und entwickelte die revisionistische Linie weiter. Natürlich nicht ohne ebenfalls den „Kampf gegen den Revisionismus“ zu führen.

Dieser „Kampf gegen den Revisionismus“ war **nicht nur** ein Schattenboxen. Es war auch der Kampf gegen eine Tendenz, die die revisionistische Linie konse-

quent weiterdachte und deren Hauptrepräsentant ein Wiener Bezirkssekretär namens Frischauer war. Der Vorwurf an ihn war, er untergrabe die Rolle und Bedeutung der Partei, was auch stimmt, denn der Mann trat dafür ein, daß man die „große Arbeiterpartei“ SPÖ gegen die ÖVP unterstützen, sie wählen usw. sollte. Er trat in der Tat dafür ein, die KPÖ zum Anhängsel und „sozialistischen Gewissen“ der SPÖ zu machen. Das alles sollte vier Jahre später der 19. Parteitag beschließen, dem 18. Parteitag aber ging das zu weit. Der Hauptzweck des Kampfes gegen die Frischauer-Strömung aber war es, den Machtantritt und den Ausbau des Revisionismus in der KPÖ zu verdecken und die Mitglieder zu desorientieren. Daß das richtig ist, sieht man auch daran, was an Frischauers durch und durch reformistischen und revisionistischen Auffassungen kritisiert wurde und was nicht.

Der 18. Parteitag - der Bericht des ZK und die Beschlüsse - liefern ein Bild einer im Vergleich mit dem 17. Parteitag allseitig ausgearbeiteten und „entfalteten“ revisionistischen Linie. Vor allem wird der Revisionismus in den Fragen des Staates und der Revolution weiter ausgebaut.

Der Klassencharakter des Staates wird weiter verwischt und der „friedliche Weg“ ausgebaut. Kernstück der Sache ist der „Kampf um die Neubelebung (!), Erneuerung (!) und Gesundung (!) der Demokratie“, die durch die Reaktion der Bourgeoisie und die Koalitionspraxis ausgehöhlt usw. sei. Hatte man

bisher wenigstens noch in Worten einen Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie gemacht, so fällt das jetzt weg. Der friedliche Weg zum Sozialismus ist der Weg der „Erneuerung“ und „Gesundung“ der bürgerlichen Demokratie. Noch erschreckender ist es, wenn man sieht, daß diese „Erneuerung“ der Demokratie in nichts besteht als in kleinen bürgerlichen Reformen, wie sie jede bürgerliche Partei aufstellen könnte und auch aufstellt. Davon, daß Radio und Fernsehen nicht länger Propagandazentren des Kalten Kriegs sein dürfen und daß alle „demokratischen Parteien“ (ÖVP, SPÖ, KPÖ) die Möglichkeit haben müssen, in Radio und Fernsehen aufzutreten, über eine Wahlrechtsreform bis zu „mehr Verantwortung für die Jugend“, damit sie zu einem „auffrischenden Faktor der Demokratie“ wird, zieht sich ein Bogen von seichtesten und bodenlosen bürgerlichem Geschwätz. Diese „Erneuerung der Demokratie“ tritt in keinem Punkt der Herrschaft der Bourgeoisie nahe und unterscheidet sich dadurch grundlegend von den revolutionär-demokratischen Forderungen etwa des Programms des KB, die nicht auf die „Gesundung“, sondern auf die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie durch die sozialistische Revolution abzielen. Es sind das zutiefst kleinbürgerliche Reformpläne und Reformprojekte, wie sie im Munde aller bürgerlichen Parteien sind. Offenbar war die KPÖ-Führung aber so überzeugt von der Bedeutung und Tragweite dieser

Kleinbürgerstrategie, daß der „Kampf um die Erneuerung der Demokratie“ auch gleich zusammengefaßt wurde als „Kampf für eine „Regierung der demokratischen Erneuerung“, die aus KPÖ, SPÖ und den „demokratischen Kräften der ÖVP“ bestehen sollte. Zweck dieser Regierung: „Durchführung tiefgehender (siehe oben!) demokratischer Reformen“, dadurch „Einengung der Macht des Monopolkapitals“ und „Errichten von Schranken für die Konzentrierung des Reichtums und das Anhäufen von Profiten“ usw. usf. Kurzum: Der 18. Parteitag hat die „Strategie des antimonopolistischen Kampfs“ des 22. Parteitags kreiert. Schleierhaft bleibt, wie man mit dieser „systemtranszendierenden“ Strategie, die einfach eine Strategie der Verteidigung der „Idee“ der bürgerlichen Demokratie gegen deren Wirklichkeit, eine Strategie kleinbürgerlicher Reformen ist, zum Sozialismus kommen soll. Wie der Kampf um diese Reformen ermöglichen soll, einen „friedlichen Weg zum Sozialismus“ zu ermöglichen. Hatte es beim 17. Parteitag geheißen, daß nur durch Klassenkampf der friedliche Weg zum Sozialismus eröffnet werden kann, so wird jetzt präzisiert, worin der Klassenkampf besteht: „Kampf zur Erneuerung der Demokratie“, für die „Einengung der Macht der Monopole“, für die Abrüstung und den Frieden, für die „Erschließung von Dauerarbeitsplätzen“, für „einen höheren Anteil der Arbeiter und Angestellten an der Konjunktur“ u.a.m. „Heute sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, daß das arbeitende Volk, mit der Arbeiterklasse an der Spitze, die Macht des in- und ausländischen Monopolkapitals in Wirtschaft und Politik weiter einschränkt und einen friedlichen Weg zum Sozialismus freikämpft. Dazu ist es notwendig, daß alle Angriffe auf die verstaatlichten Teile der Wirtschaft zurückgewiesen, die Verstaatlichung

verbreitert, das Gewicht der verstaatlichten Industrie in der Gesamtwirtschaft vergrößert und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft verwirklicht wird; daß keinerlei Verschlechterung der Sozialgesetzgebung zugelassen, sondern diese systematisch ausgebaut wird; daß, durch eine ständige Erhöhung des Lebensniveaus, dem arbeitenden Volk auf Kosten der Profite des Kapitals sein Anteil an der Konjunktur gesichert wird; daß alle Vorstöße der Reaktion zurückgeschlagen und eine Erneuerung der Demokratie Schritt für Schritt erzwungen wird. Auf diese Weise führt die Arbeiterklasse auch den Kampf für die Erringung des Sozialismus.“ (Protokoll, 18. Parteitag, S.327) Das ist eindeutig: Der Kampf um den Sozialismus ist der Kampf um Reformen im Rahmen der kapitalistischen Ordnung. Die Marxisten-Leninisten dagegen gehen davon aus, daß der Kampf um den Sozialismus der Kampf um die Revolution ist und daß der Kampf um Reformen diesem Kampf untergeordnet ist, ihm dient, an ihn heranführt. Wenn der Kampf um Reformen mit einer revolutionären Perspektive verbunden ist, kann die Arbeiterklasse in ihm Kräfte sammeln, um im geeigneten Moment, wenn eine revolutionäre Situation entsteht, das bürgerliche System durch den bewaffneten Aufstand zu stürzen, die Macht zu ergreifen und ihre Diktatur zu errichten. Es gibt keinen Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats, keine Diktatur des Proletariats ohne Revolution, keine Revolution ohne bewaffneten Aufstand. Die Strategie der KPÖ hingegen ist seit dem 17. Parteitag die Strategie eines „bürgerlichen Sozialismus“ ohne so häßliche Dinge wie Revolution und Diktatur und Waffengewalt.

Massiv ausgebaut wurde auf dem 18. Parteitag auch der Revisionismus in der Frage von Krieg und Frieden, was auf dem 17. Parteitag noch weniger Rolle gespielt hatte.

Die Ära des großen Friedens ist ausgebrochen, die Zeit der Kriege ist vorbei, - das ist der Tenor des Parteitags. „Zum ersten Mal in der Geschichte besteht heute die Möglichkeit, durch den Kampf der Völker die aggressiven kriegstreiberischen Kreise zu zügeln, Kriege zu verhindern, die Imperialisten zu einem Abkommen über allgemeine Abrüstung zu zwingen und die Menschheit vom Alpdruck eines Atomkrieges zu befreien.“ (Protokoll, 18. Parteitag, S.111) „Friedliche Koexistenz oder keine Existenz!“ (ebenda, S.377) - wurde jedem entgegengeschleudert, der an der bisherigen Auffassung der Marxisten-Leninisten festhielt, daß der Imperialismus unweigerlich Kriege hervorbringt und die Ära des Friedens erst nach dem Sturz des Imperialismus auf der ganzen Welt beginnen wird.

Die praktische Politik der KPÖ wurde durch den 18. Parteitag auf eine einzige Aufgabe konzentriert. 1959 war die KPÖ aus dem Parlament geflogen. „Kommunisten wieder ins Parlament!“ Das sei die Aufgabe, auf die „alle Kräfte“ konzentriert werden müßten. Alle politischen Aufgaben werden auf diesem Parteitag eigentlich nur mehr unter dem Gesichtspunkt gestellt, wie man sie hinsichtlich der Wahlen nutzen kann. Daran hat sich bekanntlich seit damals nichts mehr geändert. Aber noch gab es in der Partei bedeutende marxistisch-leninistische Kräfte, die dem Revisionismus Widerstand leisteten. Der Parteitag mußte festhalten: „Die Parteileitungen sollen auch Erscheinungen des Dogmatismus und Sektierertums mehr als bisher bekämpfen. Dogmatismus und Sektierertum zeigen sich in unserer Partei in dem Unverständnis gegenüber dem Inhalt der neuen geschichtlichen Epoche und den Möglichkeiten des Kampfes für die Ausschaltung des Krieges aus dem Leben der Menschheit. Dogmatismus und Sektierertum zeigen sich im mangelnden Verständnis

für die Erneuerung der Demokratie und einen friedlichen Weg zum Sozialismus, für den

Kampf um die Aktionseinheit und die Einheitsfront mit den sozialistischen Arbeitern und

der ganzen arbeitenden Bevölkerung.“ (Protokoll, 18. Parteitag, S.393/394)

## Das Augustplenium des ZK 1963 - die Revisionisten spalten die Partei

Entsprechend der Einschöpfung der KPÖ auf den 20. Parteitag der KPdSU und die Chruschtschowclique durch den 18. Parteitag („Der Parteitag unterstreicht die historische Bedeutung der Beschlüsse des 20. Parteitags der KPdSU, die für die ganze kommunistische Weltbewegung richtungsgebend sind.“ Protokoll des 18. Parteitags, S.395) stellte sich die KPÖ-Führung auf die Seite der Chruschtschowclique, als diese im internationalen Maßstab den Marxismus-Leninismus angriff und die internationale Kommunistische Bewegung spaltete. Die KPÖ-Führung ergriff Partei für die Chruschtschowclique und gegen die KP Chinas.

Im Februar 1963 und dann vor allem im September und Oktober 1963 wurden in „Weg und Ziel“ Hetzartikel gegen den Marxismus-Leninismus und die KP Chinas geschrieben. Zugleich wurde die revisionistische Linie der KPÖ immer mehr ausgebaut und der Kampf gegen alle jene geführt, „die noch immer nicht ganz die Gedankenwelt des XX. Parteitags der KPdSU verarbeitet haben.“ (Weg und Ziel, 1963, S.108)

Der heutige Parteivorsitzende der KPÖ, damals Mitglied des Politbüros, Franz Muhri, hatte im November 1963 Gelegenheit, nochmals in einem Artikel „Über den friedlichen Weg zum Sozialismus“ den ganzen revisionistischen Plunder zusammenzufassen, aber nicht ohne wieder einige „neue Erkenntnisse“ hinzuzufügen. Z.B. daß der Sozialismus „in allen europäischen Volksdemokratien“ (!) und in Kuba (!) auf friedlichem Weg gesiegt habe. Die „geniale Idee“ bei dieser grotesken Behauptung besteht einfach darin, daß von der Eroberung der Staatsmacht und der Errichtung der volksdemo-

kratischen Macht abgesehen wird und nur der Übergang von der volksdemokratischen Etappe der Revolution zur sozialistischen in Betracht gezogen wird, der natürlich mehr oder weniger friedlich gehen konnte, da die Partei ja bereits die Staatsmacht mit Waffengewalt erobert hatte. So gesehen hätte Muhri auch China als Beispiel für den „friedlichen Weg“ anführen können.

Übrigens war es angeblich auch im Herbst 1963 „der Bourgeoisie noch nicht gelungen, sich einen starken und verlässlichen Polizei- und Militärapparat gegen die Arbeiterklasse zu schaffen“ (alle Zitate aus Weg und Ziel, 1963, S.690) Der Artikel von Muhri zählt alle Argumente für den „friedlichen Weg“ auf. Die kuriosesten Sachen sind bei dieser „Analyse der Besonderheiten Österreichs“ z.B., daß die Stärke der Sowjetunion die Bourgeoisie zwingt, zwecks Vermeidung von Krisen Konjunkturpolitik zu betreiben, was die Möglichkeiten von Faschismus und Reaktion einengt und daher den „friedlichen Weg“ erleichtert. Interessanter als die Kuriositäten ist, daß 1963 die „Möglichkeit des friedlichen Wegs zum Sozialismus“ bereits zur einzigen Möglichkeit geworden war. „Es ist nicht möglich, erfolgreich für die sozialistische Perspektive und für die Alternative der demokratischen Erneuerung unter den sozialistischen Arbeitern zu werben, wenn man nicht zutiefst von der Möglichkeit jenes Weges Österreichs zum Sozialismus durchdrungen ist, den wir in der programmatischen Erklärung dargestellt haben.“ (Weg und Ziel, 1963, S.108) „Was das Beherrschen aller Kampfformen betrifft und die These, daß man sich gleichzeitig auf den friedlichen und

den nicht friedlichen Weg vorbereiten müsse, so kann man dieses Problem nicht losgelöst von der konkreten Situation, vor der die Kommunisten in der jeweiligen Lage stehen, betrachten. Können und sollen wir uns jetzt neben der Orientierung auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus, auf die Ausnützung aller legalen Möglichkeiten des Klassenkampfes, gleichzeitig auf bewaffnete Auseinandersetzungen und illegale Kampfformen vorbereiten? Wir halten das für unmöglich, falsch und schädlich. Das hieße unsere Partei desorientieren, sie auf einen putschistischen und abenteuerlichen Weg drängen und von den eigentlichen Aufgaben und Möglichkeiten ablenken. Das Ergebnis könnte nur eine völlige Isolierung unserer Partei von den Massen sein. Es würde bedeuten, daß wir die Orientierung auf den friedlichen Weg gar nicht ernst nehmen, an diese Möglichkeit nicht wirklich glauben.“ (Weg und Ziel, 1963, S. 692) Die Auffassung der Marxistinnen-Leninisten zu diesem Problem ist, daß die Arbeiterklasse sich vor allem auf den Aufstand und die gewaltsame Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats vorbereiten muß. Nur wenn sie darauf vorbereitet ist, kann sie auch eine ausnahmsweise und eventuell sich bietende Möglichkeit einer „friedlichen“ Revolution ohne Bürgerkrieg nutzen. Das Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs hält fest: „Die unerläßliche Vorbedingung dieser sozialen Revolution ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. das heißt die Zerschlagung der Diktatur da Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen

zur Verteidigung ihres Eigentums und ihrer Herrschaft verläßt, kann die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern. Deshalb ist die Orientierung der Arbeiterklasse: Bewaffnung des Proletariats in Form der allgemeinen Volksbewaffnung, um die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen.“ (S. 18/19) Bei der KPÖ hingegen hieß es bereits 1964. daß „man sich auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus orientieren muß“ (Weg und Ziel, 1964, S. 10) Aus der Möglichkeit war ausdrücklich eine „Notwendigkeit“ geworden. „Friedlich oder nicht zum Sozialismus“, hieß es jetzt. Auch der stockbürgerliche Charakter dieses „friedlichen Wegs“ und daß es im Grunde nur „parlamentarischer Kretinismus“ ist, kommt schon recht deutlich heraus: „Was das Parlament betrifft, glauben wir, daß man, gestützt auf eine Parlamentsmehrheit, bestehend aus Kommunisten, Sozialisten und konsequenten Demokraten, im Einklang mit den bestehenden verfassungsmäßigen Möglichkeiten unter dem Druck breiter und einheitlicher Massenbewegungen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft,

also unter Ausnutzung völlig legaler Mittel, über den Weg der Verteidigung und Erneuerung der Demokratie (Strukturreformen) den friedlichen Weg zur sozialistischen Revolution freikämpfen kann. In diesem Sinne sind wir tatsächlich ‚Legalisten‘. Wahlen, politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, der Kampf um die Beschlußfassung fortschrittlicher Gesetze durch das Parlament, der Generalstreik, die politische Massendemonstration usw. sind völlig legale Formen des Klassenkampfes.“ (Weg und Ziel, 1963, S.693) Natürlich funktioniert der „friedliche Weg“ nur, wenn die SPÖ mitmacht. „Eine große Verantwortung in bezug auf den künftigen Übergang zum Sozialismus trägt die Sozialistische Partei. Setzt sie die Politik der Sozialpartnerschaft, des Nachgebens gegenüber Kapital und Reaktion fort, dann bringt das unweigerlich die Gefahr mit sich, daß der friedliche Übergang erschwert wird.“ (ebenda) „Unser Konzept des friedlichen Übergangs zum Sozialismus geht aber davon aus, daß es heute möglich ist, den Charakter und die Politik der sozialistischen Parteien zu verändern (ja nicht

nur der Sozialistischen Partei, sondern auch der Österreichischen Volkspartei) und daß der Übergang zum Sozialismus im Bündnis mit mehreren Parteien nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert ist.“ (ebenda, S.694) Bloß mußte es statt „wünschenswert“ „unumgänglich“ heißen. Zum Schluß des Artikels kommt noch der Hinweis darauf, daß man sich nicht „einseitig“ auf die „sozialistischen Massen“, sondern auf die „sozialistischen Führer“ orientieren müsse und daß die neue politische Linie „viele neue Berührungspunkte“ zwischen SPÖ und KPÖ geschaffen habe. Letzterem kann man nur beipflichten.

Inzwischen war die KPÖ-Führung nicht nur an die Weiterentwicklung ihrer Linie, sondern auch an die Säuberung der Partei gegangen. Die Marxisten-Leninisten wurden nach dem Augustplenium des ZK aus der Partei ausgeschlossen. Die KPÖ-Führung ging daran, die Macht in der Partei ideologisch, politisch und organisatorisch abzusichern. Sie spaltete die Partei. Außerhalb der Partei entstanden neue marxistisch-leninistische Gruppierungen.

## Der 19. Parteitag (1965)

Dieser Parteitag gilt heute bei manchen Kreisen in der KPÖ als ein Parteitag mit gewissen revisionistischen Entgleisungen. Dabei brachte er hinsichtlich der politischen Linie der Partei für den Klassenkampf in Österreich nichts qualitativ Neues verglichen mit dem 18. Parteitag. Es muß also andere Gründe dafür geben. Mit einem redaktionellen Artikel wurde in der Mainnummer von „Weg und Ziel“ (1964) die „Diskussion über Perspektiven“ eingeleitet. Worauf zielte die Diskussion ab? Sie zielte in erster Linie darauf ab, die vor einiger Zeit noch verteuflte Frischauer-Linie zur offiziellen Parteilinie zu machen und in

diesem Sinn den 19. Parteitag vorzubereiten. Es handelte sich in erster Linie darum, „das Verhältnis zur SPÖ zu überdenken“. Seit 1957 hatte es einen Prozeß der ideologischen Annäherung an die Sozialdemokratie gegeben. Jetzt handelte es sich um die offene Sozialdemokratisierung der KPÖ und darum, sie zu einem Anhängsel der SPÖ zu machen. Wie es in einem solchen Fall bei den Revisionisten üblich ist, ergab eine „konkrete Analyse“, daß sich „in letzter Zeit gewisse Differenzierungen in der SPÖ ergeben haben, daß immer wieder antifaschistische Traditionen, proletarisches Empfinden und auch sozialistische

Gesinnungsstärke sich bemerkbar gemacht, manchmal auch durchgesetzt haben“ (Weg und Ziel, 1964, S.275) „Wir halten es für durchaus möglich, daß die SPÖ in einer Koalitionsregierung eine Politik betreibt, die wir Kommunisten unterstützen können. Das gilt umso mehr, als in der ÖVP eine schwere Krise schwelt, die für eine demokratische Alternative ausgenützt werden könnte. Es scheint uns notwendig und durchaus real, eine Sammlung der demokratischen und patriotischen Kräfte anzustreben, für Neutralität und Unabhängigkeit, gegen Unternehmerscharfmacher und Reaktion, die auch in der Zusammen-

setzung einer Regierung zum Ausdruck kommen würde, die wir Kommunisten unterstützen könnten, auch wenn wir nicht in dieser Regierung sind. Das wäre eine Alternative zur bisherigen Koalitionspolitik, die sich mit der sozialistischen Alternative verträgt.“ (ebenda, S.276) Der 19. Parteitag selbst ging dann noch weiter. Im Bericht vom ZK war nicht mehr die Rede von „gewissen Differenzierungen“, sondern von „bedeutenden Veränderungen in der SPÖ und ihrer Politik“ (Protokoll, 19. Parteitag, S.71). Es wird betont, daß die KPÖ nicht gegen eine Teilnahme der SPÖ an der Regierung sei (!?), weil diese „die Macht des Großkapitals einengen und der Reaktion bestimmte Grenzen setzen kann“ (ebenda, S.73). Es wird der SPÖ-Führung Unterstützung zugesagt „bei jedem Schritt, der im Interesse der arbeitenden Menschen und des Fortschritts ist“ (Protokoll, 19. Parteitag, S.351). Es ist also inzwischen die SPÖ der Träger der „Erneuerung der Demokratie“ geworden und auch in einer „Regierung der demokratischen Erneuerung“, wird betont, müßte die KPÖ nicht unbedingt vertreten sein. (vgl. Weg und Ziel, 1964, S.276) Andererseits wird die Befürchtung geäußert, daß auf dem Boden der Sozialpartnerschaftspolitik „auch ein sozialistischer Bundeskanzler keine grundlegenden Fortschritte erzielen würde können.“ (ebenda) Bekanntlich war eine Konsequenz dieses Kurses, daß die KPÖ bei den Wahlen 1966 nicht mehr kandidierte, sondern zur Wahl der SPÖ. Abgesehen von diesem Heranarbeiten an die SPÖ, dem Hauptproblem des 19. Parteitags, findet man vor dem und beim 19. Parteitag einige neue Elemente bei der Entwicklung der „Strategie des friedlichen Wegs“, nämlich die „Strukturreformen“, um die „Spannweite der Demokratie“ (das ist inzwischen aus der „Erneuerung der Demokratie“ geworden) zu vergrößern, und die „Mitbestimmung“.

Die beiden letzten Orientierungen sind auch heute noch Bestandteil der KPÖ-Politik. Weiters betrieb es Fürnberg, den Begriff der „Diktatur des Proletariats“ fallenzulassen, was auch geschah. Aber das hatte mehr eine spektakuläre, als eine wirkliche Bedeutung. Der Sache nach war das nichts Neues gegenüber 1957 oder 1961.

Was soll man nun von diesem 19. Parteitag halten? Heute stellt ihn die KPÖ, zumindest gewisse Teile der KPÖ, als revisionistische Entgleisung dar. Ein später (nach 1968) ausgeschlossener Flügel der Partei habe ihr diese Entgleisung angetan. Nach deren Ausschluß sei wieder alles ins rechte Lot gebracht und der „Revisionismus“ besiegt worden.

In puncto Revisionismus war der 19. Parteitag jedoch nur die logische Fortsetzung des Weges der „Leitsätze“ von 1958. Wenn man die ideologische und politische Entwicklung der KPÖ in diesem Zeitraum verfolgt, ist das unübersehbar. In diesem Sinn hat auch der 20. Parteitag 1969 die Linie des 19. „voll und ganz bekräftigt“ (Protokoll, 20. Parteitag, S.40), ebenso der 21. die des 19. und 20. (Protokoll, 21. Parteitag, S.348) und der 22. die des 21. Parteitags (Protokoll, 22. Parteitag, S.48). Diese Kontinuität von 1957 bis 1974 gibt es in der Tat. Es ist die Kontinuität des Revisionismus. Zwischen 1957 und 1974 ist - jenseits diverser Schwankungen, darunter vor allem auch der Schwankung im Sprachgebrauch - die revisionistische, ideologische und politische Linie der KPÖ ständig ausgebaut und vertieft worden. Alle grundlegenden Elemente der Linie des 19. Parteitags finden sich bereits beim 17. Parteitag, spätestens beim 18. Parteitag.

Wodurch sich der 19. Parteitag von den früheren oder späteren Parteitag unterscheidet, war zuerst einmal die Änderung der Haltung zur SPÖ. Die Verfolgung dieser Linie mußte binnen einiger Jahre

zum Verschwinden der KPÖ als selbständiger Kraft wegen offensichtlicher Überflüssigkeit eines solchen Schwanzes der SPÖ, führen. Für eine zweite im vollen Sinn sozialdemokratische Partei konnte es keinen Platz geben.

Sicherlich ist eine Erklärung für diesen selbstmörderischen Kurs der sich ständig steigernde Opportunismus. Schon die „Leitsätze“ bedeuteten Opportunismus und Kapitulation. Sie waren - was die inneren Ursachen betrifft - Ausdruck des Niedergangs der Arbeiterbewegung und der KPÖ im Österreich der 50er Jahre. Aus diesem Niedergang zog die KPÖ-Führung nicht den Schluß, den Revisionismus in der Partei zu bekämpfen und die gesamte Politik der Partei seit 1945 der Kritik und Selbstkritik zu unterziehen. Sie antwortete vielmehr durch das vollständige Abschwenken zum Revisionismus. Trotzdem ging der Niedergang weiter und die KPÖ flog 1959 - in völligem Kontrast zur „stabilen Arbeitermehrheit im Parlament“ oder gar zur „Regierung der demokratischen Erneuerung“ - aus dem Parlament. Der revisionistischen Parteiführung erschien als einziger Ausweg aus der Krise die immer weitergehende Verwandlung der KPÖ in eine kleinbürgerliche Reformpartei sozialdemokratischen Typs. Auf diesem Weg war der 19. Parteitag ein logischer Schritt, der nicht zufällig von der ganzen Parteiführung und keineswegs nur von einem Flügel getan wurde, wenn dieser Schritt auch die Schranken sichtbar machte, die man trotz des eingeschlagenen Weges nicht überschreiten durfte, ohne sich selbst zu zerstören. Der 19. Parteitag hat aber noch eine andere Seite, die damals noch kaum sichtbar war, aber dann später eine entscheidende Bedeutung erlangte. Zu dieser Zeit hatte der sogenannte „Eurokommunismus“ begonnen, sich als neue Spielart des Revisionismus zu entwickeln. Die italienischen,

spanischen und französischen Revisionisten begannen unter dem Druck der erforderlichen Anpassung an die jeweils eigene Bourgeoisie gewisse Reserven gegenüber der KPdSU zu entwickeln, „eigene Wege“ zu gehen, die Fesseln der Herrschaft der KPdSU zu lockern. Deshalb wurden sie noch lange nicht „unabhängig“ und bis heute ist es ein Wesensmerkmal aller dieser Parteien, mehr oder weniger Knechte der Breschnewclique zu sein. Sie sind nach wie vor materiell noch abhängig, sie stimmen insbesondere in fast allen internationalen Fragen mit dem russischen Sozialimperialismus überein, sie sind wie die Breschnewclique wilde Feinde des Marxismus-Leninismus. Aber man muß doch die „eurokommunistischen“ Bestrebungen feststellen und beachten, man muß die Volksmassen vor den betrügerischen Absichten des „Eurokommunismus“ warnen, aber ihn zugleich ausnutzen und die Widersprüche zwischen den verschiedenen Sorten von

Revisionisten verstärken. Die heutige KPÖ ist bekanntlich das direkte Gegenteil des „Eurokommunismus“. Sie ist ein treuer Knecht der Breschnewclique. Sie wird auf direktem und indirektem Weg von der Sowjetunion finanziert und ausgehalten. Sie ist eine Abteilung des russischen Sozialimperialismus und Befehlsempfänger der Breschnewclique. Der 19. Parteitag war seitens eines Teils der Parteiführung, des damals federführenden Teils, ein erster Schritt dabei, einen „eurokommunistischen“ Weg zu beschreiten. Die Ablehnung dieser federführenden Parteiführer an die „strategischen Überlegungen“ von Togliatti usw. ist unübersehbar. Die Entwicklung der Parteilinie seit 1957 war zwar vom 20. Parteitag der KPdSU inspiriert worden, hatte aber bereits den Punkt erreicht, wo die Rolle der KPÖ als „fünfte Kolonne“ der Breschnewclique beeinträchtigt wurde. In den „Thesen“ des Parteitags war erstmals ein eigener Abschnitt enthalten,

der die „Autonomie der Partei“ in den Vordergrund stellt und kritisiert, *„daß wir in der Vergangenheit auf diese Autonomie nicht immer genügend achteten.“* (Protokoll, 19. Parteitag, S.354) Natürlich waren das nur erste zaghafte Schritte, und diese Orientierung konnte nicht in der ganzen Partei durchgesetzt werden. Außer der großen ökonomischen Abhängigkeit der KPÖ von der Sowjetunion und deren politischem Druck gibt es noch einen anderen objektiven Grund dafür: den großen Unterschied zwischen Österreich und Italien, Spanien oder Frankreich: Dort sind der Griff nach der Macht im bürgerlichen Staat und der Sprung in die Regierung „überzeugende Argumente“, weil sie als realistische Möglichkeiten erscheinen. In Österreich hingegen fallen diese „überzeugenden Argumente“ weg. Was sollte man sich hierzulande von einer „eurokommunistischen“ Orientierung erwarten?

## Vom 21. August 1968 bis zum 22. Parteitag (Jänner 1974)

Einen bedeutenden Einschnitt in der Entwicklung der KPÖ brachte das Jahr 1968. Die KPÖ-Führung hatte die Ideen des „Prager Frühling“ begeistert aufgegriffen und propagiert. Das hängt damit zusammen, daß die bürgerlich-demokratischen und in vieler Hinsicht auch sozialdemokratischen „Ideen“ der tschechoslowakischen Parteiführung unter Dubcek den „Ideen“ des 19. Parteitags entsprachen. Der kapitalistische „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, den die Revisionisten an der Spitze der KP der Tschechoslowakei wollten, entsprach auch den Zielen der KPÖ-Führung. Dann kam die Okkupation der CSSR im August 1968 und mit ihr eklatierte die Krise in der KPÖ. Ein Teil der KPÖ-Führung trat gegen die Okkupation auf. Ein anderer Teil ging daran, die KPÖ wieder „auf Vordermann zu bringen“

und sie wieder voll der Breschnewclique unterzuordnen, dies übrigen Hand in Hand mit KPdSU und SED, die sich direkt in die Auseinandersetzungen in der KPÖ einmischten. Der 20. Parteitag im Jänner 1969 war der Parteitag der Krise und ein Parteitag mit Pattstellung. Nach diesem Parteitag, der nichts entschied und nichts löste, ging der Kampf weiter. Im Laufe des Jahre 1969 und Anfang 1970 entschieden die Breschnewleute den Kampf für sich, die Mächtigen-„Eurokommunisten“ wurden eliminiert und im Mai 1970 beim 21. Parteitag nicht mehr in das ZK gewählt. Der 21. Parteitag leitete durch diesen Ausgang des Kampfes eine sogenannte „Konsolidierung“ ein, wie es am 22. Parteitag hieß. Was sich hier „konsolidierte“, war in der Hauptsache der Einfluß der Breschnewclique in der KPÖ,

denn die Krise der KPÖ, ihr Niedergang, ihre schwindende politische Bedeutung hielten an. Am 22. Parteitag wurde ein neues ZK gewählt, in dem nur mehr 32 % der Mitglieder des ZK des 19. Parteitags vertreten waren.

Die Breschnewleute kleideten ihren Kampf gegen die andere Fraktion in das Gewand des „Kampfes gegen den Revisionismus“. Wie wenig das den Tatsachen entsprach, sieht man allein schon daran, daß sich der Einpeitscher und Häuptling des Revisionismus seit den 50er Jahren, Fürnberg, unter den Breschnewleuten befand und genauso der Parteivorsitzende Muhri. Was die beiden Fraktionen in der Parteiführung voneinander trennte, war in erster Linie die Haltung zur Sowjetunion, in zweiter Linie einige Fragen der politischen Linie der Partei in Ös-

terreich (vor allem die Haltung zur Sozialdemokratie) — aber da verwischen sich die Grenzen zwischen ihnen bereits —, überhaupt nicht hingegen war es die Frage Marxismus-Leninismus oder Revisionismus. Der 22. Parteitag, der angeblich den „Kampf gegen den Revisionismus“ zum Abschluß brachte, vertritt im Kern dieselben revisionistischen Positionen wie der 17., 18., 19., 20. und 21. Parteitag.

Das wurde allerdings nicht nur durch die Phrase vom „Kampf gegen den Revisionismus“, wobei als Revisionismus lediglich die auch für revisionistische Verhältnisse bemerkenswerten Entgleisungen und Überspitzungen des 19. Parteitags betrachtet wurden, verdeckt, sondern durch die Wiederbelebung der revolutionären Phrase und radikales Wortgeklingel. Hatte man wenige Jahre zuvor noch jede Verwendung von Begriffen wie „Bourgeoisie“, „Proletariat“, „Diktatur des Proletariats“ und „Kampf um die Staatsmacht“, „sozialistische Revolution“ und „proletarischer Internationalismus“ peinlichst vermieden, so sind die „Politisch-ideologischen Leitsätze“ wieder über weite Strecken mit „marxistisch-leninistischen“ Ausdrücken versetzt. Daß man vorgibt, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu sein, wollte man freilich nach wie vor nicht so direkt sagen, weshalb die „Leitsätze“ bloß für die „*Errichtung einer Arbeitermacht, die die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausübt*“ eintreten (Protokoll, 22. Parteitag, S.344). Aber der Unterschied zwischen diesen „Leitsätzen“ und den „Thesen“ des 19. Parteitags ist jedenfalls deutlich sichtbar, wenn es auch nur ein äußerlicher und nebensächlicher Unterschied, aber kein Unterschied im Wesentlichen ist.

In mancher Hinsicht ähnelt der 22. Parteitag dem 18. Damals wurde unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Fri-schauer-Revisionismus Revisi-

onismus praktiziert. Beim 22. Parteitag wurde unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Revisionismus der Marek, Fischer, Spira usw. und gegen die „revisionistischen Tendenzen“ des 19. Parteitags ebenfalls Revisionismus praktiziert. Damals wie im Jahr 1974 haben sich viele KPÖ-Mitglieder durch dieses Manöver täuschen lassen.

Der wirkliche Grundinhalt des 22. Parteitags besteht darin: Erstens wird die vollständige Unterordnung unter die Bre-schnewclique vollzogen und proklamiert. Das bezieht sich nicht nur auf internationale Fragen im allgemeinen, sondern auch auf Österreich. Ohne „Hilfe der Sowjetunion“ gibt es laut These 55 der „Leitsätze“ in Österreich keinen „Weg zum Sozialismus“. Das ist die Einladung zur militärischen und sonstigen Intervention. So beunruhigend diese Einladung an und für sich bereits ist, so gewinnt sie noch an Bedeutung, wenn man weiß, daß sich die Parteiführung und der Funktionsapparat tatsächlich nur einen „Weg zum Sozialismus“ vorstellen können, nämlich den Einmarsch der Sowjetunion und die Bildung einer Kompradorenregierung durch die KPÖ. Daß dies die wahren „strategischen“ Vorstellungen der meisten KPÖ-Führer sind, weiß jeder, der einige Zeit in dieser Partei tätig war und sie von innen kennt. Deshalb fallen aus der Sicht der KPÖ-Führung auch wirklich der „Kampf um den Sozialismus“ und ihre Tätigkeit zur Auslieferung und Unterwerfung Österreichs unter die Sowjetunion zusammen.

Zweitens wird durch den 22. Parteitag der Verrat an der sozialistischen Revolution, den man offen erstmals auf dem 17. Parteitag findet, fortgesetzt und in gewisser Hinsicht ausgebaut. Was macht diesen revisionistischen Verrat aus? Ob man den Begriff „Diktatur des Proletariats“ verwendet oder nicht? Ob man Schwanz oder Gegner der SPÖ sein will?

Ob man der eigenen Partei eine große oder kleine Rolle zumißt? Ob man die Verstaatlichte für kapitalistisch oder eine Art sozialistischer Insel hält?

Der Revisionismus hat viele Gesichter. Entscheidend ist und bleibt aber die Haltung zur Frage der Staatsmacht. Der Marxismus-Leninismus lehrt: *„Der bürgerliche Staat, in seiner Existenz Ausdruck der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, ist geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse. In seinem Kern ist er Maschinerie der Bourgeoisie zur gewaltsamen Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.“* (Programm des Kommunistischen Bundes Österreichs, S.14) *„Der bürgerliche Staatsapparat, mit dem die Kapitalistenklasse ihre politische Macht ausübt, kann von der Arbeiterklasse nicht einfach übernommen und für ihre Zwecke in Bewegung gesetzt werden. Die Arbeiterklasse zerschlägt den bürgerlichen Staat und setzt an seine Stelle den proletarischen Rätestaat, der zum Zweck der Durchführung der proletarischen Revolution die gestürzten Ausbeuter unterdrückt und niederhält, die umfassende und direkte Demokratie für das Volk verwirklicht und die arbeitenden Massen unter Führung des Proletariats zusammenschließt.“* (ebenda, S.19) Zerschlagung der Diktatur der Bourgeoisie, Errichtung der Diktatur des Proletariats — das ist der Weg der Revolution. Vertuschung des Klassencharakters des bürgerlichen Staatsapparats, Spekulationen über seine „Reformierung“, „Demokratisierung“, „Erneuerung“ usw., „Kampf um eine Veränderung des Charakters des Staates“ (These 39), Festklammern am Parlamentarismus und dessen Beweihräucherung — das ist die Ideologie des Revisionismus. Und stets ist diese Ideologie mit der Theorie des „friedlichen Wegs zum Sozialismus“ verbunden, während

umgekehrt leicht einzusehen ist, daß der bürgerliche Staat und die Diktatur der Bourgeoisie im allgemeinen nur durch den bewaffneten Aufstand gestürzt und zerschlagen werden können. Seit Jahrzehnten ist und bleibt dies, die Frage der Staatsmacht, die Scheidelinie zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Legt man diesen Maßstab an die „Leitsätze“ des 22. Parteitags der KPÖ an, sieht man sofort, daß hier Seite über Seite mit Geschwätz über die „Revolution“ gefüllt wird, aber die entscheidende Frage, die Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats, mit allen Mitteln vertuscht wird. Das ist aber der Kern der Sache. Demgegenüber wird alles „revolutionäre“ Wortgeklingel bedeutungslos. Die KPÖ orientiert sich auf die „Übernahme“, „Umwandlung“, „Reformierung“ und „Demokratisierung“ des bürgerlichen Staatsapparats. Diesen Weg will sie „gemeinsam mit anderen Parteien“ (These 50), „ohne Bürgerkrieg“ und „friedlich“ (These 49) und mittels einer „starken parlamentarischen Vertretung“ (These 51) gehen. Das ist in puncto Staat und Revolution der wesentliche Inhalt des 18. Parteitags. Da haben wir also nach wie vor die gesamte revisionistische Linie, die in der KPÖ seit 1958 herrscht. Mag diese Partei noch so „revolutionär“ daherreden, Tatsache ist, daß sie gegen die Zerschlagung und somit für die Aufrechterhaltung des bürgerlichen Staatsapparats eint. So sieht die Sache natürlich nur aus, wenn man die Linie der KPÖ an ihrem revolutionären Anspruch mißt. Tatsächlich ist die revisionistische Theorie dieser Partei natürlich völlig in Einklang mit dem praktischen Ziel ihrer Politik. Was sie wirklich anstrebt, ist sowieso längst nicht mehr eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft, sondern, mit Hilfe sowjetischer „brüderlicher Hilfe“ die Macht an sich zu reißen. Das ist es, was der KPÖ-Führung vorschwebt.

Für sie müssen die „Leitsätze“ nicht daran gemessen werden, ob sie mit dem Marxismus-Leninismus in Einklang sind, sondern, ob sie mit diesen Bestrebungen in Einklang sind. Und diese Probe bestehen die „Leitsätze“ zweifellos.

Soweit enthalten die neuen „Leitsätze“ nichts Neues, verglichen mit denen des Jahres 1958. Allerdings ist auch ein neuer Gedanke in ihnen enthalten, der Gedanke der „antimonopolistischen Demokratie“. Nachdem in radikaler Pose der Sozialismus und die „Arbeitermacht mit den Funktionen der Diktatur des Proletariats“ als Ziel der KPÖ verkündet worden sind (These 52), halten es die „Leitsätze“ aber für „zweckmäßig“ (These 53), dieses Ziel zu verschieben und zuerst einmal für etwas anderes zu kämpfen, für eine „antimonopolistische Demokratie“, „noch nicht Sozialismus, aber auch nicht mehr der alte Kapitalismus“ (These 53).

Legen wir auch an diese Auffassung zuerst den theoretischen Maßstab des Marxismus-Leninismus an. Dazu muß man sich zuerst einmal vergegenwärtigen, in welcher Situation wir sind. Die politische Macht in Österreich liegt in der Hand der österreichischen Monopolbourgeoisie, die sie vermittels der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus ausübt. Es gibt hierzulande weder vorkapitalistische Überreste noch ungelöste Aufgaben der bürgerlichen Revolution in großem Umfang. Es gibt keinen Faschismus und das Land ist nicht von einer fremden Macht besetzt. Der Hauptwiderspruch verläuft zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Die Etappe der Revolution ist der Kampf um den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und für den Sieg der Diktatur des Proletariats, wobei Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie Kampf gegen die parlamentarische und bürgerlich-demokratische Form dieser Diktatur bedeutet. Unter solchen Verhältnissen geht es nicht um die Orientierung auf die volksdemokrati-

sche oder nationaldemokratische Revolution als erste Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Vielmehr gilt das Wort Lenins gegen Kautsky, „daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats, jeder Traum von irgendetwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers.“ (LW Bd. 28, Seite 478). In diesem „Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats“ auf dem 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale wendet sich Lenin übrigens auch gegen die anderen in den KPÖ-„Leitsätzen“ enthaltenen revisionistischen Gedanken. Wer in einer Situation, in der das Etappenziel, an das man sich im tagtäglichen Kampf heranarbeiten muß, die Diktatur des Proletariats ist, dieses Etappenziel hintanstellt und stattdessen eine besondere „antimonopolistische“ Etappe der Revolution erfindet, der bringt damit nur den Verzicht auf den Kampf um die Diktatur des Proletariats zum Ausdruck, indem er ihn auf „später“ verschiebt. Natürlich muß man auch hier wieder bedenken, daß hinter den theoretischen Konstruktionen der „Leitsätze“ eine sehr handfeste Sache steckt: Die Orientierung auf die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung, wie es z.B. die „Bruderpartei“ in Italien unmittelbar anstrebt. Als „Diktatur des Proletariats“ würde man so ein Regime bei bestem Willen nicht bezeichnen können. Andererseits drängt es sich auf, es, um seinen reaktionären Charakter zu vertuschen, als „Regierung der demokratischen Erneuerung“, als „Regierung der antimonopolistischen Demokratie“, usw. zu bezeichnen. Daß so ein Regime „noch nicht Sozialismus“ ist, kann man wohl sagen. Daß es „nicht mehr der Kapitalismus“ ist, soll den Volksmassen

eingeredet werden, um sie zu knechten und niederzuhalten. Wo — wie z.B. in Rom oder Bologna — so ein Regime auf Gemeindeebene heute schon existiert, können die Volksmassen zum Glück auch schon Erfahrungen damit sammeln und werden auf diese „Zwischentappe“ schließlich verzichten. In gewissem Sinn hat der 22. Parteitag der KPÖ freilich ihre „Krise“ gelöst. Er hat alle Loslösungstendenzen von der Breschnewclique untergraben

— und darin bestand ja für die Breschnewclique selbst und für große Teile der Parteiführung der eigentliche Kern der Krise. Er hat den fast 10 Jahre dauernden Fraktionsstreit beendet und eine gewisse „Einheit“ hergestellt. Er ist schließlich den Wünschen, Hoffnungen, Illusionen vieler ehrlicher KPÖ-Mitglieder durch seinen „Kampf gegen den Revisionismus“ entgegengekommen. Natürlich beruht diese Einheit auf revisionistischer Grund-

lage. Deshalb konnte der 22. Parteitag die Partei auch nicht sanieren. An der Linie der praktischen Politik hat sich durch diesen Parteitag kaum etwas geändert. Die tiefe Krise des Revisionismus und der Niedergang der revisionistischen Partei hielt an. Der 23. Parteitag konnte vier Jahre später über die Entwicklung seit 1974 nur eine Trauerbilanz ziehen. Die Partei ist in diesem Zeitraum noch weiter heruntergekommen.

## Die KPÖ von 1978

Die KPÖ ist inzwischen, nach zwanzig Jahren Revisionismus, zu einer ideologisch, politisch und organisatorisch völlig heruntergekommenen Partei geworden. Der 22. Parteitag hat nichts daran geändert.

Der Niedergang der revisionistischen Partei drückt sich deutlich in der organisatorischen und Mitgliederentwicklung aus:

|      |              |
|------|--------------|
| 1961 | 42.500       |
| 1965 | 36.500       |
| 1969 | 33.000       |
| 1974 | 20.000       |
| 1978 | unter 20.000 |

Es ist dem Revisionismus gelungen, die Partei in etwas mehr als 10 Jahren zu halbieren. Dazu muß man aber noch den qualitativen Verfall der Mitgliedschaft nehmen. Mit einer Lenin'schen Partei, einer demokratisch-zentralistischen Partei, einer proletarischen Kampfpartei hat diese KPÖ nichts mehr zu tun. Höchstens ein Bruchteil von vielleicht 10% betätigt sich in irgendeiner zumindest bescheidenen Form und zumindest dann und wann im Rahmen der Parteitätigkeit. Eine regelmäßige Arbeit wird nur von den wenigsten geleistet. Auch bei großen Versammlungen und Aktionen bringt die KPÖ nicht einmal, ja bei weitem nicht, die Zahl ihrer Mitglieder auf die Straße. Die Maidemonstration in Wien wird von Jahr zu Jahr kleiner und ist inzwischen auf etwa 3.000 gesunken.

Bekanntlich kann man bei dieser Partei Mitglied werden, indem man einen entsprechenden Zeitungsausschnitt ausfüllt und einschickt. Tausende dieser Mitglieder haben mit der Parteiorganisation praktisch keinen Kontakt. Sogar der lächerlich geringe Mitgliedsbeitrag wird nur von einem Teil der Mitglieder bezahlt — der Prozentsatz liegt zwischen 50 und 100%. im Durchschnitt bei 85%. Wer die KPÖ kennt, weiß, daß ein wichtiger Teil der Jahresarbeit der Parteiorganisationen darin besteht, den Mitgliedern nachzustellen, um ihnen die paar Schilling Mitgliedsbeitrag abzunehmen. Diese Kampagnen ziehen sich über Monate.

Dieser Misere in bezug auf die Mitgliedschaft steht ein gewaltiger Apparat von hunderten bezahlten Funktionalen gegenüber, der direkt und indirekt von der Breschnewclique finanziert wird, die Partei beherrscht und bei dem Unterwerfung unter den Sozialimperialismus, Opportunismus, Mitmachen jedes Schwenks die einzige Garantie für die Erhaltung ihres Arbeitsplatzes ist. Das Mittel des direkten Kaufs und der Bestechung von Funktionären ist vor allem nach dem Jahr 1968 oft und oft eingesetzt worden. Man hat es in dieser Partei jedenfalls mit einem riesigen Apparat von Leuten zu tun, deren Beruf und Existenzgrundlage der Revisionismus ist.

Von ihrem organisatorischen Aufbau und Zustand her ist die KPÖ eine ganz gewöhnliche bürgerliche Wählerpartei. So sehr dies dem Bild der revolutionären Lenin'schen Partei widerspricht, so sehr steht es andererseits in Einklang mit den tatsächlichen Zielen der KPÖ. An der Spitze des Klassenkampfes und der Revolution stehen könnte man mit so einer Partei nicht einmal, wenn man dies wollte. Allerdings will man es ohnehin nicht. Und für den Zweck als fünfte Kolonne des Sozialimperialismus zu arbeiten sowie für den Zweck, Positionen im bürgerlichen Staat an sich zu reißen und sich vielleicht einmal mit Hilfe russischer Truppen diesen Staat zu unterwerfen — dafür ist der Apparat der KPÖ gerade wegen seines Bürokratismus und seiner Aufblähung sicherlich geeignet.

Die KPÖ hat heute zwei Gesichter, von denen beide im Kampf gegen sie berücksichtigt werden müssen. Einerseits ist sie die fünfte Kolonne der Breschnewclique in Österreich und arbeitet für die Unterwerfung Österreichs durch die neuen Zaren. Auf dem 22. Parteitag wurde das so ausgedrückt: „Gerade durch ihre feste Verbundenheit mit der Sowjetunion erhält die KPÖ ihr eindeutiges Profil.“ (Protokoll 22. Parteitag, Seite 372). Andererseits ist sie Handlanger der österreichischen Mo-

nopolbourgeoisie bei der Verhinderung des revolutionären Klassenkampfes und fester Bestandteil mit spezifischen Aufgaben im Rahmen des bürgerlichen Parteiensystems. Dabei tritt heute das erste Gesicht mit der Entwicklung der internationalen Lage und der Lage in Österreich immer mehr in den Vordergrund.

Die Breschnewclique intensiviert heute ihre Bestrebungen, sich in Westeuropa Positionen zu erobern, hier Fuß zu fassen, diese Länder wirtschaftlich (z.B. Energieversorgung) von sich abhängig zu machen, sie ideologisch zu unterwandern und politisch zu infiltrieren. Der Sozialimperialismus will die Weltherrschaft und als Sprungbrett zur Weltherrschaft Westeuropa erobern. So wie heute schon in Osteuropa soll auch in Westeuropa ein faschistisches Besatzerregime errichtet werden, um die Arbeiter und die Naturreichtümer ausbeuten und in den Dienst der neuen Zaren stellen zu können. Das wird nicht ohne Krieg gehen und der Sozialimperialismus bereitet sich zielstrebig und fieberhaft auf den Krieg vor. Für den Krieg will er sich aber heute möglichst günstige militärische, ökonomische, politische, ideologische Ausgangspositionen schaffen. Dafür in Österreich tätig zu sein, an der weiteren Untergrabung der nationalen Unabhängigkeit zu arbeiten und zugleich durch das Gerede über eine angebliche Entspannung und Lügen jeder Art die Kriegsvorbereitungen der Breschnewclique zu verschleiern — darin besteht die Rolle der KPÖ. In dieser Rolle ist sie trotz ihrer Schwäche und trotz des Niedergangs in den letzten zwanzig Jahren gefährlich — erstens, weil ihr Auftraggeber gefährlich ist, und andererseits weil sie wegen der Beschwichtigungspolitik der Spitze der Sozialdemokratie, wegen deren Politik der Kapitulation und freiwilligen Unterordnung

unter die neuen Zaren, ihren Einfluß relativ breit entfalten kann. Wir wissen nicht, ob z.B. der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend, Cap, Mitglied der KPÖ ist, jedenfalls führt er sich so auf und arbeitet ihr nach Kräften in die Hände.

Der Sozialimperialismus treibt seine Expansions- und Aggressionspolitik auf der ganzen Welt. Er hat Kuba in seine Kolonie verwandelt und versucht dasselbe jetzt bei Vietnam. Gegenwärtig konzentriert er sich auf Afrika, den Nahen Osten, den Indischen Ozean. Über 40.000 kubanische Söldner hat er — gleichsam als seine Fremdenlegionäre — in Dutzende afrikanische Länder geschickt. In Angola hat er sich zum Kolonialherrn aufgeschwungen. Der Überfall der Katanga-Gendarmen, die in Angola von Kubanern trainiert wurden, auf Zaire geht auf sein Konto. Er steht hinter der Aggression Äthiopiens gegen Eritrea. Er hat im Südjemen und in Afghanistan geputscht.

Der Fall Eritrea hat viele KPÖ-Mitglieder unsicher gemacht und einigen die Augen geöffnet. Haben sie nicht bis vor kurzem noch die Eritreische Befreiungsbewegung unterstützt? Wieso soll jetzt plötzlich diese Bewegung etwas Konterrevolutionäres sein, gegen das man mit Interventionstruppen vorgehen muß? Dasselbe bei Somalia. Bis vor kurzem als „großer proletarischer Revolutionär“ gefeiert, soll Siad Barre jetzt plötzlich ein Konterrevolutionär sein? Es ist offensichtlich, daß sich hier nur die verschlungenen Wege der russischen Expansionspolitik widerspiegeln. Es ist offensichtlich, daß hier viele subjektiv ehrlich antiimperialistische Menschen in der KPÖ zum Werkzeug der imperialistischen Bestrebungen der Breschnewclique gemacht werden.

In bezug auf Österreich ist es nicht anders. Die Partei, die früher an der Spitze des Kampfes

für die nationale Unabhängigkeit Österreichs stand, ist heute der schlimmste und schädlichste Verräter der nationalen Unabhängigkeit geworden. Sie strebt die Errichtung einer russischen Kolonialherrschaft in Österreich an und hier treffen sich die Interessen ihres Auftraggebers und Financiers und die Interessen der führenden Clique in der Partei, die keinen anderen realistisch erscheinenden Weg zur Macht sehen kann. Es ist nur traurig, wieviele Menschen, die subjektiv für den Sozialismus sind und nicht für Imperialismus und Faschismus, von der Breschnewclique und den Breschnew-Leuten an der Spitze der KPÖ heute noch mißbraucht werden.

So wie in der Sowjetunion nach dem 20. Parteitag der KPdSU die Diktatur des Proletariats zerstört und die Diktatur einer neuen Staatsmonopolbourgeoisie errichtet wurde, so ist die Breschnewclique auch nach außen zutiefst konterrevolutionär. Was sie in Westeuropa will, ist den US-Imperialismus und die kleineren westlichen Imperialisten von der Macht verdrängen und selber ganz Europa und die Welt beherrschen. Aber nicht zwecks Sozialismus, sondern zwecks kapitalistischer Ausbeutung. Der Sieg der sozialistischen Revolution in irgendeinem westlichen Land wäre das ernsteste Hindernis für die sowjetische Expansionspolitik, denn in diesem Land würde das Volk mit allen Mitteln die Unabhängigkeit und die Revolution verteidigen. In diesem Punkt decken sich die Interessen der Breschnewclique mit denen z.B. der österreichischen Monopolbourgeoisie. Beide sind sie wilde Feinde der Revolution.

Das erspart der KPÖ viele Widersprüche und Probleme. Ihre ideologische und politische Linie haben wir bereits analysiert. Ihre praktische Politik heute ist eine auf der ganzen Linie reaktionäre Politik. Wo immer es heute spontane Klas-

senkämpfe gibt, muß man damit rechnen, daß die KPÖ sie infiltrieren, für ihre Zwecke nutzen und damit zugrunde richten will.

In den letzten Jahren haben wir erlebt, wie die KPÖ sich aus dem scheinbaren Unterstützer des Kampfes der slowenischen und der anderen nationalen Minderheiten in Österreich in ihren offenen Gegner verwandelt hat und in einen Handlanger der Regierung bei deren Versuchen, die nationalen Minderheiten dem Volksgruppenengesetz zu unterwerfen, das ihre nationalen Rechte mit Füßen tritt.

Offen stellt sich die KPÖ gegen die Volksbewegung gegen die Atomkraftwerkspolitik der Bourgeoisie — vor allem deshalb, weil die Interessen der Sowjetunion für den Bau von in Zukunft möglichst russischen — AKWs in Österreich oder jedenfalls mit russischem Uran und für die „Zusammenarbeit“ auf dem Sektor der AKW-Technologie sprechen.

Das waren bzw. sind die beiden wichtigsten innenpolitischen Fragen, in denen es Massenbewegungen gibt. In den anderen Fragen ist es nicht anders. Um und auf, ja der eigentliche nächste Zweck der KPÖ ist es, endlich wieder ins Parlament zu kommen.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und aller Lohnabhängigen ist heute durch die tiefe Krise des kapitalistischen Systems charakterisiert, die seit 1975 anhält und nicht überwunden werden konnte. Die KPÖ vertritt seit 1975 die Ansicht, daß Krisen im Kapitalismus objektiv vermeidbar sind, weshalb sie auch die Regierung auffordert, die Krise zu vermeiden bzw. zu überwinden. Die Antwort der KPÖ auf die heutige Lage ist nicht, erstens die Unvermeidlichkeit der Krisen im Kapitalismus und daher die Notwendigkeit seiner revolutionären Beseitigung aufzuzeigen und zweitens den tagtäglichen Kampf gegen die

Steigerung der Ausbeutung und alle Folgen der Krise zu führen. Ihre Antwort ist, Rezepte zur Überwindung der Krise auszuarbeiten und der Bourgeoisie zu unterbreiten und Illusionen über den Kapitalismus zu verbreiten. Der Sache nach sind diese Rezepte nicht neu - die Hilferding und Co. haben sie bereits in der Weltwirtschaftskrise 1929 ff unterbreitet. Allerdings sind sie illusorisch und unsinnig: Krise heißt allgemein ein Fallen der Profite. In so einer Situation Lohnsteigerung und damit weiterer Fallen der Profite als Mittel gegen die Krise anzupreisen, nur weil durch Lohnsteigerung theoretisch die Nachfrage steigen würde, ist eine ziemlich abwegige Angelegenheit, die schon Marx im „Kapital“ verhöhnt hat. Der Grundgedanke der KPÖ dabei ist der, daß man nicht fordern darf, was der Wirtschaft schadet, und man sich daher, wenn man etwas fordert oder zu fordern gezwungen ist, um nicht als offener Arbeitverräter dazustehen, irgendetwas ausdenken muß, um diese Forderung mit den Bedürfnissen der Wirtschaft in Einklang zu bringen. Natürlich wird dadurch nur der „sozialpartnerschaftliche“ Gedanke gefördert, daß es den Arbeitern nur gut gehen kann, wenn es der Wirtschaft gut geht, und daß sich eigentlich die Interessen der Arbeiter und die der kapitalistischen Wirtschaft überschneiden. Den konkreten Vorschlag der KPÖ — Überwindung der Krise durch Hebung der Massenkaufkraft (Löhne und Gehälter) — nimmt sowieso niemand ernst, aber das Gedankengut, das die KPÖ in diesem Zusammenhang verbreitet, ist das Wasser auf die Mühlen der von ihr selbst vielgeschmähten „Sozialpartnerschaftsideologie“.

Ideologisch, politisch und organisatorisch richtet die KPÖ im Klassenkampf der Arbeiter und Volksmassen nur Schaden an. Statt den Marxismus-Leninismus, verbreitet sie den

Revisionismus und die abgegründeten bürgerlichen Theorien, z.B. auf dem Gebiet der politischen Ökonomie. Statt auf die politische Selbständigkeit, ist ihre Tätigkeit auf die politische Unselbständigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet. Mit allen anderen bürgerlichen Parteien teilt sie die Ansicht, daß das Volk sich nicht selbst vertreten kann, sondern von der KPÖ vertreten werden muß; daß es nicht selbst am besten weiß, was ihm nützt, sondern daß das die KPÖ am besten weiß. Jede Massenbewegung versucht sie, sich rücksichtslos unterzuordnen und für ihre Zwecke zu benutzen. Alles, was ihr nicht paßt, versucht sie zu unterdrücken, wobei sie auch vor faschistischen Methoden nicht zurückschreckt. Sie ist zugleich der größte Spalter, und wenn eine Aktion noch so zugrundegerichtet worden ist: Hat die KPÖ ein paar neue Mitglieder oder Wählerstimmen eingefangen oder irgendwelche Positionen erreicht, dann hat sie für sich die Sache positiv erledigt und betrachtet sie als Erfolg.

Sogar wenn man von ihrer prosowjetischen Agententätigkeit absieht — das gilt, nebenbei bemerkt, nicht nur im politischen Sinn, sondern es gibt wirklich enge Verbindungen zwischen verschiedenen Parteiführern und dem KGB — sogar dann stellt sich die KPÖ heute, nach 20 Jahren Entartung, als heimtückischer Feind und Schädling der revolutionären Bewegung dar, auch wenn viele einfache Mitglieder und zweifellos auch so mancher unterer oder mittlerer Funktionär es mit dem Sozialismus ehrlich meinen. Es ist eine schmutzige Angelegenheit, daß die hohen Traditionen, die heldenhaften Kämpfe der alten KPÖ heute dazu erhalten müssen, um das Ansehen des Revisionismus aufzubessern.

(...)

# KPÖ und „Internationale“

In der Theorie und Praxis der Internationalen Kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts herrschten über weite Strecken Elemente der unzureichend überwundenen vorhergegangenen Epoche der Arbeiter/innen-Bewegung vor, z.B. lasalleischer Staatssozialismus oder kautskyanische Orthodoxie gegenüber den zukunftsweisenden Elementen des Revolutionären Kommunismus, repräsentiert z. B. durch Karl Marx, Lenin, Rosa Luxemburg oder Mao Zedong.

Ausgehend von dem Gesichtspunkt, daß die Internationale Kommunistische Bewegung des 20. Jahrhunderts wesentlich weniger unter der Kinderkrankheit des linken Radikalismus laboriert hat als unter der Alterserscheinung eines monolithisch geprägten autoritären Sozialdemokratismus, von dessen Last sie letztendlich erdrückt wurde, soll hier ein kritischer Blick auf die Geschichte der Komintern geworfen werden.

In den 1960er Jahren gehörte die Partei der Arbeit Koreas zu denjenigen Parteien, die wie die Partei der Arbeit Albanens oder die Kommunistische Partei Chinas die revolutionär-kommunistische Ausrichtung der Internationalen Kommunistischen Bewegung gegen den Modernen Revisionismus chruschtschowistisch-breshnewistischer Ausrichtung verteidigten:

*„Der moderne Revisionismus revidiert unter dem Vorwand einer ‚veränderten Situation‘ und einer ‚schöpferischen Entwicklung‘ den Marxismus-Leninismus und höhlt sein revolutionäres Wesen aus. Er verneint den Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats, predigt die Klassenzusammenarbeit und verzichtet auf den Kampf gegen den Imperialismus. Der moderne Revisionismus verbreitet auch Illusionen in bezug auf den Imperialismus*

*und verhindert den allseitigen revolutionären Kampf der Völker für soziale und nationale Befreiung.“*

(Kim Il Sung, Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben unserer Partei, 05.10.1966; In: Kim Il Sung, Reden und Aufsätze Bd.1, S. 143, Verlag Roter Stern, FFM 1971)

In derselben Grundsatzrede kam Kim Il Sung auch auf die Kommunistische Internationale, die von 1919 bis 1943 bestand, zu sprechen:

*„In der internationalen kommunistischen Bewegung gibt es keine internationale Organisation, die in einheitlicher Weise die Tätigkeit der Parteien aller Länder leitet. Die Zeiten haben sich geändert, und die Periode, als die kommunistische Bewegung eine internationale Zentrale brauchte, gehört für immer der Vergangenheit an. Nach Auflösung der III. Internationale gibt es in der internationalen kommunistischen Bewegung keine ‚Zentrale‘ und kein ‚Zentrum‘ mehr. Folglich kann das ‚Zentrum‘ der Revolution nicht von einem Land in ein anderes hin und her verlagert werden. Und um so weniger kann eine solche Lage eintreten, daß irgendein einzelnes Land zum ‚Zentrum der Weltrevolution‘ oder daß irgendeine einzelne Partei zur ‚führenden Partei‘ der internationalen kommunistischen Bewegung wird.“* (ebenda S. 162)

Diese kritisch distanzierte Haltung zur Komintern war damals in der Internationalen Kommunistischen Bewegung weit verbreitet.

Die KPÖ gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Dritten, Kommunistischen Internationale, deren rechenschaftspflichtige Sektion sie bis zur Auflösung der Komintern blieb. Ohne die umsichtige Förderung einer Internationale hat sich die KPÖ nach 1943 leider relativ rasch in ein revisionistisches Gebilde verwandelt.

Mit dem Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz in das Stadium des Imperialismus wurde die Zweite Internationale zunehmend vom Opportunismus zersetzt. Gestützt auf die Arbeiteraristokratie, eine aus im Imperialismus anfallenden Extraprofiten, die aus abhängigen Ländern herausgeholt werden, bestochenen Oberschicht der Arbeiterschaft, gelang es der Bourgeoisie auf die großen Arbeiter/innen-Parteien Einfluss zu gewinnen und diese vom revolutionären Weg abzubringen. Deshalb standen die Parteiführungen der II. Internationale 1914 überwiegend im imperialistischen Kriegslager. Als einzige Partei vertraten Lenins Bolschewiki ein konsequent marxistisches Programm und forderten die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg.

Auf den Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916) schlossen sich die konsequenten, revolutionären Gegner des imperialistischen Krieges und des Opportunismus in der „Zimmerwalder Linken“ zusammen, die zur Keimzelle der 1919 in Moskau gegründeten III. Internationale wurde. Die Kommunistische Internationale konstituierte sich von Beginn an als Weltpartei des revolutionären Proletariats. Die nationalen kommunistischen Parteien waren gegenüber der Weltpartei weisungsgebundene und rechenschaftspflichtige Sektionen.

*„Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen. In den mehr*

*als hundert Jahren seit der Geburt des Marxismus haben sich erst durch das Vorbild der russischen Bolschewiki bei der Leitung der Oktoberrevolution und des sozialistischen Aufbaus sowie bei der Niederschlagung der faschistischen Aggression revolutionäre Parteien neuen Typus im Weltmaßstab gebildet und entwickelt. Mit dem Vorhandensein solcher revolutionärer Parteien hat sich das Antlitz der Weltrevolution geändert.“*

(Mao Zedong, Revolutionäre Kräfte der ganzen Welt, vereinigt euch, kämpft gegen die imperialistische Aggression! 1948. In: Mao Ausgewählte Werke Bd. 4, S.302)

Unter der Anleitung der Komintern wurden in den Ländern Europas und Amerikas proletarische Parteien neuen Typs aufgebaut, die sich am Vorbild der Partei der Bolschewiki orientierten und radikal mit der II. Internationale brachen. Auch in vielen Ländern Asiens entstanden nach und nach proletarische Parteien mit der Leitideologie des Marxismus-Leninismus, so daß die proletarisch-revolutionäre Bewegung auf der ganzen Welt ein neues Antlitz annahm und einen neuen Aufschwung erlebte.

Nach Lenins Tod im Jänner 1924 etablierten seine Nachfolger in der Führung der sowjetischen Partei und der Internationale, Stalin und Sinowjew, den „Leninismus“ als orthodoxes Lehrgebäude, das durch Stalins Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“ (April 1924) kanonisiert wurde. Wohl gemerkt haben damals alle Teilnehmer/innen des Richtungskampfs in der KPdSU(B) mit Lenin argumentiert. Durchgesetzt hat sich die bis heute hegemoniale Auslegung des Leninismus, die in wesentlichen Zügen auf den damaligen Generalsekretär der Partei, Stalin, zurückgeht. Die mit dem Namen Stalin untrennbar verbundene politische Linie hat eine Reihe von bedeutenden Erfolgen beim Aufbau des Sozialismus herbeizuführen geholfen.

Es war jedoch falsch die im damaligen Linienkampf richtigen und siegreichen Positionen in den Rang eines verbindlichen Katalogs von unumstößlichen Wahrheiten zu erheben und mittels „Bolschewisierung“ in allen Parteien der Internationale zur Richtschnur gegenüber zu verurteilenden Abweichungen durchzusetzen. Der „Kampf zweier Linien“ wurde zu diesem Zeitpunkt noch nicht als Strukturelement des Aufbaus und der Entwicklung revolutionär-kommunistischer Parteien begriffen. Das beförderte später den konterrevolutionären Farbwechsel vormals revolutionär-kommunistischer Parteien.

Das Scheitern sämtlicher Revolutionsversuche nach dem Ersten Weltkrieg in den imperialistischen Hauptländern führte zu einer neuen Situation. Nachdem der Ansturm der Massenbewegungen gebrochen war, wurde es dringend notwendig, kommunistische Parteien aufzubauen, die konsequent mit der reformistischen Praxis der bisherigen Arbeiter/innen-Parteien brachen. Die Bolschewisierung forderte auch die ideologische Stärkung der Mitglieder durch die Verbreitung des „Leninismus“. Bei dieser Erziehungs- und Kaderbildungskampagne ging es um die Herausbildung einer spezifischen politischen Praxis als materieller Basis für die Befestigung der revolutionären Ideologie. Im Unterschied zu den traditionellen Arbeiter/innen-Parteien, die zum Zweck der Propaganda und des Wahlkampfes in Wohnbezirken organisiert waren, konzentrierte sich die Partei neuen Typs auf den zentralen Ort der kapitalistischen Ausbeutung, den Betrieb. Die Betriebszelle wurde zur Hauptsache der Reorganisation der kommunistischen Parteien. Die Bolschewisierung half zwar kurzfristig, viele kommunistische Parteien zu konsolidieren – nicht zuletzt durch die Bildung kommunistischer Arbeiter/innen-Kader - langfristig trug diese Ausrichtung jedoch dazu bei, das grundlegende Verständnis

über die Notwendigkeit des aktiven Kampfs gegen den Staat zu untergraben, die Aktivität der Partei vor allem über Massenorganisationen zu entfalten usw., was nach dem Zweiten Weltkrieg einen günstigen Nährboden für das Aufkommen des Rechtsopportunismus und des Modernen Revisionismus abgab. Mit schuld an dieser Entwicklung war gewiß auch ein unzureichendes Verständnis vom Unterschied zwischen der Betriebszelle als Strukturelement des Parteaufbaus einerseits und der Betriebszelle als Grundeinheit der Gewerkschaftsarbeit andererseits. Außer Frage steht: Revolutionäre Kommunist/innen richten ihre ganze Aufmerksamkeit und Aktivität auf das Ziel der Revolution aus. Wir müssen uns so organisieren, daß wir die Macht ergreifen können. Dafür müssen wir im entscheidenden Moment auch die Kontrolle über die wichtigsten Betriebe haben. In diesem Sinn sind Betriebszellen stets grundlegend: In den Betrieben sind wesentliche Teile der Arbeiter/innen-Klasse konzentriert, dort finden entscheidende Kämpfe statt, dort wird die Gewerkschaftsfrage entschieden und dort entwickelt sich das Klassenbewußtsein. Ein wichtiger Höhepunkt in der Tätigkeit der Komintern bestand in der Ausarbeitung der Strategie und Taktik der proletarischen Weltrevolution. Der VI. Weltkongreß hat im Jahr 1928 ein für alle Sektionen der Weltpartei verbindliches Programm angenommen.

Eine besonders nachhaltige Herausforderung stellte für die KI das Aufkommen und die Ausbreitung des Faschismus dar, der im Überfall (1941) und einem äußerst brutalen Raub- und Vernichtungskrieg des deutschen Imperialismus gegen die Sozialistische Sowjetunion eskalierte. Mit dem VII. Weltkongreß der KI (1935) erreichte die Ausarbeitung der Strategie und Taktik des Kampfes gegen den Faschismus ihr höchstes Niveau. Die Faschismusdefinition, die im „Lehrbuch der Politischen

Ökonomie“ (1954) gegeben wird, basiert auf den Ausarbeitungen des VII. Weltkongreß der KI:

*„Als die Bourgeoisie ihre Macht nicht mehr mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu behaupten vermochte, errichtete sie in einer Reihe von Ländern – in Italien, Deutschland, Japan und einigen anderen Ländern – das Regime des Faschismus. Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals. Der Faschismus setzt sich zum Ziel, innerhalb des Landes die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen und alle fortschrittlichen Kräfte abzuwürgen und nach außen hin den Eroberungskrieg um die Weltherrschaft vorzubereiten und zu entfesseln. Dieses Ziel sucht der Faschismus mit Methoden des Terrors und der sozialen Demagogie zu erreichen.“*

(Lehrbuch der Politischen Ökonomie, dt. Ausgabe Berlin 1955, S. 314)

Der Kampf gegen den Faschismus nahm vor allem seit dem Machtantritt des Faschismus in Deutschland 1933 eine derart zentrale Rolle in der Tätigkeit der Komintern ein, dass die eigentlichen kommunistischen Ziele zeitweilig zurückgestellt wurden. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellte die Auflösung der Komintern im Mai 1943 dar:

*„Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ruft alle Anhänger der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die allseitige Unterstützung und aktive Teilnahme am Befreiungskrieg der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition zu konzentrieren zur raschesten Zerschmetterung des Todfeindes der Werktätigen – des deutschen Faschismus, seiner Verbündeten und Vasallen.“*

(Mitteilung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 15. Mai 1943. Zitiert nach: Komintern und revolutionäre Partei, Berlin 1986, S. 316)

Damit wurden die Kommunistinnen aller Länder zu diesem Zeitpunkt auf das eine Ziel der Niederwerfung des deutschen Faschismus und seiner Verbündeten orientiert. Zu den Hauptverbündeten der deutschen Faschisten gehörten die im Antikominternpakt zusammengeschlossenen Staaten, also neben Deutschland Japan, Italien, Spanien, Ungarn, Bulgarien, Finnland, Dänemark, Kroatien, Rumänien und Slowakei. Dazu gesellten sich weltweit „Fünfte Kolonnen“ des deutschen Faschismus, unter anderem auch in abhängigen Ländern.

Die hauptsächlich antifaschistische Ausrichtung in der Endphase der Komintern hat manchen kommunistischen Parteien, darunter der KPÖ, nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus erhebliche Probleme bereitet. Diese ergaben sich aus der Tendenz, den Unterschied zwischen den beiden Formen bürgerlicher Herrschaft im Zeitalter des Imperialismus, nämlich der bürgerlichen Demokratie und der offenen faschistischen Diktatur zu verabsolutieren und überhaupt den antifaschistischen Kampf in den Rang einer mehr oder weniger eigenständigen strategischen Etappe der proletarischen Revolution zu erheben. Gerade nach der Niederwerfung des deutschen Faschismus wäre eine kommunistische Internationale notwendig gewesen, um die proletarisch-revolutionären Parteien aller Länder im Hinblick auf die nunmehr neu entstandene Weltlage und den damit einhergehenden gravierenden Änderungen der Kampfbedingungen auszurichten. Dem 1947 konstituierten „Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Kominform) gehörten neben der KPdSU(B) nur die Arbeiter/innen-Parteien der europäischen Volksdemokratien - mit Ausnahme der Partei der Arbeit Albaniens (PdAA) und der Sozialistischen Einheitspartei der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SED) - außerdem aber die mitgliederstarken kommunistischen

Parteien Frankreichs (PCF) und Italiens (PCI) an. Dieser Zusammenschluß war offensichtlich kein gleichwertiger Ersatz für die vier Jahre zuvor aufgelöste kommunistische Weltpartei. So wichtige Parteien wie die KP Chinas waren darin überhaupt nicht vertreten. Trotzdem erwarb sich das Kominform gewisse Verdienste z.B. im Kampf gegen den Tito-Revisionismus sowie gegen die Anfänge des Eurorevisionismus in PCI und PCF. Dem Ansturm des Modernen Revisionismus in der Sozialistischen Sowjetunion selbst, der besonders nach Stalins Tod im März 1953 offen zutage trat und dessen Herd sich inmitten der KPdSU befand, sah das Kominform mehr oder weniger tatenlos zu. Nach dem Machtantritt des Modernen Revisionismus auf dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 wurde das Kominform überhaupt liquidiert.

Mit der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ hat die Kommunistische Partei Chinas in den Jahren 1963 und 1964 einen hervorragenden Beitrag für die Neuausrichtung der Internationalen Kommunistischen Bewegung (IKB) im Kampf gegen den Modernen Revisionismus chruschtschowistischer und breshnewistischer Prägung geleistet. Leider hat sich die KP Chinas aber nicht nachhaltig für den Wiederaufbau einer revolutionär-kommunistischen Internationale verwendet, wozu sie nach dem 1956 erfolgten revisionistischen Farbwechsel der KPdSU Kraft ihres Ansehens in der IKB wie keine zweite Partei berufen gewesen wäre. Das mag mit eigenen Erfahrungen, die die KP Chinas mit der Dritten Internationale gemacht hat, zusammenhängen:

*„Die Kommunistische Partei Chinas hat in ihrer Geschichte sowohl auf der ‚links‘opportunistischen als auch auf der rechtsopportunistischen Linie Fehler begangen. Einige dieser Fehler ergaben sich aus internationalen Ursachen unter dem Einfluß bestimmter Irrtümer Stalins. (...)*

Aber gerade weil einige falsche Ansichten Stalins von gewissen chinesischen Genossen angenommen und angewandt wurden, müssen wir Chinesen die Verantwortung tragen.“

(Zur Stalinfrage, 13. September 1963, in: Polemik über die Generallinie, Beijing 1964, S. 140)

Trotzdem waren weltweit praktisch alle Neugründungen revolutionär-kommunistischer Organisationen und Parteien im Zeitraum 1956 bis 1978, als die revisionistische Kehrtwende der KP Chinas erfolgt ist, von der KP Chinas Mao Zedongs inspiriert. Warum organisieren sich Revolutionäre kommunist/innen seit jeher sowohl national als auch international? Im nationalen Rahmen weil der Klassenfeind nationalstaatlich organisiert ist; international weil der Kapitalismus / Imperialismus auf dem Weg der Überwindung der Klassengesellschaft im Weltmaßstab niedergeworfen und vernichtend geschlagen werden muß. Lenin hat der Komintern folgenden Platz in der Geschichte zugewiesen:

„Die I. Internationale (1864 - 1872) legte den Grundstein der internationalen Organisation der Arbeiter zur Vorbereitung ihres revolutionären Ansturms gegen das Kapital. Die II. Internationale (1889 - 1914) war eine internationale Organisation der proletarischen Bewegung, die in die Breite wuchs, was nicht ohne zeitweiliges Sinken des revolutionären Niveaus, nicht ohne zeitweiliges Erstarken des Opportunismus abging, der schließlich zum schmachvollen Zusammenbruch dieser Internationale führte.

Die III. Internationale entstand faktisch im Jahre 1918, als der langjährige Prozeß des Kampfes gegen den Opportunismus und Sozialchauvinismus, besonders während des Krieges, in einer Reihe von Nationen zur Bildung von kommunistischen Parteien geführt hatte. Offiziell ist die III. Internationale auf ihrem ersten Kongreß, im März 1919 in Moskau, gegründet worden. Und der charakteristische Zug dieser Internationale, ihre Be-

stimmung: das Vermächtnis des Marxismus zu erfüllen und in die Tat umzusetzen, die uralten Ideale des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu verwirklichen – dieser charakteristische Zug der III. Internationale trat sofort darin zutage, daß die neue, die dritte ‚Internationale Arbeiterassoziation‘ schon jetzt in gewissem Maße mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zusammenfällt.“

(Lenin, Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte, April 1919; LW 29/295,296)

Dieses Zusammenfallen der Dritten Internationale mit der Sozialistischen Sowjetunion drückt sich folgerichtig in der Übernahme der „Internationale“ als Staatshymne aus. Jenes Lied ist ein Erbe der revolutionären Kämpfe um die erste Diktatur des Proletariats, der Pariser Commune von 1871:

Schon erglüh'n die Signale!  
Ein letzter Kampf muß sein. /  
Die Internationale /  
Wird die Welt befrei'n. /

Nun auf, Verfemte dieser Erde!  
Empor, du Volk von Joch und Not! /

Das Recht dröhnt aus Tiefen  
sein Werde, /

Und donnert das letzte Gebot. /  
Frei die Bahn! Heran zum Handeln! /

Packt an! Ihr Massen, erwacht!  
/

Die Welt will sich von Grund auf  
wandeln. /

Wir Sklaven ergreifen die  
Macht. /

(aus einer Nachdichtung von  
Erich Weinert)

Ein knappes Vierteljahrhundert später hat die Komintern ihre Auflösung erklärt und begründet: „Dieser Unterschied der historischen Wege der Entwicklung der einzelnen Länder der Welt, der unterschiedlichen Charaktere, ja sogar die Gegensätzlichkeit ihres gesellschaftlichen Aufbaus, der Unterschied im Niveau und im Tempo ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, schließlich der Unterschied im Grade des

Bewußtseins und der Organisiertheit der Arbeiter bedingen auch, daß vor der Arbeiterklasse der einzelnen Länder verschiedene Aufgaben stehen. Der ganze Verlauf der Ereignisse im verflossenen Vierteljahrhundert und die von der Kommunistischen Internationale gemachte Erfahrung haben überzeugend gezeigt, daß die Organisationsform, die vom I. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Vereinigung der Arbeiter gewählt wurde und die den Anforderungen der Anfangsperiode der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und der Komplizierung ihrer Aufgaben sich immer mehr überlebte, ja, sogar zu einem Hindernis für die weitere Stärkung der nationalen Arbeiterparteien wurde.“

(Mitteilung des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, 15. Mai 1943. Zitiert nach: Komintern und revolutionäre Partei, Berlin 1986, S. 314)

Obwohl wir seit über hundert Jahren in der Epoche des Imperialismus und der Proletarischen Revolution leben, stehen im Detail vor der Arbeiter/innen-Klasse der einzelnen Länder immer wieder verschiedene Aufgaben. Die KPÖ befand sich zum Beispiel von 1938 bis 1945 im nationalen Befreiungskampf für die Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse, während die Völker der Sowjetunion von 1941 bis 1945 im Großen Vaterländischen Krieg gegen Deutschland, dem Österreich angeschlossen war, standen. Deshalb steht Stalins Haltung zur österreichischen Nation auch nur bedingt zur Auffassung der österreichischen Freiheitsbewegung im Widerspruch:

„Kann man die Hitlerleute für Nationalisten halten? Nein, das kann man nicht. In Wirklichkeit sind die Hitlerleute jetzt keine Nationalisten, sondern Imperialisten. Solange sich die Hitlerleute damit befaßten, die deutschen Länder zusammen-

zufassen und ihnen das Rhein-  
gebiet, Österreich usw. wieder  
anzuschließen, konnte man sie  
mit einer gewissen Berechtigung  
für Nationalisten halten. Nachdem  
sie jedoch fremde Gebiete geraubt  
und europäische Nationen – die  
Tschechen, Slowaken, Polen,  
Norweger, Dänen, Holländer,  
Belgier, Franzosen, Serben,  
Griechen, Ukrainer, Belorussen,  
Balten usw. – unterjocht haben  
und dazu übergegangen sind,  
die Weltherrschaft anzustreben,  
hat die Hitlerpartei aufgehört,  
eine nationalistische Partei zu  
sein, denn seit diesem Augen-  
blick ist sie zu einer imperialisti-  
schen, annexionistischen Unter-  
drückerpartei geworden.“  
(Der 24. Jahrestag der Großen  
Sozialistischen Oktoberrevolu-  
tion, 6. November 1941. In:  
Stalin Werke Bd. 14, S. 251)  
Wir wollen hier nicht über  
den angeblichen Widerspruch  
von Nationalismus und Imperia-  
lismus rechten, es fällt aber  
auf, daß fast zeitgleich mit der  
Auflösung der Komintern, per

1. 1. 1944 die „Internationale“  
durch eine neue Hymne der  
Sowjetunion ersetzt wurde,  
die deutlich andere Akzente  
setzt, als das Lied der Pariser  
Kommunard/innen.:

Von Rußland, dem großen, auf  
ewig verbündet /  
Steht machtvoll der Volksrepubli-  
ken Bastion. /  
Es lebe, vom Willen der Völker  
gegründet, /  
die einig und mächtige Sowje-  
tunion. /

Ruhm sei und Lobgesang, dir,  
freies Vaterland! /  
Freundschaft der Völker hast  
fest du gefügt. /  
Fahne der Sowjetmacht, Fahne  
in Volkes Hand, /  
du sollst uns führen von Sieg  
zu Sieg. /

O Sonne der Freiheit, durch  
Wetter und Wolke, /  
von Lenin, dem großen, ward  
Licht unserm Pfad. /  
Und Stalin erzog uns zur Treue  
dem Volke, /

beseelt uns zum Schaffen, zur  
heldischen Tat. /

Wir haben in Schlachten das  
Heer uns geschaffen, /  
und schlagen den Feind, der uns  
frech überrannt. /  
Entscheiden das Los von Ge-  
schlechtern mit Waffen /  
und führen zum Ruhm unser  
heimatlich Land. /

Es scheint, dem Sieg im Großen  
Vaterländischen Volkskrieg, war  
die Wiederkehr des russischen  
(Sozial-) Imperialismus genauso  
eingeschrieben wie die Abkehr  
von der „Internationale“. Trotz-  
dem ist es nicht angebracht, das  
revisionistische Fahrwasser, in  
dem sich die KPÖ nach 1945 ver-  
zettelt hat, der KPdSU(B) in die  
Schuhe zu schieben. Im Revolu-  
tionszyklus des 20. Jahrhunderts  
haben vor allem die Protagonist/  
innen des Westens ausgelassen  
und den Niedergang der KPÖ  
haben zu allererst die Kommu-  
nist/innen in Österreich zu ver-  
antworten.

## Bertolt Brecht mitte der 1930er-Jahre über die Beziehung der internationalen Arbeiterparteien zur KPdSU

Der KPdSU wird von den verschiedenen Oppositionen der Vorwurf eines nationalistischen Sozialismus gemacht. Es wird der Verdacht geäußert, die KPdSU könnte die Interessen nicht-russischer Parteien ihren eigenen aufopfern. Der sozialistische Charakter der Sowjetunion wird bestritten: sie trete als nationaler Verband auf, habe Staatscharakter, und ein Staat handle eben als Staat. Eine solche Haltung der Sowjetunion gegenüber scheint ganz besonders international. In Wirklichkeit ist es eine Haltung, die den Internationalismus lediglich als sittliches Postulat auffaßt, als eine Idee, die nur durch das Proletariat verwirklicht werden kann und von ihm, da sie erhaben und sonstwas ist, verwirklicht werden muß. Die Leute, welche diese Haltung einnehmen, haben bisher keinerlei Beweis dafür erbracht, daß sie eine internationalistische Politik des Proletariats zu praktizieren bereit sind. Sie verstehen darunter anscheinend nur eine gegenseitige Sympathie und Neigung, ihre Interessengegensätze, falls solche auftauchen könnten, irgendwie schiedsgerichtlich auszugleichen. Sie denken nicht daran, den Zeitpunkt für gegeben zu halten, wo die Proletariate der verschiedenen Länder in Wirklichkeit eine gemeinsame Politik machen können. Indem sie der Sowjetunion vorwerfen, diese gemeinsame Politik zu verfolgen, das heißt die proletarischen Interessen aller Länder als gemeinsame zu betrachten und zu verfolgen, indem sie der KPdSU einen Strick daraus drehen, daß sie ihre eigenen Angelegenheiten als die aller anderen Proletariate betrachtet und betrachtet wissen möchte, geben sie selber eine internationale proletarische Politik preis. Jedem Kommunisten, dem es mit dem Internationalismus ernst ist, weil er die ökonomischen und politischen Notwendigkeiten einer solchen gemeinsamen Politik für den Sozialismus und Kommunismus begreift, muß es einleuchten, daß heute jede Arbeiterpartei außerhalb der Sowjetunion ihre Politik der Politik der KPdSU einordnen und in der Mehrzahl der möglichen Fälle unterordnen muß. Die Sowjetunion würde heute, auch wenn sie sich weigerte, als Nation aufzutreten, lauter Nationen gegenüber dennoch als Nation dastehen. Sie kann auch nicht anders als als Staat handeln. Aber Staat ist nicht Staat. Bauern sind nicht Bauern, das heißt als solche Interessengegner der Arbeiter. Sie können, wie das Beispiel zeigt, auch selber Arbeiter werden. Die völlige Liquidierung des Staates kommt nur, wenn die Ökonomie sie fordert. Der proletarische Staat kann aber einzelne staatliche Züge liquidieren, wenn seine Ökonomie es fordert.

(Bertolt Brecht, Schriften zur Politik und Geschichte 1919 – 1956, FFM 1974, S. 99/100)